Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

20. Oktober 1980
Jg. 8 Nr. 43

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Verschärfte Spannungen zwischen DDR und BRD

Anerkennung der DDR durch die BRD würde der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten Luft schaffen

gek. Kein Zweifel: Die vom SED-Generalsekretär Honecker auf einer Parteiaktivtagung in Gera in der vergangenen Woche getroffene Feststellung, für künftige Schritte der Normalisierung des Verhältnisses zwischen der BRD und der DDR sei die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bundesregierung sowie die Verwandlung der ,,Ständigen Vertretung'' in eine reguläre Botschaft Voraussetzung – diese Erklärung kündigt eine Periode erhöhter Spannungen in Mitteleuropa und zwischen beiden deutschen Staaten an. Die ,,Prawda'' hat den Rahmen abgesteckt. In einem Kommentar zur Erhöhung des Zwangsumtauschs für Besucher aus der BRD und Westberlin auf 25 DM pro Tag hat sie festgestellt: ,,In der Außenpolitik der DDR, die sich aus dem abgestimmten Kurs der Länder der sozialistischen Gemeinschaft ergibt, nehmen die Beziehungen zur BRD einen wichtigen Platz ein. Allerdings baut diese der deutsche Arbeiter- und Bauernstaat nicht auf irgendwelche nichtexistierende ‚innerdeutsche Interessen' auf, sondern pflegt sie wie zu jedem anderen kapitalistischen Staat, der dem entgegengesetzten gesellschaftlichen System angehört.''

Honecker seinerseits hat in der Rede in Gera wie schon in der Vorwoche sich ausführlich darüber verbreitet, ,,daß sich die Deutsche Demokratische Republik gegenüber dem Schicksal Volkspolens nicht gleichgültig verhalten kann'', daß ,,Polen wie die DDR und die anderen sozialistischen Länder'' nur in der Sowjetunion einen Garanten hätten, der ,,ihre Zukunft vor den Revanchegelüsten der deutschen Militaristen ... zuverlässig schützt''. In der Presse der Sowjetunion wie der CSSR und der DDR werden bezüglich der Lage in Polen direkte Vergleiche mit der CSSR 1968 gezogen (vgl. dazu S. 4). Die Schülerdemonstrationen in Estland Anfang dieses Monats dürften, angesichts der historischen Verbindungen Polens zu den baltischen Republiken, die Sozialimperialisten noch mehr alarmiert haben. Wenn es ihnen nicht gelingt, die DDR als den westlichen Eckpfeiler ihres Blocks eisern im Griff zu behalten, gerät ihr ganzes Imperium ins Bröckeln. Insofern ist völlig klar, daß die drastische Erhöhung der Umtauschsätze darauf abzielt, den Besucherverkehr erheblich einzudämmen. Er ist, seitdem die höheren Sätze in Kraft sind, auch bereits um über 50% zurückgegangen.

Das ist vor allem auch ein weiterer tiefer Eingriff in die Rechte der Arbeiterklasse der DDR selbst. Nach vielen Berichten herrscht in den Betrieben allgemeine Erbitterung. Die herbeigeholte Begründung der Maßnahme – daß nämlich die DDR-Mark gegenüber der DM erheblich an Kaufkraft gewonnen habe – hat zu einer breiten Diskussion über den Lohn- und Lebensstandard geführt. Die SED-Führung nimmt das um der politischen Abschottung des Landes willen in Kauf, denn, so Honecker, ,,auch Besucher aus der BRD haben das Märchen in die Welt gesetzt, die sowjetische Hilfsaktion für das befreundete, revolutionäre Afghanistan sei an der Verschärfung der internationalen Lage schuld''. (Neues Deutschland, 14.10.) – Nachdem die Lutherische Kirche der DDR jetzt, bei aller Furcht vor der Obrigkeit, erneut in vorsichtiger Form auf dies ,,Märchen'' zu sprechen gekommen ist, sind ihr alle selbständigen Kontakte zu westlichen Journalisten untersagt worden.

Honecker hat seine Forderung nach vollständiger völkerrechtlicher Anerkennung der DDR durch die BRD gerade im sicheren Bewußtsein vorgetragen, daß die Bundesregierung dies ablehnen wird. Die Bundesregierung hat die Forderungen auch sofort als ,,unerfüllbar'' bezeichnet. Genscher hat die Gelegenheit ergriffen, um klarzustellen, daß es für die BRD ,,keine Politik zwischen den Blöcken'' geben könne. ,,Wir sind ein Teil des Westens.'' Die vollständig gerechtfertigte Empörung, die die Maßnahme der SED-Regierung unter den Volksmassen in Westdeutschland und Westberlin hervorgerufen hat, wird die Bourgeoisie jetzt auf ihre Mühlen zu lenken versuchen, um ihrerseits systematisch den Druck auf die DDR zu erhöhen. Die schafsmäßig friedfertige Maske von Bölling darf einen nicht täuschen. Die Regierung läßt sich bloß Zeit.

Von einem Spiel mit Druck und Gegendruck, den die beiden deutschen Staaten im Rahmen ihrer jeweiligen Militärallianzen aufeinander üben, hat die Arbeiterklasse hier wie in der DDR nichts zu erwarten. Es ist doch so: gerade weil die BRD die DDR nicht anerkennt, kann sich Honecker hinstellen und gegen den westdeutschen Revanchismus wettern, um damit die Vorbereitungen für eine eventuelle Militärintervention des Warschauer Paktes gegen Polen zu decken. Wir fordern von der Bundesregierung die völkerrechtliche Anerkennung der DDR gerade, um sowohl für uns in Westdeutschland wie für die Arbeiterklasse in der DDR Luft zu schaffen für die notwendig zu führenden Klassenkämpfe.



Die Offensive der Sozialimperialisten zur Eroberung des Panshirtales nördlich von Kabul ist erneut gescheitert. Sie wollten das Tal unbedingt vor den Schneefällen haben, um den Nachschub für ihre Aggressionstruppen zu sichern. Die sozialimperialistische Aggression in Afghanistan steht in der nächsten Woche auf der Tagesordnung der UN-Vollversammlung. Einige islamische und arabische Staaten wollen eine Resolution zur Verurteilung der sowjetischen Invasion einbringen.

Uganda: Invasionsversuch von Söldnern Idi Amins zurückgeschlagen

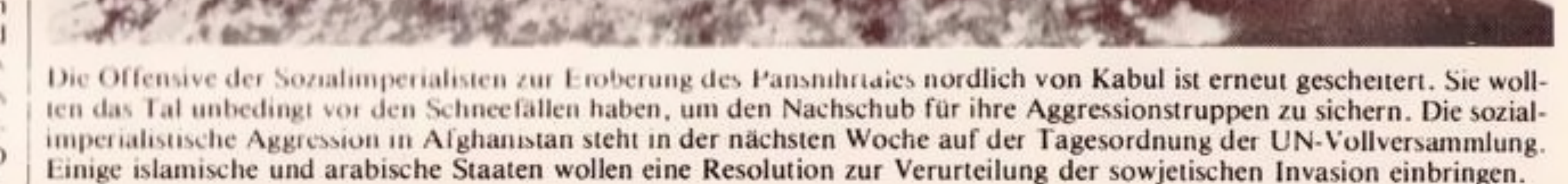
Wahlen im Dezember / USA lauern auf Einmischung

lup. Ugandische Truppen haben mit Unterstützung von Artillerie und leichten Panzern der tansanischen Armee einen Angriff von Söldnern des gestürzten Despoten Idi Amin zurückgeschlagen, erklärte in der vergangenen Woche die Regierung Ugandas. Bei den Angreifern habe es sich um ungefähr 2000 Soldaten gehandelt, die nach dem Sturz Idi Amins in den Sudan und nach Zaire geflohen seien und von dort aus auch den Angriff unternommen hätten. 2 Wochen zuvor hatte der ehemalige Finanzminister Amins und frühere Brigadegeneral Moses Ali die Gründung einer ,,Nationalen Befreiungsfront'' und die ,,Wiederaufnahme des Kampfes in Uganda'' angekündigt. Die Soldaten Amins hatten vorübergehend die Hauptstadt der Nilprovinz, Arua, und Amins Geburtsort Koboko besetzt, sind dort aber auf starken Widerstand der Bevölkerung gestossen. Bereits im August war es zu Zusammenstössen zwischen Soldaten Idi Amins und der ugandischen Armee im Norden Ugandas gekommen. Sowohl der Sudan als auch Zaire haben bestritten, daß der Angriff von ihrem Territorium aus vorgetragen worden sei. Der ehemalige Finanzminister Idi Amins hat den Angriff ebenfalls bestritten und erklärt, die ugandische Regierung wolle lediglich die Anwesenheit tansanischer Truppen in Uganda rechtfertigen und einen Vorwand für eine Absetzung der für Dezember geplanten Wahlen finden.

Tansanische Truppen hatten Ende 1978 / Anfang 1979 Uganda besetzt und Idi Amin gestürzt, nachdem dieser zuvor Tansania angegriffen und ein grösseres Gebiet Tansanias annektiert hatte. Noch nach der Vertreibung seiner Truppen aus Tansania hatte Amin erklärt, vom Ziel der Annexion dieser Gebiete werde er niemals abgehen. Nach dem Sturz Amins wurde die Regierungsgewalt von der Nationalen Befreiungsfront (UNLF) übernommen, die von den Parteien gebildet wurde, die zuvor im Untergrund gegen das Regime Idi Amins gekämpft hatten. Von den ursprünglich 40000 Mann starken tansanischen Truppen wurden inzwischen 30000 Mann abgezogen.

Uganda war früher ein reiches Land, dessen Landwirtschaft und eine nicht unbedeutende Industrie nach der Unabhängigkeit 1962 unter der Regierung Obotes prosperiert hatten. Obote hatte sich auf die nationale Bourgeoisie, aber auch auf die armen Bauern und Arbeiter gestützt. Er hatte einen erbitterten Kampf mit den feudalen Herrschern vor allem des Badanga-Stammes, des größten, 30% der ugandischen Bevölkerung umfassenden Stammes auszufechten, dessen König nach der Widerherstellung eines autonomen Königreiches strebte und gegen die Nationalregierung Obotes rebelliert hatte. Unter Amins Herrschaft, vor allem kurz vor seinem Sturz, wurden die Reichtümer des Landes zerstört, gleichzeitig die Widersprüche zwischen den ugandischen Stämmen verschärft, die auf feudalen Strukturen beruhen. Diese Widersprüche sind eines der Probleme, an denen die Imperialisten, vor allem die USA und Großbritanien, bei ihren Einmischungsversuchen ansetzen, während sie sich gleichzeitig auf Elemente einer Kompradorenbourgeoisie zu stützen versuchen. Binaisa, von Mitte 1979 bis Mai 1980 Staatspräsident in Uganda und dann von der Militärkommission der UNLF gestürzt, hatte Anfang dieses Jahres die Ersetzung der tansanischen Truppen durch eine ,,friedenserhaltende Truppe des Commonwealth'' gefordert. Nach seinem Sturz hatte er an J. Carter und M. Thatcher apelliert, in Uganda zu intervenieren. Teile der amerikanischen Presse haben diesen Hilferuf aufgegriffen. Der Christian Science Monitor schrieb Anfang September, die USA sollten – in Zusammenarbeit mit Großbritannien – das Konzept einer ,,friedenserhaltendenTruppe'' unterstützen. Obotes Rückkehr würde die ,,amerikanische Politik in Ostafrika unterminieren''. Im Rahmen der Carter-Doktrin und angesichts des US-Stützpunktes Mombasa in Kenia sei Ostafrika aber von wachsender Bedeutung für die USA.

Obote hatte nach seiner Rückkehr nach Uganda Ende Mai dieses Jahres zu einer Politik der nationalen Einheit und Aussöhnung aufgerufen, als Voraussetzung für die Widerherstellung der Wirtschaft Ugandas, und die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen mit den Nachbarstaaten, insbesondere auch mit Kenia, bekräftigt.



tauschs für Besucher aus der BRD und Westberlin auf 25 DM pro Tag hat sie festgestellt: ,,In der Außenpolitik der DDR, die sich aus dem abgestimmten Kurs der Länder der sozialistischen Gemeinschaft ergibt, nehmen die Beziehungen zur BRD einen wichtigen Platz ein. Allerdings baut diese der deutsche Arbeiter- und Bauernstaat nicht auf irgendwelche nichtexistierende ‚innerdeutsche Interessen' auf, sondern pflegt sie wie zu jedem anderen kapitalistischen Staat, der dem entgegengesetzten gesellschaftlichen System angehört.''

Honecker seinerseits hat in der Rede in Gera wie schon in der Vorwoche sich ausführlich darüber verbreitet, ,,daß sich die Deutsche Demokratische Republik gegenüber dem Schicksal Volkspolens nicht gleichgültig verhalten kann'', daß ,,Polen wie die DDR und die anderen sozialistischen Länder'' nur in der Sowjetunion einen Garanten hätten, der ,,ihre Zukunft vor den Revanchegelüsten der deutschen Militaristen ... zuverlässig schützt''. In der Presse der Sowjetunion wie der CSSR und der DDR werden bezüglich der Lage in Polen direkte Vergleiche mit der CSSR 1968 gezogen (vgl. dazu S. 4). Die Schülerdemonstrationen in Estland Anfang dieses Monats dürften, angesichts der historischen Verbindungen Polens zu den baltischen Republiken, die Sozialimperialisten

nämlich die DDR-Mark gegenüber der DM erheblich an Kaufkraft gewonnen habe – hat zu einer breiten Diskussion über den Lohn- und Lebensstandard geführt. Die SED-Führung nimmt das um der politischen Abschottung des Landes willen in Kauf, denn, so Honecker, ,,auch Besucher aus der BRD haben das Märchen in die Welt gesetzt, die sowjetische Hilfsaktion für das befreundete, revolutionäre Afghanistan sei an der Verschärfung der internationalen Lage schuld''. (Neues Deutschland, 14.10.) – Nachdem die Lutherische Kirche der DDR jetzt, bei aller Furcht vor der Obrigkeit, erneut in vorsichtiger Form auf dies ,,Märchen'' zu sprechen gekommen ist, sind ihr alle selbständigen Kontakte zu westlichen Journalisten untersagt worden.

Honecker hat seine Forderung nach vollständiger völkerrechtlicher Anerkennung der DDR durch die BRD gerade im sicheren Bewußtsein vorgetragen, daß die Bundesregierung dies ablehnen wird. Die Bundesregierung hat die Forderungen auch sofort als ,,unerfüllbar'' bezeichnet. Genscher hat die Gelegenheit ergriffen, um klarzustellen, daß es für die BRD ,,keine Politik zwischen den Blöcken'' geben könne. ,,Wir sind ein Teil des Westens.'' Die vollständig gerechtfertigte Empörung, die die Maßnahme der SED-Regierung unter den Volksmassen in Westdeutschland und Westberlin hervorge-

Die Offensive der Sozialimperialisten zur Eroberung des Panshirtales nördlich von Kabul ist erneut gescheitert. Sie wollten das Tal unbedingt vor den Schneefällen haben, um den Nachschub für ihre Aggressionstruppen zu sichern. Die sozialimperialistische Aggression in Afghanistan steht in der nächsten Woche auf der Tagesordnung der UN-Vollversammlung. Einige islamische und arabische Staaten wollen eine Resolution zur Verurteilung der sowjetischen Invasion einbringen.

rufen hat, wird die Bourgeoisie jetzt auf ihre Mühlen zu lenken versuchen, um ihrerseits systematisch den Druck auf die DDR zu erhöhen. Die schafsmäßig friedfertige Maske von Bölling darf einen nicht täuschen. Die Regierung läßt sich bloß Zeit.

Von einem Spiel mit Druck und Gegendruck, den die beiden deutschen Staaten im Rahmen ihrer jeweiligen Militärallianzen aufeinander üben, hat die Arbeiterklasse hier wie in der DDR nichts zu erwarten. Es ist doch so: gerade weil die BRD die DDR nicht anerkennt, kann sich Honecker hinstellen und gegen den westdeutschen Revanchismus wettern, um damit die Vorbereitungen für eine eventuelle Militärintervention des Warschauer Paktes gegen Polen zu decken. Wir fordern von der Bundesregierung die völkerrechtliche Anerkennung der DDR gerade, um sowohl für uns in Westdeutschland wie für die Arbeiterklasse in der DDR Luft zu schaffen für die notwendig zu führenden Klassenkämpfe.

Uganda: Invasionsversuch von Söldnern Idi Amins zurückgeschlagen

Wahlen im Dezember / USA lauern auf Einmischung

Maßnahmen Jugoslawiens zur Wirtschaftsstabilisierung

Plenarsitzung des ZK des Bundes der Kommunisten ruft zur Mobilisierung aller Kräfte auf

jük. Das ZK des BdKJ hat auf seiner letzten Plenartagung Ende September die 2 Millionen Mitglieder des Bundes aufgerufen, den Kampf um die Stabilisierung der Wirtschaft als Massenbewegung zu führen, die alle Kräfte der Werktätigen mobilisiert. Wenngleich der Zuwachs an Produktivkräften in Jugoslawien im letzten Jahrzehnt mit der höchste in der ganzen Welt war, hat die Wirtschaft des Landes heute etliche Probleme. Ein gut Teil der Investitionen in Jugoslawien wurde durch Importe gedeckt, die insgesamt gesteigerte Eigenproduktion konnte nicht ausreichend Waren für den Export liefern, zusätzlich zum Bedarf im Lande. Die Bilanz im Handelsaustausch mit dem Ausland ist stark unausgewogen. Das Zahlungsbilanzdefizit betrug 1979 3,5 Mrd. Dollar. Die rasch steigenden Einfuhrpreise fördern die Inflation im Lande, die mit 27% die höchste in Europa ist. Bei der Entwicklung der Industrie des Landes auf Grundlage der Selbstverwaltung der Betriebe haben in einigen Bereichen zu große Investitionen stattgefunden in den letzten Jahren, was Disproportionalitäten in den Republiken gefördert hat.

Diese und ,,andere Prbleme ... gefährden nicht nur das verabschiedete Programm der Wirtschaftsstabilisierung, sondern rufen weitere Schwierigkeiten und Gefahren hervor: Abnahme des realen Einkommens, den Mangel an einigen Waren auf dem Markt, Versorgungsengpässe, Versorgungsschwierigkeiten der Industrie mit notwendigen Rohstoffen, rasche Preissteigerungen''. (Tanjug) Der Vorsitzende des ZK-Präsidiums des BdKJ Doronjski stellt eine zunehmende Unzufriedenheit unter der Arbeiterklasse und den Volksmassen Jugoslawiens fest. Als Ursache für die wirtschaftlichen Probleme nannte er zum einen die enge Verflechtung Jugoslawiens mit dem Weltmarkt und dessen Krisenerscheinungen bzw. ungerechte Ordnung. Zum andern sind diese ,,Probleme zum größten Teil eine Folge unserer inneren subjektiven Faktoren, Verhaltensweisen und der unzulänglichen Organisation ...''

Durchaus seien in den letzten Monaten etliche Erfoge errungen worden in der Stabilisierung der Wirtschaft und der Sicherung der sozialistischen Demokratie. Die Ausfuhr wurde in den ersten 9 Monaten um 33% (real 12%) erhöht, während sich die realen Importe reduzierten um 11%; dazu hat u.a. die Dinarabwertung um 30% gedient. Betriebe haben Material und Energie einsparen können sowie die Produktion zum Teil bis zu 20% gesteigert; was wiederum zu Erhöhungen des Reservefonds des Betriebes für Investitionen geführt hat. In der Landwirtschaft ist die Weizenernte um 15% auf 5,35 Mio. t gestiegen. ,,Trotz einiger Maßnahmen ... ist die Lage weiterhin ernst. Die negativen Folgen wiegen schwerer als die Bemühungen und Mittel zu ihrer Beseitigung''. Doronjski griff die Nichteinhaltung der Stabilisierungsmaßnahmen, z.B. die Aufnahme von Krediten durch die Banken mit hohen Zinssätzen im Ausland zur Dekkung kurzfristiger Investitionen, an, was das Zahlungsbilanzdefizit vergrößere. Spekulationen mit Waren und Rohstoffen, die knapp sind, Formen von Bestechung, insbesondere bei Lizenzen, treten hervor. Gleichzeitig betonte Doronjski, daß der Lebensstandard nicht sinken dürfe.

Der BdKJ unterstützt mit seiner ,,moralisch-politischen Autorität den Kampf nicht nur gegen die ‚Erscheinungen', sondern auch gegen die konkreten Träger dieser Erscheinungen ... ohne Rücksicht darauf, welche Stellung sie einnehmen ... Das Verhalten einiger führender Funktionäre war von dem ‚Lokal-Patriotismus' motiviert bzw. dem Wunsch, die engen Interessen der eigenen Arbeitsorganisation oder der Kommune auf Kosten der Gemeinschaft zu verwirklichen.'' (Tanjug) Doronjski betonte, daß bei Wahrung der Unabhängigkeit des Landes und dem Aufbau des Sozialismus am von Tito vorgezeigten Weg der Selbstverwaltung festgehalten wird und Befürworter der ,,Stärkung des Staates'', des ,,Etatismus'', nichts in der Partei zu suchen hätten.

Ein Licht im Dunkeln?

bew. „Perez Esquirel ist einer, der ein Licht im Dunkeln anzündet. Er setzt sich für eine Lösung ohne Gewalt und für die Respektierung der Menschenrechte ein“, so das Osloer Nobelpreiskomitee zur Begründung der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Argentinier Esquirel. Adolfo Perez Esquirel, ein ehemaliger Bildhauer und Architekt, ist Leiter der argentinischen Bürgerrechtsbewegung „Dienst für Frieden und Gerechtigkeit“, die vor allem aus kirchlichen Mitteln finanziert wird. Er selbst war 14 Monate von der argentinischen Militärjunta in Haft gehalten worden wegen angeblicher Unterstützung von Guerillas, was er brüsk von sich weist. Es überrascht nicht, daß bis zur Verkündung des Nobelpreisträgers der Name hierzulande nahezu unbekannt war. Einmal, weil für die US- und westeuropäischen Imperialisten Menschenrechte nur da von Interesse sind, wo sie mit ihren Kampagnen direkt infiltrieren können, wie etwa mit Sacharow gegenüber dem sozialimperialistischen Konkurrenten, und nicht da, wo sie über ihre Kapitalanlagen direkt Nutznießer des Terrors gegen die Arbeiterklasse und das Volk sind, wie in den südamerikanischen Militärdiktaturen. Wichtiger aber ist, daß diese pazifistischen Bewegungen in Lateinamerika selbst ohne große Bedeutung sind und sogar hinter Teilen der Kirche zurückbleiben. Im Kampf gegen die Unterdrückung der von den Imperialisten oft eingesetzten und gestützten Militärregierungen kann sich die Arbeiter- und Bauernbewegung schwerlich auf diese Apostel der Gewaltlosigkeit stützen. Gerade auch die Völker Lateinamerikas haben in Hunderten von Klassenschlachten von Chile bis zum jüngsten Putsch in Bolivien die bittere und blutige Erfahrung machen müssen, daß nur die Gewalt des Volkes hilft, wo die Gewalt des Besitzes herrscht. Appelle zur Gewaltlosigkeit anstelle der Organisierung des politischen Kampfes, so aufrichtig diese auch gemeint sein mögen, verlängern nur die Unterdrückung. Diese Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung soll mit der Verleihung des Friedensnobelpreises verdeckt werden.

Demokratisches Kampuchea: Nun doch ein Geständnis?

bep. Mit Mehrheit bestätigte letzte Woche die Vollversammlung der UNO die Rechtmäßigkeit der Vertretung des Demokratischen Kampuchea. Die Bundesregierung hat erklären lassen, ihre Stimmabgabe für die Vertretung des Demokratischen Kampuchea in der UNO bedeute keine Anerkennung des „Pol-Pot-Regimes“. Dem Druck der ASEAN-Länder und der Mehrheit der Länder der 3. Welt nachgebend, wenden sich die BRD und andere imperialistische Länder in der UNO gegen die Aggression in Kampuchea, um gleichzeitig der einzigen Kraft, die den Kampf gegen die Aggression führt, in den Rücken zu fallen. Die Versuche, die Regierung des Demokratischen Kampuchea zu isolieren, haben spürbar zugenommen, ebenso wie die Hetzkampagne gegen die kampucheanische Revolution wieder zugenommen hat.

Vertreter der Regierung des Demokratischen Kampuchea haben in der letzten Zeit wie auch früher schon zu Fehlern ihrer Politik in den vergangenen Jahren Stellung genommen. Interessierte Kreise haben daraus ein Geständnis, zumal ein aus taktischen Gründen geheucheltes, zu machen versucht.

Im Dezember letzten Jahres haben

spendiert und ein Programm der nationalen Einheitsfront vorgeschlagen. Diese Änderung entsprach der veränderten Lage. Wenn Vertreter des Demokratischen Kampuchea an bestimmten Fehlern der Vergangenheit Kritik üben, dann, um sie in der Praxis zu korrigieren. Wenn sie diese Kritik jetzt veröffentlichen, dann nicht, um der Hetze nachzugeben, sondern um gegenüber allen Kräften, die für eine Einheitsfront gewonnen werden können, Trennendes beiseite zu räumen und Differenzen zu überwinden. Aber es handelt sich dabei um die Selbstkritik von Revolutionären an Fehlern einer revolutionären Politik. Nach der Befreiung 1976 ging es um die Sicherstellung der Ernährung des Volkes, die aufs schwerste bedroht war. Es ging darum, die Unabhängigkeit, die durch die fortdauernde Aggression der USA und die beginnende Aggression Vietnams ebenfalls aufs schwerste bedroht war, zu sichern und alle Kräfte für den Aufbau zu mobilisieren. An bestimmten Maßnahmen, die in einer solchen Situation getroffen wurden, Kritik zu üben, ist in erster Linie Sache der Vertreter des kampucheanischen Volkes selbst. Bei dieser Kritik muß man bedenken: Vietnam ging nach der Befreiung vom US-Imperialismus einen Weg,

Woche die Vollversammlung der UNO die Rechtmäßigkeit der Vertretung des Demokratischen Kampuchea. Die Bundesregierung hat erklären lassen, ihre Stimmabgabe für die Vertretung des Demokratischen Kampuchea in der UNO bedeute keine Anerkennung des „Pol-Pot-Regimes“. Dem Druck der ASEAN-Länder und der Mehrheit der Länder der 3. Welt nachgebend, wenden sich die BRD und andere imperialistische Länder in der UNO gegen die Aggression in Kampuchea, um gleichzeitig der einzigen Kraft, die den Kampf gegen die Aggression führt, in den Rücken zu fallen. Die Versuche, die Regierung des Demokratischen Kampuchea zu isolieren, haben spürbar zugenommen, ebenso wie die Hetzkampagne gegen die kampucheanische Revolution wieder zugenommen hat.

Vertreter der Regierung des Demokratischen Kampuchea haben in der letzten Zeit wie auch früher schon zu Fehlern ihrer Politik in den vergangenen Jahren Stellung genommen. Interessierte Kreise haben daraus ein Geständnis, zumal ein aus taktischen Gründen geheucheltes, zu machen versucht.

Im Dezember letzten Jahres haben die Regierung und die Nationalversammlung des Demokratischen Kampuchea die Lage untersucht und festgestellt, daß der Überfall Vietnams den Kampf um die nationale Befreiung erneut auf die Tagesordnung gesetzt hat und daß in Kampuchea gegenwärtig der Aufbau des Sozialismus nicht auf der Tagesordnung steht. Sie haben die sozialistische Verfassung von 1976 su-

nalen Einheitsfront vorgeschlagen. Diese Änderung entsprach der veränderten Lage. Wenn Vertreter des Demokratischen Kampuchea an bestimmten Fehlern der Vergangenheit Kritik üben, dann, um sie in der Praxis zu korrigieren. Wenn sie diese Kritik jetzt veröffentlichen, dann nicht, um der Hetze nachzugeben, sondern um gegenüber allen Kräften, die für eine Einheitsfront gewonnen werden können, Trennendes beiseite zu räumen und Differenzen zu überwinden. Aber es handelt sich dabei um die Selbstkritik von Revolutionären an Fehlern einer revolutionären Politik. Nach der Befreiung 1976 ging es um die Sicherstellung der Ernährung des Volkes, die aufs schwerste bedroht war. Es ging darum, die Unabhängigkeit, die durch die fortdauernde Aggression der USA und die beginnende Aggression Vietnams ebenfalls aufs schwerste bedroht war, zu sichern und alle Kräfte für den Aufbau zu mobilisieren. An bestimmten Maßnahmen, die in einer solchen Situation getroffen wurden, Kritik zu üben, ist in erster Linie Sache der Vertreter des kampucheanischen Volkes selbst. Bei dieser Kritik muß man bedenken: Vietnam ging nach der Befreiung vom US-Imperialismus einen Weg, der es alsbald zum Henkersknecht des Sozialimperialismus machte. Kampuchea gewann die Unabhängigkeit und machte die ersten Schritte auf dem Weg zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung. Wie sonst wäre es möglich, daß das kampucheanische Volk jetzt unter Führung seiner Regierung dem Aggressor erfolgreich Widerstand leistet?

Neuer Ausländererlaß in Westberlin

Die Rechtlosigkeit der Ausländerbevölkerung wird fortgeschrieben

nop. Im Amtsblatt vom 8. Oktober hat der Westberliner Innensenator seinen „Erlaß über die Behandlung von Ausländerangelegenheiten (Ausländererlaß)“ veröffentlicht, der am 1. November in Kraft tritt. Es handelt sich dabei um verbindliche Weisungen an die Westberliner Ausländerpolizei zur Ausführung des Ausländergesetzes. Der Erlaß soll – so Senator Ulrich – die Integration der rund 220000 Ausländer in Westberlin erleichtern und die Handhabung des Ausländerrechts transparent machen. Um den Ausländern selbst damit „eine praktische Hilfe beim Behördengang in die Hand zu geben“, soll er demnächst auch in Türkisch erscheinen.

Tatsächlich bringt der Ausländererlaß inhaltlich keine entscheidenden Veränderungen der Behördenpraxis, insbesondere keine Verbesserungen des Rechtsstatus der Ausländer. Neu ist, daß dieser Erlaß veröffentlicht und seine Verbreitung unter der Ausländerbevölkerung sogar propagiert wird. Bislang wurden solche Ausführungsvorschriften geheim gehalten; Versuche, die Herausgabe gerichtlich zu erzwingen, waren durchweg erfolglos. Gegen die Veröffentlichung als solche kann man sicher nichts haben: Sie gibt der Öffentlichkeit die Möglichkeit, die Praxis der Ausländerbehörden genauer zu durchschauen. Zu fordern ist, daß *alle* für die Ausländer wichtigen Anordnungen, Richtlinien etc., insbesondere die Richtlinien der Bundesanstalt für Arbeit über die Erteilung und Versagung von Arbeitserlaubnissen, veröffentlicht werden. Ein gewisser praktischer Nutzen für die Behörden dürfte darin liegen, daß sich neu eingereiste Ausländer jetzt sofort über das ganze Ausmaß ihrer Rechtlosigkeit informieren können, was sie möglicherweise von vornherein von dem aussichtslosen Gang zur Behörde abhalten wird.

Soweit der Innensenator von „Erleichterung der Integration“ durch den Ausländererlaß daherredet, darf man das nicht ernst nehmen. Erstmals ist in diesem Erlaß die bisher schon geübte Praxis festgeschrieben, daß nur Ehegatten und Kinder unter 18 Jahren gestattet wird, dem hier arbeitenden Familienmitglied nachzuziehen. Überdies wird dem nachziehenden Ehegatten für sechs Monate die Auflage erteilt, keine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Ob er danach vom Arbeitsamt eine Arbeitserlaubnis bekommt, ist eine andere Frage.

Festgeschrieben wird auch, trotz gegenläufiger Verwaltungsgerichtsurteile, die Zuzugssperre für Kreuzberg, Tiergarten und Wedding. Klare Regelungen gibt es für die Ausweisung bei Straftaten: Immer und mit sofortiger Vollziehung wird ausgewiesen, wenn es um „aktive Beteiligung an politisch motivierter Gewaltausübung“ geht. Damit sind z.B. gemeinschaftliche Widerstandshandlungen bei Polizeieinsätzen gegen politische Aktionen erfaßt. Erwachsene Ausländer, die sich weniger als drei Jahre im Bundesgebiet aufhalten, sollen bei Strafen über 30 Tagessätzen ausgewiesen werden. Das ist in etwa das Strafmaß für geringfügige Ersttaten. Für Jugendliche gibt es einen aufgegliederten Voraussetzungskatalog, wobei die Frage der Ausweisung vor allem von den Prognosen der Gerichte und der Gefängnisleitungen abhängt.

Der Ausländererlaß bringt auch eine „Erleichterung“ – von Senat und Presse gebührend herausgestellt: Nach achtjährigem Aufenthalt des Ausländers ist seinem Antrag auf Genehmigung einer selbständigen Geschäftseröffnung stattzugeben, wenn der Wirtschaftssenator bestätigt, daß damit den gesamtwirtschaftlichen Belangen Westberlins nicht geschadet wird.

Der Landesparteitag der SPD soll sich am 6. Dezember erneut mit der Frage der sog. Ausländerintegration befassen. Diskussionsgrundlage soll ein jetzt vorgelegter Bericht einer vom Landesvorstand eingesetzten Arbeitsgruppe sein. In diesem Bericht sind ansatzweise die Forderungen nach Angleichung der Rechte der Ausländer an den Rechtsstatus eines Deutschen enthalten. So wird unter anderem gefordert: „Ausländern, die sich zu längerem oder dauerndem Bleiben in Deutschland entschlossen haben, müssen volle politische Rechte erhalten können. Das bedeutet aktives und passives Wahlrecht und das Recht auf freie politische Betätigung. Volle politische Rechte sind an den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft gebunden.“ Durch die Herausgabe des Ausländererlasses zwei Monate vor dem Parteitag hat der Senat gezeigt, als was er solche Vorschläge zu behandeln gedenkt: als Makulatur.

Bundesanstalt für Arbeit: Defizit 4 Mrd. DM

Haushaltsvoranschlag muß korrigiert werden / Arbeitsmarktabgabe für Beamte erwogen

gkr. Am 7./8. Oktober, gerade nach der Bundestagswahl, beriet der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit über den Haushaltsplan für 1981. Nach dem im Juli 1979 verabschiedeten 5. Änderungsgesetz zum Arbeitsförderungsgesetz hätte der Entwurf schon bis zum 1. September der Bundesregierung zur Genehmigung vorliegen müssen. Aber der Konfliktstoff war vor der Bundestagswahl offensichtlich zu reichhaltig. So war denn die erste Maßnahme des Vorstandes bei seiner Beratung die Erhöhung des Ansatzes von 8,6 Mrd. DM für Arbeitslosengeld, ebenso des Ansatzes für Kurzarbeitergeld. Nach den Schönwettervorwahlprognosen müssen die zu erwartenden Arbeitslosenzahlen deutlich nach oben korrigiert werden. Wenigstens 10 Mrd. DM, so realistische Schätzungen, sind bei einer Arbeitslosenzahl von 1 Mio. voraussichtlich an Arbeitslosengeld zu zahlen. Entsprechend wurden auch die

cherung, sondern direkt aus dem Bundeshaushalt bezahlt. Hierfür dürften selbst die nach der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen 2,4 Mrd. DM nicht ausreichen. Zur Erhöhung des Defizits werden auch andere Bereiche beitragen, sowohl die Erhöhung der Verwaltungsausgaben wie auch die Erhöhung von speziellen Arbeitsförderungsmaßnahmen. Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) werden zwar mit der neuen am 1. Oktober 1980 in Kraft getretenen Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit die Zuschüsse auf 100% des Arbeitslohnes (gegenüber vorher möglichen 120%) grundsätzlich begrenzt, insgesamt wird sich aber auch hier eine Erhöhung ergeben. Der Gesamthaushalt der Bundesanstalt wird so von bisher 22 Mrd. DM im Voranschlag für 1981 um ca. 2 Mrd. DM steigen (1980: 21,2 Mrd. DM). Bei geschätzten Beitragseinnahmen von 18,5 Mrd. DM wird dabei nur

sen werden, neben 0,6 Mrd. DM aus den Rücklagen, die jetzt nur noch ca. 0,6 Mrd. DM betragen. Politiker wie „Experten“ in den Redaktionsstuben bieten denn verschiedene Varianten, wie die höheren Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit am besten und reibungslosesten auf die Volksmassen abzuwälzen sind. Höhere Beiträge, so die Befürchtung, werden den Widerstand der Lohnabhängigen allzusehr verschärfen, schon die Erhöhung auf 3% sollte nur vorübergehend sein. Aber vielleicht wäre eine Aussetzung der Erhöhung der Rentenversicherung möglich und stattdessen eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um entsprechende 0,5%; oder eine Aussetzung der Zahlungen der BfA an die Rentenversicherung? Und schließlich die Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige. Schon vor der Wahl hatte Ehrenberg sie ins Spiel gebracht und war vor allem von den FDP-Politikern

ordnungen, Richtlinien etc., insbesondere die Richtlinien der Bundesanstalt für Arbeit über die Erteilung und Versagung von Arbeitserlaubnissen, veröffentlicht werden. Ein gewisser prakti-

ger als drei Jahre im Bundesgebiet aufhalten, sollen bei Strafen über 30 Tagessätzen ausgewiesen werden. Das ist in etwa das Strafmaß für geringfügige Ersttaten. Für Jugendliche gibt es ei-

den.“ Durch die Herausgabe des Ausländererlasses zwei Monate vor dem Parteitag hat der Senat gezeigt, als was er solche Vorschläge zu behandeln gedenkt: als Makulatur.

Bundesanstalt für Arbeit: Defizit 4 Mrd. DM

Haushaltsvoranschlag muß korrigiert werden / Arbeitsmarktabgabe für Beamte erwogen

gkr. Am 7./8. Oktober, gerade nach der Bundestagswahl, beriet der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit über den Haushaltsplan für 1981. Nach dem im Juli 1979 verabschiedeten 5. Änderungsgesetz zum Arbeitsförderungsgesetz hätte der Entwurf schon bis zum 1. September der Bundesregierung zur Genehmigung vorliegen müssen. Aber der Konfliktstoff war vor der Bundestagswahl offensichtlich zu reichhaltig. So war denn die erste Maßnahme des Vorstandes bei seiner Beratung die Erhöhung des Ansatzes von 8,6 Mrd. DM für Arbeitslosengeld, ebenso des Ansatzes für Kurzarbeitergeld. Nach den Schönwettervorwahlprognosen müssen die zu erwartenden Arbeitslosenzahlen deutlich nach oben korrigiert werden. Wenigstens 10 Mrd. DM, so realistische Schätzungen, sind bei einer Arbeitslosenzahl von 1 Mio. voraussichtlich an Arbeitslosengeld zu zahlen. Entsprechend wurden auch die Annahmen über das 1981 zu erwartende Defizit korrigiert, das vom Bundeshaushalt getragen werden muß: von 1,6 Mrd. DM, wie es noch in der ersten Vorlage der Bundesanstalt für die Vorstandsberatung geheißen hat, auf 3 bis 4 Mrd. DM.

Hinzugerechnet werden müssen die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe. Sie wird ab dem 1. Januar 1981 nicht mehr aus den Kassen der Arbeitslosenversi-

cherung, sondern direkt aus dem Bundeshaushalt bezahlt. Hierfür dürften selbst die nach der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen 2,4 Mrd. DM nicht ausreichen. Zur Erhöhung des Defizits werden auch andere Bereiche beitragen, sowohl die Erhöhung der Verwaltungsausgaben wie auch die Erhöhung von speziellen Arbeitsförderungsmaßnahmen. Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) werden zwar mit der neuen am 1. Oktober 1980 in Kraft getretenen Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit die Zuschüsse auf 100% des Arbeitslohnes (gegenüber vorher möglichen 120%) grundsätzlich begrenzt, insgesamt wird sich aber auch hier eine Erhöhung ergeben. Der Gesamthaushalt der Bundesanstalt wird so von bisher 22 Mrd. DM im Voranschlag für 1981 um ca. 2 Mrd. DM steigen (1980: 21,2 Mrd. DM). Bei geschätzten Beitragseinnahmen von 18,5 Mrd. DM wird dabei nur etwas mehr als die Hälfte tatsächlich für Versicherung im Falle der Arbeitslosigkeit verwandt.

Die Deckung des Defizits der Bundesanstalt kann inzwischen nicht mehr aus den Rücklagen geschehen. Noch 1979 wurden 2,2 Mrd. DM aus den Rücklagen zur Finanzierung des Defizits entnommen, im folgenden Jahr mußte aus dem Bundeshaushalt eine Summe von 1,9 Mrd. DM zugeschos-

sen werden, neben 0,6 Mrd. DM aus den Rücklagen, die jetzt nur noch ca. 0,6 Mrd. DM betragen. Politiker wie „Experten“ in den Redaktionsstuben bieten denn verschiedene Varianten, wie die höheren Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit am besten und reibungslosesten auf die Volksmassen abzuwälzen sind. Höhere Beiträge, so die Befürchtung, werden den Widerstand der Lohnabhängigen allzusehr verschärfen, schon die Erhöhung auf 3% sollte nur vorübergehend sein. Aber vielleicht wäre eine Aussetzung der Erhöhung der Rentenversicherung möglich und stattdessen eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um entsprechende 0,5%; oder eine Aussetzung der Zahlungen der BfA an die Rentenversicherung? Und schließlich die Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige. Schon vor der Wahl hatte Ehrenberg sie ins Spiel gebracht und war vor allem von den FDP-Politikern energisch zurückgepfiffen worden. Jetzt trat Egon Lutz, Arbeitsmarktexperte der SPD-Fraktion, erneut für diesen Plan ein, die FDP signalisierte unter bestimmten Bedingungen Zustimmung. Als Ausgleich für die „gesicherte Stellung“ sollten jetzt die Beamten 1% ihres Gehalts (das ergäbe etwa 2 Mrd. DM) an die Arbeitslosenversicherung bezahlen, quasi als „Notopfer“ für die Arbeitslosigkeit.

„Ausländerstop“? – Landesregierung entscheidet 21.10.

uls. Die NPD und die von ihr durchgeführte „Bürgerinitiative Ausländerstop“ haben für ihren Antrag auf ein dementsprechendes Volksbegehren nach Auskunft des NRW-Innenministeriums am 12.9.80 ca. 5000 Unterschriften eingereicht. 3000 Unterschriften sind notwendig, um nach der Landesverfassung in NRW ein Volksbegehren zu beantragen. Am 24.10. läuft die Frist ab, bis zu der die Landesregierung über Zulassung oder Ablehnung des Volksbegehrens entschieden haben muß. Das soll auf der Kabinettsitzung am 21.10. geschehen. Die NPD hat in den letzten Wochen versucht, öffentliche Kundgebungen dazu durchzuführen. Überall wurden diese Kundgebungen von den Gewerkschaften und der demokratischen Bewegung bekämpft. Der DGB-Landesbezirk NRW hat den NPD-Antrag verurteilt. In einer Resolution forderten die Vertrauensleute von Hoesch-Phoenix in Dortmund das Verbot der betreffenden Kundgebung. Auch der Arbeitgeberverband spricht sich gegen den NPD-Antrag aus, um das „Arbeitskräftepotential hochzuhalten“. Weniger die von der NPD erhoffte Stärkung ihres politischen Gewichts wird Folge eines solchen Volksbegehrens sein, aber der Spielraum des bürgerlichen Staates wird wachsen, um die Schleusen der Ausbeutung ausländischer Arbeiter durch Ausweisung und Nichtgewährung von Asyl noch willkürlicher zu handhaben.

Gewählter Uni-Präsident abgesetzt

hdm. Drei Monate nach der Wahl Prof. Daxners zum neuen Hochschulpräsidenten der Gesamthochschule Kassel hat ihm der hessische Kultusminister die Bestätigung versagt. Die Kandidatur Daxners, Mitglied des niedersächsischen Landesvorstands der GEW, war von den Vertretern der Studenten, des Uni-Personals und einer Reihe Professoren im Konvent unterstützt worden. Einige der von Daxner im Verlauf der Anhörung gemachten Aussagen, wie z.B. Ablehnung der Beteiligung an Berufsverbotsverfahren oder des Energieprogramms der Bundesregierung, werden von Krollmann unter Berufung auf das Beamtenrecht als Grund der Nicht-Bestätigung genannt. – Vorläufig hat der amtierende Kanzler das Amt des Uni-Präsidenten übernommen, so daß förmliche Einsetzung eines Staatskomissars vermieden ist. ÖTV, GEW und Studentenvertreter haben Kampfschritte angekündigt.

Urteile im „Lorenz-Drenkmann Prozeß“

chf. Das Urteil im „Lorenz-Drenkmann Prozeß“ ist am 13.10.80 nach zweieinhalbjähriger Prozeßdauer verkündet worden. Alle 6 Angeklagten wurden wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt und – mit Ausnahme Teufels, der 5 Jahre Haft bekommen hat –, wegen der Lorenzentführung, wegen Geiselnahme, erpresserischem Menschenraub und Nötigung eines Verfassungsorgans zu 10 – 15 Jahren Haft verurteilt. Dieses Urteil ist trotz der hohen Haftstrafen als ein Erfolg anzusehen, denn alle Angeklagten wurden in Bezug auf die Erschießung von Drenkmann freigesprochen mangels Beweisen. Die beiden Belastungszeugen, Frau von Drenkmann und der vom Verfassungsschutz präsentierte Kronzeuge Hochstein, bezeichnete das Gericht als unglaubwürdig. Das Gericht berief sich bei seinem Urteil auf teilweise recht wackelige Indizienbeweise. Ob dieses Urteil so bestehen bleibt, ist allerdings fraglich, denn die Bundesanwaltschaft hat sofort wegen des Freispruchs in Bezug auf die Erschießung von Drenkmanns Revision eingelegt.

Korea-Tribunal gegen Verbrechen der Chon-Diktatur

gkr. Am Sonntag, 26.10.1980, wird in Köln ein Südkorea-Tribunal stattfinden, „das die Anklage gegen den zum Tode verurteilten Oppositionsführer Kim Dae Jung widerlegen und über die Verbrechen der Chon-Diktatur urteilen wird“ (Presse-Information der Veranstalter). Das Tribunal, das vom „Forum für Demokratie in Korea e.V.“ und verschiedenen demokratischen Persönlichkeiten organisiert wird, wird u.a. von der Deutsch-Koreanischen Freundschaftsgesellschaft und dem KBW unterstützt. – In Südkorea wurden in den vergangenen 2 Monaten im Verlauf einer „Säuberungskampagne gegen Kommunismus und Korruption“ ca. 46000 Menschen festgenommen, ca. 30000 von ihnen sind in „Umerziehungslagern“ verschwunden. U.a. wurde auch Kim Tae Hong, ehemaliger Vorsitzender des südkoreanischen Journalistenverbandes, wegen „Verschwörung zum Aufruhr“ und Zusammenarbeit mit Kim Dae Jung festgenommen. Am 17. Oktober demonstrierten erneut 1000 Studenten in Seoul, die Demonstration wurde blutig zusammengeschlagen.

Veranstaltung mit V. Make, Vorsitzender des PAC

Auf Einladung des KBW wird der Vorsitzende des Pan Africanist Congress (PAC), Genosse V. Make, am 29. und 30. Oktober die BRD besuchen und auf zwei Veranstaltungen in Hamburg und Frankfurt über den Befreiungskampf des Volkes von Azania gegen das südafrikanische Kolonialregime sprechen.

Die Gewerkschaftsforderungen müssen gegen das Regierungsprogramm erzwungen werden

Der Beginn der Koalitionsverhandlungen am 27. Oktober wurden nicht erst abgewartet

vol./frb. Der 8. Deutsche Bundestag war mit Rentensenkung und einer Verschlechterung der Krankenversicherung eröffnet worden. Eine günstige wirtschaftliche Entwicklung gab dann doch den Boden für eine relative Entspannung. Jetzt sagt Genscher, der Erfolg der Regierung hänge von den nächsten sechs Wochen ab. Diesmal steht die wirtschaftliche Entwicklung schlechter, die Rentensenkung wird 1981 erst richtig wirksam, rasch erweiterte Staatsausgaben auf Kredit sind versperrt, und die Arbeiterbewegung ist heute auch besser vorbereitet.

Das ,,Handelsblatt" hatte schon die Gewerkschaften zum eigentlichen Verlierer der Wahl erklärt. Der gewachsene Einfluß der FDP ziehe der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen engste Grenzen. Denn wer jetzt weiterhin an den Liberalen rüttele, gefährde direkt den Kanzler.

Die HBV hat dieser Tage die Kampagne ,,Hände weg vom Ladenschlußgesetz" eingeleitet. Auf dem Kongreß der Postgewerkschaft suchte Helmut Schmidt an die Gemeinsamkeit der Sozialdemokraten zu appellieren. Die Gewerkschaft möge doch nicht mit ihren zwei Tage nach der Wahl gestarteten Aktionen zur Mehrfachanrechnung von Schichtarbeit den sozialdemokratischen Postminister zum Watschenmann machen. Gscheidle hat keine Zugeständnisse gemacht. Mittwoch und Donnerstag wurden die Aktionen fortgeführt. Die Gewerkschaft der Polizei erklärte sich solidarisch und erinnerte ebenfalls an ihre unerfüllten Forderungen. Und der Vorsitzende der IG Druck und Papier: ,,Nachdem wir weder Ersatzpartei noch Befehlsempfänger einer Partei sind, werden wir die andersgeartete Auffassung des Bundeskanzlers zur 35-Stunden-Woche wohl zur Kenntnis nehmen – sie wird uns aber nicht hindern, diese Forderung nicht nur zu stellen, sondern sie auch zu realisieren." Mahlein hat den Spekulationen der Kommentatoren in die Feder diktiert, daß er sich dagegen verwahre, daß dem Staatsvolk eine Gemeinwohl-Verpflichtung unterstellt werde, ,,die wechselweise dann mit dem Interesse von Krupp im Kaiserreich, mit denen der Deutschen Bank in den 60er Jahren und mit denen von Siemens oder Bayer Leverkusen verwechselt wird."

Arbeitsrecht und Arbeitszeit

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck hat der Minister für Arbeit, Ehrenberg, als Schwerpunkte für die *Arbeitsrechtsreformen* genannt: die Verbesserung des Kündigungsschutzes, ein neues Arbeitsschutzgesetz, eine gesetzliche Arbeitszeitregelung, die Aufhebung von Beschäftigungsverboten von Frauen, die Erreichung eines Elternurlaubs. Damit hat Ehrenberg wichtige Punkte des *sozialpolitischen Programms des DGB* aufgegriffen, ohne allerdings auf ihre Ausgestaltung einzugehen.



An den Hochöfen der Stahlindustrie wird in kontinuierlicher Schicht gearbeitet. Von 1960 bis 1975 hat die Zahl der regelmäßigen Wechselschichtarbeiter von 2,6 auf 3,3 Mio. zugenommen. Rund 3,9 Mio. oder 18,5% aller Lohnabhängigen arbeiten in Wechselschicht, 19% der Männer und 10% der Frauen. Der Kampf gegen die Schichtarbeit ist ein Konzentrationspunkt der Gewerkschaftsbewegung.

Bei der Verbesserung des *Kündigungsschutzes* fordern die Gewerkschaften, daß die Einreichung der Kündigungsschutzklage durch den Lohnabhängigen zur Aussetzung der Kündigung führe. Heute ist die Lage genau umgekehrt, der Arbeiter wird gekündigt und verliert seinen Arbeitsplatz. Bis die Klage dann entschieden ist, ziehen oft Monate ins Land, so daß eine Durchsetzung der Wiedereinstellung des Lohnabhängigen oft schon daran scheitert, daß er inzwischen woanders arbeitet. Die Kapitalisten können so direkt Fakten schaffen, die dann, selbst wenn der Kapitalist verurteilt wird, nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Die gesetzliche *Arbeitszeitregelung* wie auch z.T. die Aufhebung von Beschäftigungsverboten von Frauen sind Bestandteil der Arbeitszeitordnung. Die FDP hat sich durch den Wirtschaftsminister gegen jede Änderung der 48-Stunden-Woche in der AZO gewehrt. Ehrenberg hat sich für die Einführung der 40-Stunden-Woche in dieses Gesetz ausgesprochen, was den tariflichen Regelungen für 92% der Beschäftigten entsprechen würde. Vielleicht planen die Sozialdemokraten in der Regierung auch einen Tausch von Einführung der 40-Stunden-Woche in Verbindung mit Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen, das schon in etlichen Bereichen, insbesondere im öffentlichen Dienst, beseitigt ist. Dabei stiften sie gezielt Verwirrung durch die Propagierung der Aufhebung solcher Beschränkungen wie z.B. dem Verbot von Frauenarbeit auf dem Bau. Der DGB und die Einzelgewerkschaften fordern die Aufhebung solcher anachronistischer Regelungen bei Beibehaltung und Ausdehnung des Nachtarbeitsverbots. Für die AZO fordern sie die Festschreibung der 40-Stunden-Woche und die Einschränkung der Mehrarbeit.

Rentenversicherung

Für Graf Lambsdorff ist die Neuordnung der *Rentenversicherung* zum 1.1.1984 das schwierigste Thema der kommenden vier Jahre. Dann, so der Graf zwei Tage nach der Wahl, könnten die Renten nur noch so stark steigen wie die Nettoeinkommen. In ihrem Wahlprogramm hatte die FDP geschrieben, eine Kürzung der Renten lehne sie ab. Auf Grundlage der bruttolohnbezogenen Rentenformel sollten die Renten in demselben Umfang steigen wie die Realeinkommen der Arbeitnehmer. Man kann dies nur so auffassen, daß die Neurente zwar entsprechend den Bruttlolöhnen berechnet werden soll, danach aber nur noch entsprechend den Nettolöhnen steigen soll. Die SPD hatte festgestellt: ,,Von 1982 an wird es wieder bruttolohnbezogene dynamische Renten geben." Mittlerweile redet das ,,Handelsblatt" wie selbstverständlich davon, daß SPD wie FDP für Nettoanpassung der Renten seien. Nur erstere eben durch Abzug eines Beitrags zur Krankenversicherung, letztere durch einen Abschlag.

Weitgehend einig sind sich FDP und SPD über die *Hinterbliebenenversorgung*. Stirbt ein Versicherter, so erhält der hinterbliebene Ehepartner 70% der gemeinsamen Rentenanwartschaft, mindestens aber die volle eigene Rente. Bislang beträgt die Witwenrente 60% der Rente des Verstorbenen und die eigene Rente wird zusätzlich gezahlt. So bringt die beabsichtigte Regelung zwar eine Verbesserung für Witwen ohne eigene Rente, sie bringt aber eine Verschlechterung für jene Frauen, die eine eigene Rente haben, die höher ist als ⅓ der Rente des Ehepartners.

Bezüglich einer *Mindestrente* hat die SPD zugesagt, die für Beitragszeiten vor 1972 bestehende Regelung über dieses Jahr hinaus zu verlängern. Nach jener Regelung werden die Löhne jeweils so angerechnet, als hätten sie mindestens 75% des Durchschnittslohns betragen. Die FDP will nach Äußerungen ihres ,,Sozialexperten" Hansheinrich Schmidt der Verlängerung nur in Ausnahmen zustimmen.

Die Position des DGB wie der meisten Einzelgewerkschaften geht ganz im Gegensatz zu den ständigen Rentensenkungsplänen davon aus, daß die Rente nach einem erfüllten Arbeitsleben den bisherigen Lebensstandard garantieren muß. Sie darf daher nicht unterhalb von 90% des Nettoeinkommens eines vergleichbaren Erwerbstätigen liegen. Zwar bezieht auch der DGB die Rente auf die Nettolöhne. Es steht dies aber in vollständigem Gegensatz zu den Regierungsabsichten. Mit der Festlegung wird lediglich der Tatsache Rechnung getragen, daß der Lebensunterhalt eben auch aus dem Nettolohn bestritten werden muß und bei den Renten nicht wiedergewonnen werden kann, was im Kampf gegen die Steuerlast verloren wurde. Eine unnötige Auseinandersetzung wird so vermieden. Eindeutig aber verlangt das Sozialpolitische Programm, daß die bruttolohnbezogene Anpassung gewährleisten soll, daß die Renten der Sozialversicherung allmählich auf die geforderte Höhe wachsen.

Unverständlich ist, weshalb sich der DGB auf die geplante Regelung der Hinterbliebenenversorgung eingelassen hat (wenngleich er 75% statt 70% fordert). Schließlich ist damit eine Senkung gegenüber geltendem Recht verbunden. Einer Höchstgrenze für die Hinterbliebenenrente, wie sie faktisch vorgesehen ist, kann man unmöglich zustimmen, solange nicht die geforderte auf das Lohnverhältnis bezogene Mindestrente gezahlt wird.

Von einer *Senkung des Rentenalters* hört man bei der Vorbereitung der Regierungserklärung nichts. Die Gewerkschaften fordern sie in Verbindung mit besonders schweren Arbeiten, so bei Tätigkeit in 1. und 2. Hitze und bei langjähriger Schichtarbeit. In diesem Zusammenhang wurde etwa in Anträgen an den Gewerkschaftstag der IG Metall auch die Forderung erhoben, daß *die Kapitalisten vollständig für die Kosten aufkommen*. Daß die Kapitalisten alles zahlen sollen, wurde von der Antragskommission mit der Begründung abgelehnt, es müsse bei der Mitgliedschaftsbeziehung zur Kasse bleiben. Die allerdings ließe sich leicht durch Abschluß des Arbeitsverhältnisses herstellen! In dieser wichtigen Frage also gibt es eine offene Flanke. Eindeutig hingegen ist die Forderung nach *Selbstverwaltung* allein durch die Versicherten in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

der Ersatzpartei noch Befehlsempfänger einer Partei sind, werden wir die andersgeartete Auffassung des Bundeskanzlers zur 35-Stunden-Woche wohl zur Kenntnis nehmen – sie wird uns aber nicht hindern, diese Forderung nicht nur zu stellen, sondern sie auch zu realisieren." Mahlein hat den Spekulationen der Kommentatoren in die Feder diktiert, daß er sich dagegen verwahre, daß dem Staatsvolk eine Gemeinwohl-Verpflichtung unterstellt werde, ,,die wechselweise dann mit dem Interesse von Krupp im Kaiserreich, mit denen der Deutschen Bank in den 60er Jahren und mit denen von Siemens oder Bayer Leverkusen verwechselt wird."

Arbeitsrecht und Arbeitszeit

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck hat der Minister für Arbeit, Ehrenberg, als Schwerpunkte für die *Arbeitsrechtsreformen* genannt: die Verbesserung des Kündigungsschutzes, ein neues Arbeitsschutzgesetz, eine gesetzliche Arbeitszeitregelung, die Aufhebung von Beschäftigungsverboten von Frauen, die Erreichung eines Elternurlaubs. Damit hat Ehrenberg wichtige Punkte des *sozialpolitischen Programms des DGB* aufgegriffen, ohne allerdings auf ihre Ausgestaltung einzugehen.

beiten in Wechselschicht, 19% der Männer und 10% der Frauen. Der Kampf gegen die Schichtarbeit ist ein Konzentrationspunkt der Gewerkschaftsbewegung.

Bei der Verbesserung des *Kündigungsschutzes* fordern die Gewerkschaften, daß die Einreichung der Kündigungsschutzklage durch den Lohnabhängigen zur Aussetzung der Kündigung führe. Heute ist die Lage genau umgekehrt, der Arbeiter wird gekündigt und verliert seinen Arbeitsplatz. Bis die Klage dann entschieden ist, ziehen oft Monate ins Land, so daß eine Durchsetzung der Wiedereinstellung des Lohnabhängigen oft schon daran scheitert, daß er inzwischen woanders arbeitet. Die Kapitalisten können so direkt Fakten schaffen, die dann, selbst wenn der Kapitalist verurteilt wird, nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Die gesetzliche *Arbeitszeitregelung* wie auch z.T. die Aufhebung von Beschäftigungsverboten von Frauen sind Bestandteil der Arbeitszeitordnung. Die FDP hat sich durch den Wirtschaftsminister gegen jede Änderung der 48-Stunden-Woche in der AZO gewehrt. Ehrenberg hat sich für die Einführung der 40-Stunden-Woche in dieses Gesetz ausgesprochen, was den tariflichen Regelungen für 92% der Beschäftigten entsprechen würde. Vielleicht planen die Sozialdemokraten in der Regierung auch einen Tausch von Einführung der 40-Stunden-Woche in Verbindung mit Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen, das schon in etlichen Bereichen, insbesondere im öffentlichen Dienst, beseitigt ist. Dabei stiften sie gezielt Verwirrung durch die Propagierung der Aufhebung solcher Beschränkungen wie z.B. dem Verbot von Frauenarbeit auf dem Bau. Der DGB und die Einzelgewerkschaften fordern die Aufhebung solcher anachronistischer Regelungen bei Beibehaltung und Ausdehnung des Nachtarbeitsverbots. Für die AZO fordern sie die Festschreibung der 40-Stunden-Woche und die Einschränkung der Mehrarbeit.

Rentenversicherung

Für Graf Lambsdorff ist die Neuordnung der *Rentenversicherung* zum 1.1.1984 das schwierigste Thema der kommenden vier Jahre. Dann, so der Graf zwei Tage nach der Wahl, könnten die Renten nur noch so stark steigen wie die Nettoeinkommen. In ihrem Wahlprogramm hatte die FDP geschrieben, eine Kürzung der Renten lehne sie ab. Auf Grundlage der bruttolohnbezogenen Rentenformel sollten die Renten in demselben Umfang steigen wie die Realeinkommen der Arbeitnehmer. Man kann dies nur so auffassen, daß die Neurente zwar entsprechend den Bruttlolöhnen berechnet werden soll, danach aber nur noch entsprechend den Nettolöhnen steigen soll. Die SPD hatte festgestellt: ,,Von 1982 an wird es wieder bruttolohnbezogene dynamische Renten geben." Mittlerweile redet das ,,Handelsblatt" wie selbstverständlich davon, daß SPD wie FDP für Nettoanpassung der Renten seien. Nur erstere eben durch Abzug eines Beitrags zur Krankenversicherung, letztere durch einen Abschlag.

Weitgehend einig sind sich FDP und SPD über die *Hinterbliebenenversorgung*. Stirbt ein Versicherter, so erhält der hinterbliebene Ehepartner 70% der gemeinsamen Rentenanwartschaft, mindestens aber die volle eigene Rente. Bislang beträgt die Witwenrente 60% der Rente des Verstorbenen und die eigene Rente wird zusätzlich gezahlt. So bringt die beabsichtigte Regelung zwar eine Verbesserung für Witwen ohne eigene Rente, sie bringt aber eine Verschlechterung für jene Frauen, die eine

DGB auf die geplante Regelung der Hinterbliebenenversorgung eingelassen hat (wenngleich er 75% statt 70% fordert). Schließlich ist damit eine Senkung gegenüber geltendem Recht verbunden. Einer Höchstgrenze für die Hinterbliebenenrente, wie sie faktisch vorgesehen ist, kann man unmöglich zustimmen, solange nicht die geforderte auf das Lohnverhältnis bezogene Mindestrente gezahlt wird.

Von einer *Senkung des Rentenalters* hört man bei der Vorbereitung der Regierungserklärung nichts. Die Gewerkschaften fordern sie in Verbindung mit besonders schweren Arbeiten, so bei Tätigkeit in 1. und 2. Hitze und bei langjähriger Schichtarbeit. In diesem Zusammenhang wurde etwa in Anträgen an den Gewerkschaftstag der IG Metall auch die Forderung erhoben, daß *die Kapitalisten vollständig für die Kosten aufkommen*. Daß die Kapitalisten alles zahlen sollen, wurde von der Antragskommission mit der Begründung abgelehnt, es müsse bei der Mitgliedschaftsbeziehung zur Kasse bleiben. Die allerdings ließe sich leicht durch Abschluß des Arbeitsverhältnisses herstellen! In dieser wichtigen Frage also gibt es eine offene Flanke. Eindeutig hingegen ist die Forderung nach *Selbstverwaltung* allein durch die Versicherten in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

Kapitalisten werden deutlich: ,,Klotzen statt kleckern"

Kapitalistenverbände verlangen Streichung von staatlichen und Versicherungsleistungen

frb. Otto Wolff von Amerongen, der Präsident des *Deutschen Industrie- und Handelstags*, ist bislang am deutlichsten geworden. Der Anteil der Staatsausgaben (wozu er auch die Sozialversicherungen rechnet) sei mit 48% am Bruttosozialprodukt zu hoch. Finanziert sei dies durch Staatsverschuldung. Nunmehr sei eine radikale Umkehr notwendig, die Haushaltskonsolidierung müsse denselben Rang erhalten wie die Vollbeschäftigung (bei 1 Mio. Arbeitslosen!). Einzelabstriche reichten nicht, die Devise müsse heißen: ,,Klotzen statt Kleckern." Und gleichzeitig will Wolff die Kapitalistensteuern weiter gesenkt sehen. Der Verlustausgleich soll erweitert, die steuersenkende Abschreibung für Investitionen verbessert und ertragsunabhängige Steuern (also Steuern auf Vermögen) reduziert werden.

Einen ,,sehr ernst gemeinten Appell", die Staatsschuld nicht im bisherigen Ausmaß zu steigern, hat auch der *Zentralbankrat* durch den Präsidenten der Bundesbank losgelassen. Der *Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)* hat in einer Stellungnahme zu Wochenbeginn von der neuen Bundesregierung eine Wirtschaftspolitik verlangt, die den unternehmerischen Spielraum ,,nachhaltig stärkt und sichert". Allen Versuchen die Arbeitszeit zu verkürzen, müsse eine klare Absage erteilt werden. Das gefährliche Tempo des staatlichen Schuldenzuwachses müsse gebremst werden. Verbrauchsausgaben, soziale Transferleistungen und Subventionen seien ,,ohne Rücksicht auf bisherige Tabus" zu verringern. Vorrang dagegen verlangen die Industriekapitalisten für Militärausgaben und ,,wirtschaftliches Wachstum". Der *Bundesverband Deutscher Banken* schließlich verlangte ebenfalls weniger rasch steigende Staatsverschuldung, damit das freie Geldkapital für Investitionen der Privatkapitalisten zur Verfügung stehe.

Die Kapitalistenklasse will durchgesetzt sehen, was schon vor der Wahl angeklungen war. Der *Bundeshaushalt 1981* muß jetzt erstellt werden und die Entscheidungen hierzu sind jetzt fällig. Die *Ausgaben* sollten um nicht mehr als 4% steigen, so hat die alte Bundesregierung im Finanzplanungsrat verkündet. Das wären 8,5 Mrd. DM. Die Haushaltsplaner allerdings rechnen bereits mit einem Ausgabenzuwachs von rund 15 Mrd. DM. Er setzt sich zusammen aus Schuldendienst +4 Mrd. DM; Rentenversicherung +2,1 Mrd. DM, Zuschuß zum Arbeitslosengeld +2,0 Mrd.; Lohnerhöhung Öffentlicher Dienst +1,6 Mrd.; Militärhaushalt +2,2 Mrd. DM, Ausbildung und Forschung +1,2 Mrd.; Kinder- und Wohngeld +0,9 Mrd.; Sparprämien, Entwicklungshilfe usw. 1,4 Mrd. DM. Auf Seite der *Einnahmen* sollte die Neuverschuldung auf 27 Mrd. DM begrenzt werden. Doch diese Planung wurde unter Annahme eines stärkeren Wirtschaftswachstums gemacht, als sich nunmehr abzeichnet. Bisher ist von Mindereinnahmen in Höhe von rund 6 Mrd. DM die Rede. In dieser Lage nun kommt das Verlangen der Kapitalisten, ,,ohne Rücksicht auf bisherige Tabus" gesetzlich gesicherte Leistungen zu beseitigen.

Seit die Stimmzettel ausgezählt sind, hat Finanzminister Matthöfer seine Ministerialbeamten an die Durchleuchtung des Haushalts gesetzt. Die *Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer*, zusammen mit der Senkung der Lohnsteuer in Aussicht genommen, wird höher ausfallen als zunächst angekündigt. Eine Erhöhung der Tabak- und Mehrwertsteuer schloß Matthöfer ausdrücklich aus (Frankfurter Rundschau 9.10.). Gedacht ist an eine Streichung von ,,Subventionen für den Ölverbrauch". Darunter fallen 650 Millionen *Gasölverbilligung* in der Landwirtschaft und 250 Mio. DM im *öffentlichen Nahverkehr*. Als ob die Bauern aus Verschwendungssucht vom Zugvieh auf den Traktor umgestiegen wären. Gekürzt werden soll auch die *Arbeitnehmersparzulage* im Rahmen des 624-DM-Gesetzes; einst diente gerade sie als Lockmittel dafür, daß Arbeiter und Angstellten zugunsten vermögenswirksamer Leistungen auf Lohnerhöhungen verzichteten. Und schließlich soll die Sonderablieferung der *Bundespost* auf 2 Mrd. DM (1980: 1,5 Mrd.) hochgedrückt werden. ,, Das ist, wenn Sie so wollen, der angekündigte Kassensturz", heißt es aus dem Finanzministerium.

In gewisser Weise ist die Steuer- und Finanzpolitik die Probe aufs Exempel für die großartigen Versprechungen der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf. Die sozialliberale Regierung hat die Besteuerung des Lohns seit 1969 nicht gesenkt, sondern erhöht. Auch die Reform der Einkommenssteuer 1975 hat die Lohnbesteuerung nicht nachhaltig gesenkt, sondern die laufende Steuererhöhung zum Automatismus gemacht. Bei allen weiteren Reformen wurde die Steuer unter Hinweis auf die Steuerprogression für die mittleren und hohen Einkommen am stärksten zurückgenommen, für die niedrigsten Löhne am wenigsten gesenkt. Eine ständige Umverteilung der Steuerlast auf die niedrigsten Löhne war die Folge, verstärkt noch durch die Ausdehnung der indirekten Steuer, die fast immer zu Lasten der geringsten Einkommen geht. Wirklich gesenkt wurden nur die Steuern, die die Kapitalisten zahlen müssen: Körperschaftssteuer, Lohnsummensteuer, Vermögenssteuer usw.

Es ist gut, daß der DGB sofort ,,*Forderungen für eine arbeitnehmerfreundliche Steuerpolitik an den 9. Deutschen Bundestag*" aufgestellt hat. Hauptforderungen sind:

- o Erhöhung des Grundfreibetrages,
- o erweiterte Proportionalzone,
- o Tarifsenkung in der unteren Progressionszone,
- o Erhöhung des Weihnachtsfreibetrags auf 1000 DM,
- o Einführung eines Urlaubsfreibetrages.

Weniger gut ist, daß mit den Forderungen nach zusätzlichen Freibeträgen – die ohnehin mit steigendem Einkommen höhere Ersparnis bringen – nur Ausweichmöglichkeiten gegenüber wirklichen Steuersenkungen eröffnet werden. Schlecht ist, daß der DGB mit dem Hinweis, der Vorrang einer beschäftigungs- und reformorientierten Finanzpolitik setzte einer Steuersenkung Grenzen, die Forderungen schon halb auf Eis gelegt hat. Und schlecht ist auch, daß die Gewerkschaft gegenüber den Staatsschulden falsch liegt. Gerade jetzt erweist sich, daß sie nur neue Steuererhöhung vorwegnehmen. Das Verlangen der Kapitalisten nach einem *geringeren Anstieg der Staatsschulden* ist nur vorübergehend und relativ. 1982 droht der Schuldendienst des Bundes die Einnahmen aus Lohnsteuer zu übersteigen. Da beginnt die Sache für die Kapitalistenklasse unrentierlich zu werden.

Ansonsten verdienen die Kapitalisten an der Staatsschuld in jeder Hinsicht. Ihre jetzige Kampagne nutzen sie hauptsächlich, Streichung gesetzlich garantierter Zahlungen an die Volksmassen durchzusetzen. Der KBW ist gegen jede weitere Erhöhung der Staatsschuld und für Begleichung der bestehenden Schulden durch Besteuerung des Vermögens. Bezüglich der Forderungen nach Senkung der Lohnsteuer und Abschaffung aller indirekten Steuern kann es kein Nachlassen geben. Es muß sich erst noch auszahlen, daß Strauß nicht Kanzler werden konnte.

VI. Parteitag der Partei der Arbeit Koreas
Wiedervereinigung Hauptziel für Korea

wos. Vom 10. bis 14. Oktober führte die Partei der Arbeit Koreas in Pyongyang, der Hauptstadt der Demokratischen Volksrepublik Korea, ihren VI. Parteitag durch. Der Vorsitzende Kim Il-sung gliederte seinen Rechenschaftsbericht nach folgenden fünf Punkten: 1. Bilanz der inneren Entwicklung während der Jahre 1970–79 (mit dem Schwerpunkt auf der Wirtschaft), 2. Dschutsche-(Selbständigkeits-)Idee und ideologischer Bereich, 3. Wiedervereinigung mit dem Süden, 4. Verstärkung der einheitlichen Bewegung der antiimperialistischen und selbständigen Kräfte der Welt, und 5. Verstärkung der Parteiarbeit. Er legte einen 10-Punkte-Plan für die Schaffung einer „Demokratisch-Föderativen Republik Koryo“ vor.

Nicht weniger als 170 Delegationen befreundeter Parteien aus der ganzen Welt nahmen an diesem Parteitag als Gäste teil, der zugleich mit dem 35. Jahrestag der Gründung der Partei zusammenfiel. Dies drückt das wachsende Ansehen der Partei der Arbeit Koreas und der KDVR in der Welt aus. Kim Il-sung hatte mehrfach erklärt, daß die Verstärkung der Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt und die Festigung der Blockfreienbewegung die vorrangigen internationalen Ziele der Partei der Arbeit und der KDVR seien.

Der Parteivorsitzende legte ausführlich die Bilanz der gewaltigen wirtschaftlichen Aufbauleistungen des koreanischen Volkes dar. Er bekräftigte den Kurs der selbständigen Politik, der unabhängigen Wirtschaft und der Verteidigung aus eigener Kraft, und stellte der Partei die Aufgabe, die „drei großen Revolutionen“ (auf ideologischem, technischem und kulturellem Gebiet) zu vertiefen. Die Partei hatte das auf dem V. Parteitag (1970) gesteckte Ziel, einer Million Koreanern den Abschluß einer Hochschul- oder Fachhochschulausbildung zu ermöglichen, schon 1975 erreicht. Als Ergebnis dieser Politik verfügt die KDVR heute über einen großen Stamm von qualifizierten Wissenschaftlern und Technikern. Jetzt stellt sich die Partei die Aufgabe, in der gesamten Gesellschaft diese intellektuelle Ausbildung zu verwirklichen und die gesamte Gesellschaft zu einer „Gesellschaft von Arbeitenden“ zu machen. Erst wenn diese beiden Voraussetzungen erreicht seien, könne man dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft näher kommen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Neuwahl der Mitglieder der obersten Führungsgremien der Partei zu sehen. So gehört jetzt im ZK-Sekretariat die Hälfte der 10 Mitglieder der Generation der 40- bis 50jährigen an. Auch der neu in dieses Gremium gewählte Sohn Kim Il-sungs, Kim Chung-il, vertritt diese Generation, die am Partisanenkampf gegen die japanischen Imperialisten nicht teilgenommen hat, heute aber aufgrund ihrer Ausbildung und Schulung die Aufgaben der Planung einer schon stark industrialisierten Wirtschaft übernehmen muß.

Norwegen: Härtester Haushaltsplan seit Jahren
Streiks und Demonstrationen dagegen

ref.Lillehammer. „Die Wirtschafspolitik der Regierung zielt für 1981 auf eine Kostenentwicklung, die nicht zu sehr vom Durchschnitt unserer Handelspartner abweicht … Es ist notwendig, eine bedeutende Schwächung unserer Konkurrenzfähigkeit zu vermeiden“ – so der Haushaltsplan der norwegischen Regierung. Diese Kostenentwicklung soll darin bestehen, daß mit einer straffen Lohnpolitik und einem Raubzug im Reproduktionsbereich der Lohnabhängigen Investitionen der Industrie gefördert und Höchstprofite ermöglicht werden. Im einzelnen sieht der Plan folgende Maßnahmen vor: Lohnerhöhungen in einem Rahmen von maximal 10%, während den Preisen freier Lauf gelassen wird. Waren des täglichen Gebrauchs werden rund 15% teurer werden. Grundlage dafür ist eine Reform der Steuern und Abgaben, die einerseits die indirekten Steuern auf Autos, Benzin, Elektrizität, Tabak, Alkohol und Zucker erhöht, andererseits die bisherigen Subventionen von wichtigen Nahrungsmitteln wie Fleisch, Fisch, Butter und Mehl reduziert. Erhöht werden außerdem die Preise für öffentliche Verkehrsmittel (um ca. 15%), für Porto (ca. 10%), und die Rundfunk- und Fernsehgebühren.

Zur weiteren Gesundung der Staatskasse sollen Rationalisierungen im Gesundheitswesen und im Schulwesen vorgenommen werden, und die staatliche Darlehenskasse erhöht die Zinsen auf Studiendarlehen von 8,5 auf 9,5% und will diese Zinsen außerdem ab Beginn des Studiums statt wie bisher ab Abschluß des Studiums berechnen.

Als Zuckerbrot sieht der Haushalt eine Reform der Lohnsteuer vor, die sich aber nur für die höchsten Lohngruppen auszahlt, während die Erleichterungen beim Durchschnittslohn und darunter durch die Inflation mehr als aufgefressen werden.

Der Haushaltsplan hat bisher nur bei der Konservativen Partei Höyre ungeteilte Zustimmung gefunden. Alle anderen Parteien, auch Teile der regierenden Sozialdemokratischen Partei selbst, haben ihre Zweifel, ob dieser scharfe Kurs sich gegenüber der Arbeiterklasse und den Volksmassen durchsetzen läßt. Die Zweifel sind berechtigt. 3000 Studenten in Oslo demonstrierten wenige Tage nach Bekanntwerden des Plans; das war die größte Aktion in diesem Bereich seit 1970. Die norwegische Lehrergewerkschaft forderte ihre 40000 Mitglieder auf, am 15.10. ab 12 Uhr die Arbeit niederzulegen; die geplanten Rationalisierungen im Schulbereich bedeuten 350 Stellen in den unteren Klassen weniger. 17 Organisationen, die 230000 Auszubildende repräsentieren, haben zu Aktionen am 29.10. aufgerufen. Als Ministerpräsident Nordli auf der Jahreshauptversammlung der Chemiearbeiter auftrat, erntete er einen Sturm von Protestreden.

Die Sowjetunion behält sich Interventionsrechte vor

Zum „Schutz des Sozialismus“ in Polen gegen „innere und äußere Feinde“ / Presseauszüge

hku. Öffentlich hat die Sowjetunion sich erst spät zur Massenstreikbewegung in Polen geäußert. Gegenüber der PVAP natürlich schon vorher. Seither dient ihre Propaganda, die wir hier in Auszügen dokumentieren, in allen Varianten dem Nachweis, daß der Sozialismus in Polen durch innere und äußere Feinde bedroht sei – genau das aber ist der Anwendungsfall der Breschnew-Doktrin von der „begrenzten Souveränität“. Die sowjetische Presse schlägt dabei nicht einmal die schärfsten Töne an, eher werden noch die Vasallen DDR und CSSR vorgeschickt. Denen sind auch einige „Spezialaufgaben“ übertragen: der DDR vor allem die Warnungen an die Adresse Polens, daß „ihr Land erst in der Gemeinschaft der sozialistischen Bruderstaaten für immer gesicherte Grenzen erhielt, daß nur der Sozialismus ihre Zukunft vor den Revanchegelüsten der deutschen Militaristen … zuverlässig schützt“ (Honecker am 13.10.). Der CSSR die Erinnerung an 1968, die Warnung an die polnische Führung, nicht die Fehler von 1968 zu wiederholen, stets daran zu denken, „daß die Konterrevolution nicht schläft, sondern nur auf ihre Gelegenheit wartet“.

Auf provokatorischer Welle. TASS 27.8. – „Den subversiven Propagandarummel, der in den letzten Tagen um Polen entfacht wurde, kann man kaum anders denn als Versuch bestimmter imperialistischer Kreise bezeichnen, sich rücksichtslos und in grober Weise in die inneren Angelegenheiten eines souveränen sozialistischen Staates einzumischen, um die Entwicklung der Ereignisse in eine für sie günstige Bahn zu lenken.“

Umtriebe der Feinde des sozialistischen Polen. Prawda 1.9. – „Aus Pressemitteilungen ist ersichtlich, daß es antisozialistischen Elementen gelungen ist, in eine Reihe von Betrieben an der Ostseeküste Polens, vor allem in Gdansk, einzudringen, das Vertrauen eines Teils der Arbeiterklasse zu mißbrauchen und die ökonomischen Schwierigkeiten zu ihren konterrevolutionären Zielen auszunutzen. Die Regierungskommissionen hätten praktisch die gestellten Forderungen akzeptiert.

Antisozialistische Elemente stellen politische Forderungen in den Vordergrund. Diese offenbaren deren wahre Absichten, die von den ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse Polens weit entfernt sind.

Sie fügen dem realen Sozialismus auf polnischem Boden direkten Schaden zu. … Eben aus diesem Grunde finden diese antisozialistischen Elemente auch Unterstützung bei den Feinden Polens, die außerhalb seiner Grenzen wirken.“

Einmischung in innere Angelegenheiten ist unzulässig. Prawda, 22.9. – „Die polnische Presse weist zurecht darauf hin, daß mit der Stabilisierung der Lage die Aktivität der dem sozialistischen Polen feindselig gesonnenen Kreise, ihre Hetze und Wühltätigkeit zunehmen. Mit der feindseligen Propaganda, darunter mit der Hilfe solcher Diversionszentren wie „Radio Liberty“, „Free Europe“ sowie der Sender „Deutsche Welle“ und „Stimme Amerikas“ und anderer, hat es jedoch nicht sein Bewenden. Wie die Zeitung Trybuna Ludu feststellt, tauchen neben den ausländischen Diversions- und Propagandazentren, die Volkspolen in den Schmutz ziehen und Stimmung gegen seine sozialistische Ordnung machen wollen, auch ungebetene „Verteidiger“ der polnischen Souveränität und der Rechte der Arbeiter auf, die sich praktisch in die inneren Angelegenheiten des souveränen polnischen Staates einmischen.

Läßt man das leere Gerede über die „Rechte“ und die „Freiheiten“ weg, mit dem die wahren Absichten der sogenannten Freunde Volkspolens reichlich verdeckt werden, so werden deren wahre Pläne klar. Sie suggerieren verschiedene „Ideen“, provozieren Kundgebungen, die darauf berechnet sind, der Gesellschaftsordnung Polens größtmöglichen Schaden zuzufügen, seine Beziehungen mit den Bruderstaaten zu schwächen und einen Schatten auf seine hohe internationale Autorität zu werfen. … Die Aufrufe zu „grundlegenden Veränderungen“ haben eine genaue Adresse. Sie sind für jene Elemente in Polen bestimmt, die sich mit aufwieglerischer Tätigkeit unter den polnischen Werktätigen befassen und bemüht sind, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben, das Land vom Weg des Sozialismus abzubringen. … In der Presse wird auch darüber berichtet, daß Fachleute „für den Sozialismus“ als „Geschäftsleute“ und in einer anderen Eigenschaft immer häufiger nach Polen kommen. Sie versuchen, die Kontakte mit den antisozialistischen Kräften in Polen selbst auszubauen.

Rezension von „Lenin über die Gewerkschaften“. Prawda, 25.9. – „Scharfe Kritik übte Lenin auch an jenen, die sich für die sogenannten freien Gewerkschaften einsetzten, Gewerkschaften, die sich an der Lösung gesamtstaatlicher Aufgaben nicht beteiligten, die „frei“ waren von den Endzielen des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sozialismus und Kommunismus, die „unabhängig“ waren von den gemeinsamen Interessen des ganzen Volkes. Eine solche Haltung, sagte er, ‚war und bleibt entweder eine bürgerliche Provokation gröbster Machart oder eine große Dummheit, eine sklavische Wiederholung der Losungen von gestern. Deshalb wäre die Anwendung der Losungen der alten Gewerkschaftsbewegung auf die jetzige Epoche eine Lossage von den sozialistischen Aufgaben der Arbeiterklasse.‘ … Lenin hat wiederholt unterstrichen, daß die Gewerkschaften nicht anders als in enger Zusammenarbeit und unter unmittelbarer Führung der Partei der Arbeiterklasse ihre Aufgabe erfüllen können.“

Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens geht weiter. Prawda, 29.9. – „Die Gegner des Sozialismus wollen die Tatsache vergessen lassen, daß Polen auf dem Wege der bürgerlichen Entwicklung vollkommen bankrott gemacht hat. Seine bürgerlichen Herrscher verwandelten das Land am Vorabend des 2. Weltkrieges in den „Hinterhof“ Westeuropas. … Erst Volkspolen unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse ermöglichte die wahre Wiedergeburt des Landes aus Ruinen und Asche. Es wurde die Unverletztlichkeit der als Ergebnis des 2. Weltkriegs entstandenen Grenzen der VR Polen garantiert, die von der Vereinten Macht der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bewacht werden. … Entgegen aller verleumderischen Behauptungen der Diversionsdienste des Westens wissen die polnischen Werktätigen, die Arbeiterklasse: die wahre Souveränität und Unabhängigkeit Volkspolens wird in brüderlicher Einheit mit den anderen sozialistischen Ländern, in der Entwicklung der allseitigen und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit garantiert.“

Über den *Inhalt* der Vereinbarung von Gdansk haben die sowjetischen Medien noch immer kein Wort verloren. Nach dem Sturz Giereks gaben sie die polnische Presse ausführlich wieder, soweit es gegen „antisozialistische Kräfte“ ging; die ZK-Rede Kanias druckten sie nur zensiert ab. Die jüngsten personellen Veränderungen wurden knapp gemeldet, ansonsten hat die sowjetische Presse in den letzten 14 Tagen über Polen geschwiegen.



Der Parteivorsitzende legte ausführlich die Bilanz der gewaltigen wirtschaftlichen Aufbauleistungen des koreanischen Volkes dar. Er bekräftigte den Kurs der selbständigen Politik, der

men hat, heute aber aufgrund ihrer Ausbildung und Schulung die Aufgaben der Planung einer schon stark industrialisierten Wirtschaft übernehmen muß.

Norwegen: Härtester Haushaltsplan seit Jahren
Streiks und Demonstrationen dagegen

ref.Lillehammer. „Die Wirtschafspolitik der Regierung zielt für 1981 auf eine Kostenentwicklung, die nicht zu sehr vom Durchschnitt unserer Handelspartner abweicht … Es ist notwendig, eine bedeutende Schwächung unserer Konkurrenzfähigkeit zu vermeiden“ – so der Haushaltsplan der norwegischen Regierung. Diese Kostenentwicklung soll darin bestehen, daß mit einer straffen Lohnpolitik und einem Raubzug im Reproduktionsbereich der Lohnabhängigen Investitionen der Industrie gefördert und Höchstprofite ermöglicht werden. Im einzelnen sieht der Plan folgende Maßnahmen vor: Lohnerhöhungen in einem Rahmen von maximal 10%, während den Preisen freier Lauf gelassen wird. Waren des täglichen Gebrauchs werden rund 15% teurer werden. Grundlage dafür ist eine Reform der Steuern und Abgaben, die einerseits die indirekten Steuern auf Autos, Benzin, Elektrizität, Tabak, Alkohol und

auf Studiendarlehen von 8,5 auf 9,5% und will diese Zinsen außerdem ab Beginn des Studiums statt wie bisher ab Abschluß des Studiums berechnen.

Als Zuckerbrot sieht der Haushalt eine Reform der Lohnsteuer vor, die sich aber nur für die höchsten Lohngruppen auszahlt, während die Erleichterungen beim Durchschnittslohn und darunter durch die Inflation mehr als aufgefressen werden.

Der Haushaltsplan hat bisher nur bei der Konservativen Partei Höyre ungeteilte Zustimmung gefunden. Alle anderen Parteien, auch Teile der regierenden Sozialdemokratischen Partei selbst, haben ihre Zweifel, ob dieser scharfe Kurs sich gegenüber der Arbeiterklasse und den Volksmassen durchsetzen läßt. Die Zweifel sind berechtigt. 3000 Studenten in Oslo demonstrierten wenige Tage nach Bekanntwerden des Plans; das war die größte Aktion in diesem Bereich seit 1970. Die

um Polen entfacht wurde, kann man kaum anders denn als Versuch bestimmter imperialistischer Kreise bezeichnen, sich rücksichtslos und in grober Weise in die inneren Angelegenheiten eines souveränen sozialistischen Staates einzumischen, um die Entwicklung der Ereignisse in eine für sie günstige Bahn zu lenken.“

Umtriebe der Feinde des sozialistischen Polen. Prawda 1.9. – „Aus Pressemitteilungen ist ersichtlich, daß es antisozialistischen Elementen gelungen ist, in eine Reihe von Betrieben an der Ostseeküste Polens, vor allem in Gdansk, einzudringen, das Vertrauen eines Teils der Arbeiterklasse zu mißbrauchen und die ökonomischen Schwierigkeiten zu ihren konterrevolutionären Zielen auszunutzen. Die Regierungskommissionen hätten praktisch die gestellten Forderungen akzeptiert.

Antisozialistische Elemente stellen politische Forderungen in den Vordergrund. Diese offenbaren deren wahre Absichten, die von den ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse Polens weit entfernt sind.

Sie fügen dem realen Sozialismus auf polnischem Boden direkten Schaden zu. … Eben aus diesem Grunde finden diese antisozialistischen Elemente auch Unterstützung bei den Feinden Polens, die außerhalb seiner Grenzen wirken.“

In der Presse wird auch darüber berichtet, daß Fachleute „für den Sozialismus“ als „Geschäftsleute“ und in einer anderen Eigenschaft immer häufiger nach Polen kommen. Sie versuchen, die Kontakte mit den antisozialistischen Kräften in Polen selbst auszubauen.

Rezension von „Lenin über die Gewerkschaften“. Prawda, 25.9. – „Scharfe Kritik übte Lenin auch an jenen, die sich für die sogenannten freien Gewerkschaften einsetzten, Gewerkschaften, die sich an der Lösung gesamtstaatlicher Aufgaben nicht beteiligten, die „frei“ waren von den Endzielen des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sozialismus und Kommunismus, die „unabhängig“ waren von den gemeinsamen Interessen des ganzen Volkes. Eine solche Haltung, sagte er,

werden. … Entgegen aller verleumderischen Behauptungen der Diversionsdienste des Westens wissen die polnischen Werktätigen, die Arbeiterklasse: die wahre Souveränität und Unabhängigkeit Volkspolens wird in brüderlicher Einheit mit den anderen sozialistischen Ländern, in der Entwicklung der allseitigen und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit garantiert.“

Über den Inhalt der Vereinbarung von Gdansk haben die sowjetischen Medien noch immer kein Wort verloren. Nach dem Sturz Giereks gaben sie die polnische Presse ausführlich wieder, soweit es gegen „antisozialistische Kräfte“ ging; die ZK-Rede Kanias druckten sie nur zensiert ab. Die jüngsten personellen Veränderungen wurden knapp gemeldet, ansonsten hat die sowjetische Presse in den letzten 14 Tagen über Polen geschwiegen.



Frage: Wie viele Polen braucht man, um einen Streik zu brechen? – *Antwort:* Gar keinen. (Karikatur aus dem US-Wochenmagazin „Newsweek“)

Demokratisches Kampuchea behält Sitz in der UNO

bep. Mit 74 gegen 35 Stimmen, bei 32 Enthaltungen, wies die Vollversammlung der UN einen Antrag zurück, die Beglaubigung der Delegation des Demokratischen Kampuchea abzulehnen. Während der UN-Vollversammlung im vergangenen Jahr war ein entsprechender Antrag mit 71 gegen 35 Stimmen bei 34 Enthaltungen zurückgewiesen worden. Die BRD und die USA stimmten für die Anerkennung der Delegation; Frankreich, Irland und die Niederlande enthielten sich der Stimme. Für den Antrag auf Ausschluß des Demokratischen Kampuchea stimmten u.a. Albanien, Algerien, Indien, Libyen und Syrien. Am Rande der Konferenz lancierte Vietnam gleichzeitig ein Angebot auf „Teilrückzug“ seiner Truppen, falls Thailand auf den 4-Punkte-Vorschlag vom Juli einginge (der Vorschlag umfaßte vor allem die Schaffung einer „entmilitarisierten Zone“ entlang der thailändischen Grenze – in Wahrheit die vollständige Abriegelung der Grenze). Um den Druck auf Thailand zu verstärken, hatte Vietnam schon vor der Vollversammlung ständig wachsende Truppenmassen an der Grenze konzentriert und die Politik der Provokationen und Übergriffe fortgesetzt.

VR China: Gesetzgebung für nationale Minderheiten

thh.Beijing. Vom 15. bis 22. September fand in Beijing die 2. Plenartagung der Nationalitätenkommission des Nationalen Volkskongresses statt. Nachdem die gesetzlichen Bestimmungen für nationale Minderheiten aus den 50er Jahren in der Kulturrevoluttion als „Separatismus“ und „Lokalnationalismus“ gebrandmarkt worden waren, sollten jetzt neue Gesetze ausgearbeitet werden. Diese Gesetze sollen drei Aspekte umfassen: gesetzliche Absicherung der Autonomierechte; gesetzliche Gleichstellung aller Angehörigen von nationalen Minderheiten; und gesetzliche Sicherstellung der Teilnahme der ethnischen Minderheiten an Leitung und Verwaltung des Staates. In Wirtschafts- und Finanzfragen sowie bei der Verwaltung der Rohstoffressourcen sollen die Minderheiten Autonomie erhalten. Die bisherige zentrale Steuerung hatte aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse wie aus ausschließlicher Bestimmung der Investitionen nach den Interessen des Gesamtstaates zu Fehlinvestitionen geführt. Auch für die 10 Millionen Angehörigen der nationalen Minderheiten, die bisher noch nicht in autonomen Gebieten leben, sollen jetzt autonome Kreise bzw. die noch kleinere Einheit Xiang errichtet werden.

Imperialisten an Erdbebenopfern mitschuldig

hth.Paris. Die katastrophalen Opfer, die das Erdbeben bei El Asnam in Algerien gefordert hat, gehen zu einem gut Teil auf das Konto des französischen Kolonialismus: Schon einmal, 1954, als Algerien noch französische Kolonie war, gab es hier ein ähnlich starkes Beben. Damals setzten die Kolonialherren gegen den Widerstand der Bevölkerung durch, daß das damalige „Orleanville“ an gleicher Stelle wieder errichtet wurde. Schlimmer: Statt der traditionellen eingeschössigen Häuser wurden von einer französischen Gesellschaft Mietskasernen hochgezogen. Einwohner berichteten der französischen Zeitung „Libération“: „Es hätte all diese Opfer nicht gegeben, wenn die verwandten Baumaterialien den offiziellen – französischen – Baunormen entsprochen hätten. Nach der Befreiung haben wir uns an diese Normen gehalten, und die von uns errichteten Häuser sind beschädigt, aber nicht zusammengefallen.“

Laos: Zusammenschluß von Widerstandsgruppen

wos. Im September haben sich in der südlaotischen Provinz Champassak mehrere gegen die vietnamesischen Oberherrschaft kämpfende Widerstandsgruppen zur „Nationalen Einheitsfront zur Befreiung des Laotischen Volkes“ (FUNLPL) zusammengeschlossen. Darunter sollen Vertreter der Neutralisten, der Meo-Bergvölker und königstreuer Kräfte (Laos war bis zur Befreiung vom US-Imperialismus 1975 ein Königreich) sein. Die Front fordert eine internationale Konferenz über Laos. – Nach *Xinhua* stehen derzeit rund 50000 vietnamesische Soldaten in Laos, während die laotische Armee selbst nur über 40000 Mann verfügt. Die Schlüsselstellen im Staatsapparat sind von Vietnamesen besetzt oder werden von den ca. 6000 sowjetischen und vietnamesischen Zivil„instrukteuren“ kontrolliert. Maßnahmen wie der Regierungserlaß zur Registrierung aller Wehrpflichtigen (im August) und die geplante neue Landwirtschaftssteuer dürften dem Widerstand neue Kräfte zuführen.

Tschechoslowakische KP: Versprechungen, Drohungen

krk. Vor dem Plenum des ZK der KPTsch letzte Woche versprach Parteivorsitzender Husak „direkter werdende Beteiligung des Volkes an Ausarbeitung, Vollzug und Kontrolle“ der Linie der Partei. Er versprach auch, sich um die Weiterentwicklung der Aufgaben der Gewerkschaft zu bemühen. Diese bestünden „in der Gewährleistung der Rechte und Interessen der Arbeiterklasse, ihrer Mitverantwortlichkeit bei der Lösung der allgemeinen gesellschaftlichen Fragen, bei der Entscheidung aller Fragen der sozioökonomischen Entwicklung.“ Er kündigte an, den Kampf gegen die Korruption in den Reihen der Partei und des Staatsapparates aufzunehmen. Die Glaubwürdigkeit dieser Versprechungen wird durch die gleichzeitigen Drohungen gegen die polnische Arbeiterklasse erheblich eingeschränkt.







Das Warenangebot auf den Märkten des Hochlands wächst. In selbstgefertigten Netzen bringen die Frauen ihre Produkte zum Verkauf. – Mit 5000 Mitgliedern in allen Häfen ist die Gewerkschaft der Hafenarbeiter die zweitgrößte Industriegewerkschaft des Landes. Der Hafen von Port Moresby *(Bild)* ist um eine Containeranlage erweitert worden. *Unteres Bild:* Holzumschlag im alten Hafen von Port Moresby.

Papua-Neuguinea: Aus einem Entwicklungsland

Das Land ist Rückgrat der Entwicklung / In der Stadt entsteht die Arbeiterklasse

mat.Sydney. In der Dritten Welt wird heute ein schwieriger Kampf um den Aufbau einer vom Imperialismus unabhängigen Wirtschaftsstruktur geführt. Die Wirkungen des Kolonialismus, der die auf Selbstversorgung beruhende Landwirtschaft zerstörte und durch Monokultur für den Export ersetzte, sind nachhaltig. Abhängigkeit vom Export weniger Rohstoffe und ausländische Kontrolle über den größeren Teil des im Land vorhandenen Kapitals ermöglichen den Imperialisten die Fortsetzung der mit dem Kolonialismus begonnenen Plünderung.

In Papua-Neuguinea war die Periode kolonialer Herrschaft relativ kurz, und die alten Wirtschaftsformen wurden hier weniger zerstört als anderswo. Die Enteignung des Bodens durch die eindringenden Mächte, die die Voraussetzung der Freisetzung der Bauern zu Lohnarbeitern ist, war erst am Anfang, als das Land 1975 die Unabhängigkeit erreichte. Die reale Machtausübung der deutschen und britischen Kolonialisten, die sich 1884 auf die Teilung des Landes in die deutsche Kolonie Neuguinea und das britische ,,Protektorat" Papua geeinigt hatten, blieb lange auf die Küste beschränkt. In das fruchtbare, von Bergen umschlossene Hochland, wo eine entwickelte Gartenkultur eine hohe Bevölkerungsdichte ermöglichte und wo der größte Teil der heute 3 Millionen Einwohner in selbständigen, durch vielfachen Handel verbundenen Stämmen

führt. Die Wirkungen des Kolonialismus, der die auf Selbstversorgung beruhende Landwirtschaft zerstörte und durch Monokultur für den Export ersetzte, sind nachhaltig. Abhängigkeit vom Export weniger Rohstoffe und ausländische Kontrolle über den größeren Teil des im Land vorhandenen Kapitals ermöglichen den Imperialisten die Fortsetzung der mit dem Kolonialismus begonnenen Plünderung.

In Papua-Neuguinea war die Periode kolonialer Herrschaft relativ kurz, und die alten Wirtschaftsformen wurden hier weniger zerstört als anderswo. Die Enteignung des Bodens durch die eindringenden Mächte, die die Voraussetzung der Freisetzung der Bauern zu Lohnarbeitern ist, war erst am Anfang, als das Land 1975 die Unabhängigkeit erreichte. Die reale Machtausübung der deutschen und britischen Kolonialisten, die sich 1884 auf die Teilung des Landes in die deutsche Kolonie Neuguinea und das britische ,,Protektorat" Papua geeinigt hatten, blieb lange auf die Küste beschränkt. In das fruchtbare, von Bergen umschlossene Hochland, wo eine entwickelte Gartenkultur eine hohe Bevölkerungsdichte ermöglichte und wo der größte Teil der heute 3 Millionen Einwohner in selbständigen, durch vielfachen Handel verbundenen Stämmen

lebte, gelangten Europäer erst nach 1930, und nach dem unfreiwilligen Tod einiger Missionare blieb das Hochland bis 1950 für Weiße gesperrt.

Ein großer Teil der Produktion – arbeitsmäßig der größte Teil – ist Subsistenzwirtschaft. Ausländisches Kapital beherrscht die Exportproduktion: Kupfer (seit 1972 auf Bougainville gewonnen), Kopra, Tee, Kakao, Palmöl, Holz. Auch der Import wird von den Imperialisten kontrolliert, alle Kaufhäuser gehören drei australischen Konzernen. Alles, was zum Leben in der Stadt notwendig ist, gibt es dort, von Hemd und Hose bis zu Nescafe und Fertiggericht, importiert aus aller Welt und zu denselben Preisen wie in Australien.

Der Einfluß ausländischen Kapitals gibt dem Gegensatz zwischen Stadt und Land eine ganz neue Dimension. Das Dorf erhält sich selbst, Bananen, Süßkartoffeln, Taro, Sago, was das Klima erlaubt, bildet die Ernährungsgrundlage, dazu Gemüse, Schweine und Hühner.

Mit dem Übergang zur Lohnarbeit ändert sich alles

Traditionelle Nahrungsmittel erreichen zwar in zunehmendem Maß die Märkte der ländlichen Ortschaften, aber für den Transport in die Städte fehlt das Straßennetz, und Methoden der Verpackung und Lagerung gibt es für sie noch nicht. Wer seine Arbeitskraft in der Stadt verkaufen muß, ernährt sich von Reis, Getreideprodukten und Obst, gekauft im Supermarkt zu Auslandspreisen. Das erfordert entsprechenden Lohn. Über die Tarife der größten Industriegewerkschaft, der Gewerkschaft der Bergarbeiter in Bougainville, liegen uns keine Informationen vor. Über Löhne und Arbeitsbedingungen der Hafenarbeiter sprachen wir mit dem Sekretär der Gewerkschaft in Port Moresby, Reg McAlister, und Kapai Aria, zweiter Sekretär der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes PSA, berichtete uns über Bedingungen für Staatsbedienstete.

Tabelle 1 enthält den Wochengrundlohn der Hafenarbeiter im Vergleich mit Australien. Der Grundlohn eines

Hafenarbeiterlöhne	PNG	Austr.
Schauermann:		
Arbeitszeit (Std.)	42,00	37,50
Wochenlohn (A$)	45,73	229,30
Gabelstaplerfahrer:		
Arbeitszeit (Std.)	42,00	37,50
Wochenlohn (A$)	48,89	239,10
Gelegenheitsarbeiter:		
Anwesenheitsprämie (A$/Tag)	1,76	9,20
Stundenlohn (A$)	1,26	7,12
Mindestlohn für 4 Wochen (A$)	117,00	838,00

Schauermanns entspricht etwa dem Gehalt einer Bürohilfskraft im öffentlichen Dienst. Aus diesen Löhnen müssen Nahrung und Kleidung im Supermarkt gekauft werden. Überstunden und Wochenendarbeit werden zur Not-

dingungen der Hafenarbeiter sprachen wir mit dem Sekretär der Gewerkschaft in Port Moresby, Reg McAlister, und Kapai Aria, zweiter Sekretär der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes PSA, berichtete uns über Bedingungen für Staatsbedienstete.

Tabelle 1 enthält den Wochengrundlohn der Hafenarbeiter im Vergleich mit Australien. Der Grundlohn eines

Hafenarbeiterlöhne	PNG	Austr.
Schauermann:		
Arbeitszeit (Std.)	42,00	37,50
Wochenlohn (A$)	45,73	229,30
Gabelstaplerfahrer:		
Arbeitszeit (Std.)	42,00	37,50
Wochenlohn (A$)	48,89	239,10
Gelegenheitsarbeiter:		
Anwesenheitsprämie (A$/Tag)	1,76	9,20
Stundenlohn (A$)	1,26	7,12
Mindestlohn für 4 Wochen (A$)	117,00	838,00

Schauermanns entspricht etwa dem Gehalt einer Bürohilfskraft im öffentlichen Dienst. Aus diesen Löhnen müssen Nahrung und Kleidung im Supermarkt gekauft werden. Überstunden und Wochenendarbeit werden zur Not-

wendigkeit. Tabelle 2 vergleicht den effektiven Nettolohn eines Hafenarbeiters, der an 7 Wochentagen 12 Stunden arbeitet, mit dem australischen Nettolohn *aus Tarifarbeitszeit* (ohne Berücksichtigung von Sozialabgaben). Tatsächlich beträgt die Normalarbeitszeit im Hafen von Port Moresby an mindestens 6 Tagen 8–12, 13–17 und 18–22 Uhr mit 3 Pausen von je 15 Minuten. Auch im öffentlichen Dienst werden Überstunden gemacht, aber in geringerem Umfang, außerdem gibt es eine steuerfreie Wohnungszulage von 8,19 A$ oder mehr je nach Gehaltsgruppe.

Wo der Kapitalismus herrscht, wird die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse des Arbeiters stets auf die bloße Reproduktion der Arbeitskraft eingeschränkt. Vergleiche von ,,Lebensstanddards" sind deshalb wertlos. Aber auch die Wiederherstellung der Arbeitskraft vollzieht sich in Ländern der 2. und 3. Welt verschieden. In Australien ist für mehr als die Hälfte der Lohnabhängigen ein Auto notwendig, um zur Arbeit zu gelangen. In Port Moresby kommen die Arbeiter zu Fuß. Ihr Produktions- und Reproduktionszyklus ist zwar sehr verschieden von dem der Dorfbewohner, aber beide Systeme sind eng miteinander verwoben. Der Arbeiter schickt Geld ins Dorf, er erhält von dort Sago und Reis. Dem Lohnvergleich läßt sich nur entnehmen, daß der Lohn zur Wiederherstellung der Arbeitskraft nur bei extrem langer Arbeitszeit erreicht wird.

Das Nebeneinanderbestehen der ländlichen Subsistenzwirtschaft mit wachsendem Einfluß der Warenproduktion und der städtischen Marktwirtschaft mit Lohnarbeit führt zu starkem Lohngefälle zwischen Stadt und Land. Der Landarbeiterlohn auf Plantagen beträgt 12,40 Kina (16,12 A$) wöchentlich, bei einer Arbeitszeit von 6–17 Uhr an mindestens 5 Wochentagen. Da der Steuerfreibetrag 21,50 Kina beträgt (27,95 A$), ist der Grundlohn steuerfrei, lediglich die Gemeindesteuer von 4 Kina pro Jahr und Person, die von allen Dorfbewohnern gezahlt werden muß, geht ab. Hinzu kommen auf vielen Plantagen Produktionsprämien, die nach Auskunft des Ministers für Land, Thomas Kavali, etwa 8 Kina pro Wochen betragen. Für die Arbeiter aus den Dörfern der Umgebung bedeutet der Lohn einen Bargeldbeitrag zur Produktion des Dorfes. Da ein wachsender Teil aber auf der Suche nach Arbeit aus anderen Regionen kommt, nimmt die Notwendigkeit, die Lebenshaltung vollständig aus Lohn zu bestreiten, auch auf dem Land zu.

Den Minister für Land trafen wir in einem Hotel im Hochland, dessen Besitzer er ist. Er besuchte sein Heimatdorf, um über den Kauf von Gewerbebetrieben zu verhandeln, deren ausländische Besitzer das Land verlassen hatten. Seitdem lagen die Betriebe still, und Kavali wollte sein Vermögen darauf verwenden, sie wieder flott zu machen. Er erläuterte die Landpolitik der Regierung, die in Papua-Neuguinea von besseren Voraussetzungen ausgehen kann als in anderen ehemaligen Kolonien. Wie alle Kolonialverwaltungen hatte auch Australien versucht, den traditionellen kollektiven Stammesbesitz durch individuelles Eigentum zu ersetzen; doch war die Zeit der Kolonialherrschaft zu kurz, um hier viel zu erreichen. 95% des Landes befanden sich 1975 noch in Stammesbesitz. Seitdem hat die Regierung vor allem Kaffeeplantagen aufgekauft und den Dörfern übergeben. Kaffee, nach Kupfer das Hauptausfuhrgut, wird heute zu rund 70% auf Dorfebene angebaut. Insgesamt sind 85% aller ausländischen Plantagen inzwischen aufgekauft worden; ausländisches Kapital kontrolliert noch Kopra- und Teeplantagen und die Holzindustrie. Da die rechtlich verbindliche Dokumentation des Landbesitzes für den Aufbau eines modernen Landes eine Notwendigkeit ist, hat die Regierung 1976 das Landsekretariat eingerichtet, das die Grenzziehung zwischen benachbarten Stämmen protokoliert, wenn die Stämme das wünschen.

Die Landbevölkerung bildet das Rückgrat des Kampfes für wirtschaftliche Unabhängigkeit, und ihre Unterstützung ist mit der klaren Landpolitik gesichert. Der Zeitpunkt ist aber abzusehen, wo die sich herausbildende Arbeiterklasse eine führende Rolle in diesem Kampf übernehmen muß, und Regierungsmaßnahmen gegen den Einfluß ausländischen Kapitals in Industrie und Gewerbe sind notwendig, um auch hier die Einheit zu gewährleisten. Gewerbe wie Möbelherstellung, Hochbau (außer Großprojekte), Personentransport sind durch Gesetz für ausländisches Kapital gesperrt. Die Kupferproduktion in Bougainville ist mit einer ,,Supersteuer" von 70% statt der normalen 36,5% belegt, die auf Profit erhoben wird, der 94,35 Mio. Kina übersteigt. Daß es sie für ausländisches Kapital im Handel und Hafenbetrieb, wo enorme Profite gemacht werden, nicht gibt, wird von der Gewerkschaft zu Recht kritisiert.

Die Erringung der Unabhängigkeit 1975 war verbunden mit einem Aufschwung nationaler Begeisterung und des Zusammenschlusses des Volkes. Von der Existenz verschiedener Klassen konnte kaum die Rede sein; die Minister kamen ebenso aus den Dörfern wie die Arbeiter. Jetzt, wo sich die Klassen herauszuschälen beginnen, wird es schwieriger, Prinzipien für den nationalen Zusammenschluß zu definieren. Minister Kavali erklärte uns schlicht, er begreife nicht, wozu Gewerkschaften gut seien, mit ihren Forderungen würden sie die Entwicklung des Landes zurückwerfen. Unter seinen Ministerkollegen jedoch entstammen einige der PSA, was deutlich zeigt, welche Rolle die PSA jetzt schon beim Aufbau des Landes spielt. Ein Blick in das in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitete Ausbildungsprogramm für ihre Mitglieder zeigt, daß es sich überwiegend mit Methoden effektiver Verwaltung und Regierungstätigkeit befaßt. Die wenigen Fachleute in Verwaltung, Forstwirtschaft, Straßenbau usw. kommen alle aus der PSA und bringen große persönliche Opfer, wenn sie ständig nach den Bedürfnissen des Aufbaus überallhin versetzt werden (Die PSA fordert Versetzung nicht öfter als alle 2 Jahre).

Ein Jahrzehnt ist zwar eine kurze Zeit für eine Gewerkschaft, aber die Erfahrung der internationalen Arbeiterklasse kann genutzt werden. Die Tarifforderungen der Hafenarbeiter werden zur Zeit noch in Zusammenarbeit mit dem australischen Gewerkschaftsbund erstellt. Der Druck der Imperialisten, die Ausbeutung und Plünderung des Landes fortzusetzen und auszubauen, ist groß und führt immer wieder dazu, daß die Regierung die Mittel zum Aufbau des Landes durch Druck auf den Lohn sichern will statt durch Beschneidung des Profits. Schon 1975 mußte die PSA gegen die geplante Senkung des Steuerfreibetrages auf ⅓ demonstrieren. Im letzten Januar konnten Reallohnsenkungen nur durch Streik verhindert werden. Für den Aufbau der politischen Partei der Arbeiterklasse reifen die Bedingungen heran. McAlister sagte, daß die Gewerkschaften in den Wahlen 1982 in der Stadt eigene Kandidaten aufstellen wollen, auf dem Land wollen sie Wahlempfehlungen aussprechen. Wenn die Arbeiterklasse sich politisch selbständig macht und dabei darauf achtet, daß der Gegensatz zwischen Stadt und Land dadurch nicht verschärft, sondern stetig abgebaut wird, kann sie in der gemeinsamen Front des ganzen Volkes gegen den Imperialismus schnell eine führende Rolle einnehmen.

Tab.2 **Nettolohnvergleich Papua-Neuguinea / Australien, Schauermann**
PNG: Arbeitszeit 12 Stunden an 7 Wochentagen, Bruttolohn A$ 125,00
Australien: Tarifarbeitszeit (37,5 Std.), Bruttolohn A$ 229,30

	alleinstehend	mit Frau	mit Frau u. 2 Kindern
Steuer	14,22 : 51,07	12,09 : 39,59	9,24 : 39,59
Netto	110,78 : 178,23	112,91 : 189,71	115,76 : 189,71

Britische Arbeiterbewegung in schwieriger Lage

Seit 50 Jahren Englands schwerste Krise / Arbeiterklasse tief gespalten

A$) wöchentlich, bei einer Arbeitszeit von 6–17 Uhr an mindestens 5 Wochentagen. Da der Steuerfreibetrag 21,50 Kina beträgt (27,95 A$), ist der Grundlohn steuerfrei, lediglich die Gemeindesteuer von 4 Kina pro Jahr und Person, die von allen Dorfbewohnern gezahlt werden muß, geht ab. Hinzu kommen auf vielen Plantagen Produktionsprämien, die nach Auskunft des Ministers für Land, Thomas Kavali, etwa 8 Kina pro Wochen betragen. Für die Arbeiter aus den Dörfern der Umgebung bedeutet der Lohn einen Bargeldbeitrag zur Produktion des Dorfes. Da ein wachsender Teil aber auf der Suche nach Arbeit aus anderen Regionen kommt, nimmt die Notwendigkeit, die Lebenshaltung vollständig aus Lohn zu bestreiten, auch auf dem Land zu.

Den Minister für Land trafen wir in einem Hotel im Hochland, dessen Besitzer er ist. Er besuchte sein Heimatdorf, um über den Kauf von Gewerbebetrieben zu verhandeln, deren ausländische Besitzer das Land verlassen hat-

ten Reallohnsenkungen nur durch Streik verhindert werden. Für den Aufbau der politischen Partei der Arbeiterklasse reifen die Bedingungen heran. McAlister sagte, daß die Gewerkschaften in den Wahlen 1982 in der Stadt eigene Kandidaten aufstellen wollen, auf dem Land wollen sie Wahlempfehlungen aussprechen. Wenn die Arbeiterklasse sich politisch selbständig macht und dabei darauf achtet, daß der Gegensatz zwischen Stadt und Land dadurch nicht verschärft, sondern stetig abgebaut wird, kann sie in der gemeinsamen Front des ganzen Volkes gegen den Imperialismus schnell eine führende Rolle einnehmen.

Tab.2 Nettolohnvergleich Papua-Neuguinea / Australien, Schauermann
PNG: Arbeitszeit 12 Stunden an 7 Wochentagen, Bruttolohn A$ 125,00
Australien: Tarifarbeitszeit (37,5 Std.), Bruttolohn A$ 229,30

	alleinstehend	mit Frau	mit Frau u. 2 Kindern
Steuer	14,22 : 51,07	12,09 : 39,59	9,24 : 39,59
Netto	110,78 : 178,23	112,91 : 189,71	115,76 : 189,71

Britische Arbeiterbewegung in schwieriger Lage

Seit 50 Jahren Englands schwerste Krise / Arbeiterklasse tief gespalten

hev. Am 14. Oktober blieben 40 Vertreter des Dachverbandes der britischen Gewerkschaften TUC sitzen, als die Premierministerin Thatcher zum ersten Treffen mit den Gewerkschaften seit ihrem Amtsantritt vor 18 Monaten den Raum betrat. Dabei gehören die 40 keineswegs zur Linken in der britischen Gewerkschaftsbewegung. Ihre Forderungen an den Premier waren: Senkung des Notenbankzinses von 16 auf 12%, Streichung der Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, Einfuhrbeschränkungen für ,,importbedrohte Industrien" und Finanzhilfen für die Industrie, zu bezahlen aus den staatlichen Nordseeöleinnahmen. Das sind bis auf die Forderung zum öffentlichen Dienst allesamt Vorschläge zur Sanierung von Teilen des kleinen und mittleren Kapitals, die in der gegenwärtigen tiefen Krise Großbritanniens zu Tausenden Bankrott gehen.

Die Zahl der Konkurse übertrifft schon jetzt die höchsten Zahlen der Krise der 30er Jahre, als 3 Millionen Lohnabhängige ohne Arbeit waren. Der Industrie- und Handelsprofit ist seit Ende '78 um durchschnittlich 10 Prozentpunkte gefallen, sieht man von den immer noch steigenden Profiten aus der Gewinnung des Nordseeöls ab, die direkt in die Staatskasse und die Taschen des am stärksten konzentrierten Finanzkapitals wandern. Deutlichstes Zeichen der Wirtschaftkrise: die Produktion von Investitionsgütern ging im ersten Halbjahr '80 um 5% zurück, die Zahl der Arbeitslosen nahm um 600000 auf jetzt über 2 Millionen zu.

,,Wie Schulbuben" seien sie von Frau Thatcher behandelt worden, beklagten sich die TUC-Gewerkschafter. Die Premierministerin hatte sich von den wohlgemeinten Ratschlägen zur Überwindung der Krise unbeeindruckt gezeigt. Der Kurs der regierenden Konservativen lautet anders, wie das auf ihrem Parteitag in Brighton Anfang Oktober, allerdings nicht ohne Widerspruch von Vertretern der kleinen und mittleren Kapitalisten, deutlich wurde. Der einzige Weg, die Zinsen runterzubringen, sei die Verringerung der staatlichen Nachfrage nach Geld, also Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst mit Entlassungen, Privatisierung von Staatsunternehmen und Kürzung des Sozialbudgets, und Steuererhöhungen; Einfuhrbeschränkungen sind nicht sinnvoll, weil die Importe in der Krise sowieso schon gefallen seien und seit 5 Monaten ein Handelsbilanzüberschuß erzielt worden sei wie schon seit 1971 nicht mehr, und weil es keinen Wert hätte, Industrien zu päppeln, die international nicht standhalten könnten. Finanzhilfen aus dem Nordseeöl deshalb nicht, weil die Profite über den Verkauf von Aktien weniger dem Staat und mehr privaten Kapitalisten zugute kommen sollen. Sozialdemokratische und konservative Politik stand sich unversöhnlich gegenüber.

Wie die sozialdemokratische Politik in der Krise auszusehen habe, darüber war der Labourparteitag Ende September in Blackpool tief gespalten. Zwar wurde mit großer Mehrheit für den Austritt aus der EG gestimmt, die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und eine Luxussteuer gefordert, aber an der Lohnfrage schieden sich die Geister. Der inzwischen vom Parteivorsitz zurückgetretene Callaghan wollte die Löhne am Produktivitätsfortschritt orientieren, was die überwiegende Mehrzahl der Delegierten, die zu 90% direkt von den Gewerkschaften zum Parteitag entsandt werden, ablehnten. Die Stahlarbeiter (NEC) empfahlen bei einer Inflationsrate von 16,5% Lohnforderungen von mindestens 21%, die Bergarbeiter haben jetzt 35% aufgestellt, dazu 4-Tage-Woche und Senkung des Rentenalters von 60 auf 55 Jahre für die Arbeiter unter Tage – während sich die Metallarbeiter auf die Lohnleitlinie von Frau Thatcher von 8,2% eingelassen haben sollen. Diese großen Unterschiede in den aufgestellten Forderungen bedeuten eine große Gefahr für die Arbeiterklasse in Großbritannien, weil sie Kapitalisten und Regierung bei der weiter anschwellenden Reservearmee das Spaltungsgeschäft erleichtern. Der Generalsekretär des gewerkschaftlichen Dachverbandes TUC Len Murray hat die Kapitalisten zu einem solchen Vorgehen direkt ermuntert, als er in der Vorbereitung des Treffens von TUC-Vertretern mit der Premierministerin Thatcher davon sprach, daß die gegenwärtige ,,Attacke der Linken auf die Rechte" mit dem Ausschluß von 1½ der 12 Millionen Mitglieder des TUC enden könnte. Das wäre ein schwerer Rückschlag für die britische Arbeiterbewegung, die den historischen Ballast dauernder Reibungsverluste durch syndikalistische Streitereien untereinander zu verdauen hat.

SPD-Pläne zur Änderung der EG-Agrarmarktordnung

gkr. Gerade rechtzeitig zum Beginn der Koalitionsverhandlungen mit der FDP legte eine SPD-interne Kommission Vorschläge für eine Neuordnung des EG-Agrarmarktes vor. Die Leitung hatte Minister Apel, neben anderen hatten der Finanzminister Matthöfer und der Sozialminister Ehrenberg die Runde bereichert. Schwerpunkt der Vorschläge ist eine Aufweichung der garantierten Mindestpreise wie einiger Subventionen: Für die Intervention bei Milch, Rindfleisch, Schaffleisch und Getreide sollen nur noch jährlich festzusetzende Haushaltsansätze zur Verfügung stehen; die Subventionen bei der Verarbeitung von Obst und Gemüse zu Konserven sollen ganz entfallen; neue Prämien zur Verringerung des Milchkuhbestandes soll es nicht mehr geben; neue Prämien oder garantierte Mindestpreise, die eine gemeinschaftliche Ausgabenverpflichtung nach sich ziehen, sollen auf keinen Fall mehr beschlossen werden. Die Kommission fordert die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips und eine Stärkung des Einflusses der Finanzminister bei Preisbeschlüssen. So könnte, so die Hoffnung der SPD-Strategen, leichter Druck auf andere EG-Staaten ausgeübt werden. Die Vorschläge würden in erster Linie auf eine Senkung der Agrarpreise hinauslaufen, durchaus im Interesse der Kapitalistenklasse. Auf das Einkommen größerer Bauern, die den größten Nutzen aus den Subventionen gezogen haben, würden die Vorschläge nach unten nivellierend wirken. Bleibt als Angebot die direkte vorübergehende Subvention bei ,,sozial unzumutbaren Härten".

,,Ernteschlacht" der SU scheint verloren

hku. Quellen aus dem sowjetischen Landwirtschaftsministerium haben die diesjährige Getreideernte auf ca. 190 Mio. Tonnen beziffert; das wären 45 Mio. unter dem Plan. – Die sowjetische Presse enthüllt einiges über die Ziele und die Schwächen der Sozialimperialisten in der ,,Ernteschlacht". So propagiert sie in diesem Jahr verstärkt das ,,Erntefließband", d.h. eine reibungslose Verzahnung von Feld, Druschplatz und Speicher, Arbeit rund um die Uhr. Ein Fahrerbrigadier berichtet, früher sei ,,ein Drittel, wenn nicht die Hälfte der Zeit verlorengegangen, weil die Fahrzeuge stillstanden"; an den 65 km entfernten Aufnahmestellen für das gedroschene Getreide ,,sah es bald wie leergefegt aus, bald stauten sich kilometerlange Schlangen." Leerlauf und Vergeudung, Ergebnis der bürokratisch-despotischen Leitung der Produktion, sollen durch brutale Formen der Überarbeit kompensiert werden. Zum Teil kommen die Kolchosarbeiter tagelang nicht vom Feld. Die ,,Ipatowo-Methode" sieht vor, daß in einem Verband von 6–7 Mähdreschern ,,auf dem Fahrgestell des Anhängers eine Duschkabine, ein Erholungsraum und ein Klubraum" mitfährt. Ökonomische Zwangshebel sind dabei ausgeklügelte Prämiensysteme, bei äußerst niedrigen Grundlöhnen. In den Kolchosen werden von den Chefagronomen ,,Bewertungskarten" geführt; bei niedrigem Qualitätskoeffizienten kann der Lohn bis auf den nackten Grundlohn sinken. (Aus: Presse der SU, 16 und18/80)

Kalbfleischboykott in Frankreich

pem. Der von der UFC (Verbraucherorganisation) wegen der Hormonzusätze ausgerufene Kalbfleischboykott hat zur Verminderung der Schlachtzahlen um 50–70% geführt. Die Fleischkapitalisten versuchen die Verluste auf die Bauern abzuwälzen. So haben sie den Ankaufspreis für 15–16 Francs pro Kilo gedrückt, 4–5 Franc unter den Herstellungspreis. Die Regierung weigert sich bisher, die Forderung der Bauern nach Ausgleichszahlung für die Verluste zu erfüllen. Die Milchindustrie, u.a. Hersteller von Milchpulver für die Kälberfütterung, versucht die Situation doppelt auszunutzen. Die Union Laitière, Abnehmer für 40000 Bauern, hat den Einkaufspreis pro Liter um 0,03 Franc gesenkt, wodurch sie 15 Mio. Francs pro Monat einspart. Die 5300 Beschäftigten wurden vor die Alternative gestellt, entweder auf 50% ihres 13. Monatsgehaltes oder auf die durch einen Streik erkämpfte 2,5%ige Lohnerhöhung zu verzichten. Gewerkschaften und Bauernverbände haben gegen diese Maßnahmen bereits ihren Widerstand angekündigt.

Widerstand jetzt erst recht!

Kein Bau der Startbahn West am Frankfurter Flughafen!

bes. Das Rhein-Main-Gebiet und der Flughafen Frankfurt sind Drehscheiben des Warenumschlags, Zentrum des westdeutschen Finanzkapitals. Daran werden die Planungen ausgerichtet. Das Verdichtungsgebiet wird durch Bundesautobahnen, Schnellbahntrassen, Überlandleitungen aus der gesamten BRD zerschnitten. Große Industrieansiedlungen sind vorhanden, sollen ausgebaut werden. Neue Kern- und Kohlekraftwerksstandorte weist der Standortsicherungsplan aus. Das KKW Biblis, der Welt größtes, steht hier. Das Wasser muß Frankfurt aus dem Vogelsberg, dem Main-KinzigKreis, dem hessischen Ried heranschaffen, was dort zu verheerenden Grundwassersenkungen geführt hat. Die Luftverschmutzung ist so stark, daß die Rate der Bronchialkranken mit 30% über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die durch die Produktion stark angegriffene Arbeitskraft findet immer eingeschränktere Möglichkeiten, sich wiederherzustellen. Die Belastungen der Umwelt bedrohen das Aufwachsen gesunder Kinder, weil die Schadstoffe in der Luft zuviel UV-Licht absorbieren. Dies ist für die Knochenbildung wichtig.

Der Frankfurter Flughafen soll nach Süden um die Startbahn West erweitert werden. Durch die damit nötige Verlegung der RWE-Trasse und die Startbahn fallen ca. 400 ha Wald. Der Mönchbruchwald ist Erholungsbereich für 0,5 Mio. Einwohner. Die Bürgerinitiative (BI) zählte an Sonntagen bis zu 10000 Erholungssuchende hier. 150 Mio. DM läßt sich die FAG (Flughafen AG), also Bund, Land und Frankfurt, den geplanten Bau kosten. Dagegen fehlt Geld, die Deiche am Rhein zu sichern, was jährlich zu zwei Überschwemmungen führt und die Ernten der Bauern vernichtet.

Angespornt durch die Erfahrungen in Wyhl hat die BI 45000 Unterschriften gegen die Startbahn West und für ein Nachtflugverbot gesammelt. Sie hat auf dem geplanten Startbahngelände eine Hütte errichtet, die zum Zentrum wurde für Vereine, Parteien, Beratungen, Kulturprogramme, Filmvorführungen und Wochenendausflüge.

Aufgrund der Stärke der Bewegung mußte die CDU Flörsheim ihre Räumungsklage fallen lassen. Die Parteienaktionsgemeinschaft Mörfelden Walldorf (SPD, FDP, CDU, DKP) unterstützt die Bürgerinitiative. Von Donnerstag bis Sonntag führten die Parteivorsitzenden – aus Anlaß des Gerichtsentscheids zugunsten der FAG – einen Hungerstreik durch. Der Druck der Bewegung ist so stark, daß der SPD-Bezirk Hessen Süd einen Sonderparteitag für November zum Thema Startbahn West durchgesetzt hat. Nach dem Strickmuster der SPD (Bund) zum Kernenergieprogramm hatte Börner die SPD-Fraktion des hessischen Landtags am Mittwoch einberufen. Sie sprach sich mit fünf Gegenstimmen für den Startbahnbau aus. Eine Signalwirkung für den Parteitag. Welche Bedeutung die Startbahn für die Kapitalistenklasse hat, wird daran deutlich. Dies geschah kurz nach der Entscheidung des Gerichts, daß die sofortige Vollzugsordnung des hessischen Wirtschaftsministers Karry für die Startbahn rechtens sei. Das Enteignungsverfahren nach dem Landbeschaffungsgesetz wurde vom Regierungspräsidenten Darmstadt bereits gegen die waldbesitzenden Gemeinden eingeleitet.

Aber die Bewegung hat an Stärke gewonnen. 1000 Vertrauensleute bei Opel die Gewerkschaft der Polizei, die DGB-Ortskartelle im Kreis, der DGB Kreis Starkenburg haben Beschlüsse gegen die Startbahn gefaßt. (Der patrouillierenden Polizei wurde vom Dienstherrn untersagt, an der Hütte 'was zu trinken, Verbrüderungsgefahr!) Der DGB-Kreis fordert den Landesbezirk auf, sein bedingtes Ja in ein entschiedenes Nein gegen die Startbahn zu verwandeln. Die Schüler aller Schulen der Kreisstadt Groß-Gerau werden am Mittwoch gegen die Startbahn West demonstrieren, zum Teil während der Unterrichtszeit. Am Sonntag, den 12.10., machten 540 Startbahngegner eine ,Radfahrt' zum Flughafenterminal. Transparente wurden entrollt, gerufen wurde: ,,Keine Startbahn West, Nachtflugverbot". Ob Börner, Karry, Wallmann – ihr kriegt uns nicht tot, keine Startbahn West und Nachtflugverbot" – ,,Wer hat die Startbahn gerne? Banken und Konzerne! Wer hat die Startbahn satt? Die Bürger dieser Stadt!"

Diese Aktion traf die FAG völlig überrascht. Sie machte die Kraft und Entschlossenheit der Startbahngegner klar. Zwar hat die FAG das Geld hinter sich, aber die Gegner sind viele. Widerstand jetzt erst recht!



Zeitweise brach der Verkehr vor dem Rhein-Main-Terminal zusammen während der Demonstration von über 500 Startbahngegnern.

Die polnische Führung will die Bauernmassen wiedergewinnen

Zeitungsartikel ,,Auswege aus der Sackgasse" / Überlegungen zur Belebung der kleinbäuerlichen Produktion

vorübergehende Subvention bei ,,sozial unzumutbaren Härten".

,,Ernteschlacht" der SU scheint verloren

hku. Quellen aus dem sowjetischen Landwirtschaftsministerium haben die diesjährige Getreideernte auf ca. 190 Mio. Tonnen beziffert; das wären 45 Mio. unter dem Plan. – Die sowjetische Presse enthüllt einiges über die Ziele und die Schwächen der Sozialimperialisten in der ,,Ernteschlacht". So propagiert sie in diesem Jahr verstärkt das ,,Erntefließband", d.h. eine reibungslose Verzahnung von Feld, Druschplatz und Speicher, Arbeit rund um die Uhr. Ein Fahrerbrigadier berichtet, früher sei ,,ein Drittel, wenn nicht die Hälfte der Zeit verlorengegangen, weil die Fahrzeuge stillstanden"; an den 65 km entfernten Aufnahmestellen für das gedroschene Getreide ,,sah es bald wie leergefegt aus, bald stauten sich kilometerlange Schlangen." Leerlauf und Vergeudung, Ergebnis der bürokratisch-despotischen Leitung der Produktion, sollen durch brutale Formen der Überarbeit kompensiert werden. Zum Teil kommen die Kolchosarbeiter tagelang nicht vom Feld. Die ,,Ipatowo-Methode" sieht vor, daß in einem Verband

für 0,5 Mio. Einwohner. Die Bürgerinitiative (BI) zählte an Sonntagen bis zu 10000 Erholungssuchende hier. 150 Mio. DM läßt sich die FAG (Flughafen AG), also Bund, Land und Frankfurt,

die Kapitalistenklasse hat, wird daran deutlich. Dies geschah kurz nach der Entscheidung des Gerichts, daß die sofortige Vollzugsordnung des hessischen Wirtschaftsministers Karry für

gefahr!) Der DGB-Kreis fordert den Landesbezirk auf, sein bedingtes Ja in ein entschiedenes Nein gegen die Startbahn zu verwandeln. Die Schüler aller Schulen der Kreisstadt Groß-Gerau

überrascht. Sie machte die Kraft und Entschlossenheit der Startbahngegner klar. Zwar hat die FAG das Geld hinter sich, aber die Gegner sind viele. Widerstand jetzt erst recht!

Die polnische Führung will die Bauernmassen wiedergewinnen

Zeitungsartikel ,,Auswege aus der Sackgasse" / Überlegungen zur Belebung der kleinbäuerlichen Produktion

hku. Im Abkommen von Gdansk hat sich die Regierung auch verpflichten müssen, Maßnahmen zur ,,vollen Versorgung des Binnenmarktes mit Nahrungsmitteln" zu ergreifen; dies Jahr zumindest ist das nur durch weitere Importe möglich. Das ist Folge der Zerrüttung der kleinen Bauernwirtschaften, die das Rückgrat der polnischen Landwirtschaft sind. 1956 mit der Zwangskollektivierung gescheitert, hat die PVAP in der Folge die private Bauernwirtschaft durch Verweigerung von Investitionsmitteln und bürokratische Kontrolle der Genossenschaften auszutrocknen versucht; Gierek hat die Förderung von großen spezialisierten Familienbetrieben, durch Aufkaufverträge gebunden, hinzugefügt. Ergebnis war die Auspowerung der bäuerlichen Arbeitskraft bis an die Substanz. Der folgende Artikel aus ,,Zycie Warszawy" (Nr. 41) stellt die Frage, wie der kleine Bauer wieder für die Produktion gewonnen werden kann. Das Streikkomitee von Gdansk hat die Forderungen erhoben: ,,Schaffung von dauerhaften Aussichten für die Entwicklung der bäuerlichen Familienwirtschaften; Gleichsetzung der landwirtschaftlichen Sektoren beim Zugang zu allen Produktionsmitteln; Schaffung von Voraussetzungen für das Wiedererstehen der Selbstverwaltung auf dem Lande."

,,Es gibt in Polen etwa drei Millionen private Bauernhöfe. Ihre Durchschnittsfläche überschreitet leider nicht 5,2 Hektar. Mehr als 930000 von ihnen sind sehr klein und im Besitz von Bauern, die gleichzeitig einen zweiten Beruf als Arbeiter ausüben. Ihr Areal beträgt 0,5 bis zwei Hektar. In den siebziger Jahren fielen die meisten Bauernhöfe von geringem Ausmaß aus der Warenproduktion aus, wodurch eine empfindliche Lücke bei der Nahrungsmittelproduktion entstand. Im Jahre 1977 gab es 447000 Bauernhöfe mit einer Fläche bis zwei Hektar, das sind 48 Prozent, die keine Rinder und Schweine züchteten (doppelt so viel wie im Jahre 1970). Gegenwärtig sind es noch mehr.

Der Rückgang der Produktivität der sehr kleinen Bauernhöfe ist dabei doppelt gefährlich. Es wird nicht nur die Menge der Agrarprodukte für den Markt kleiner, sondern auch die Selbstversorgung geht zurück. Mit anderen Worten: die Millionenarmee von Kleinbauern wird mit ihren Familien verlängert die Schlangen in Fleischer-, Molkerei- und Lebensmittelläden. Noch vor 15 Jahren wurden in Polen etwa 100000 Tonnen Landbutter produziert. Der größte Teil davon diente der Selbstversorgung, und das erleichterte der Molkereiindustrie natürlich das Leben. Heute stellen nur noch wenige Bäuerinnen kaum ein paar tausend Tonnen Butter jährlich her. (...)

Rechnen wir weiter. Futtergetreide kaufen wir mit schwerem Herzen für Devisen. Ein Kleinbauer könnte eine bedeutende Menge Futter wie Abfälle, Getreidespreu, am Zaun wachsendes Unkraut und Molke verbrauchen. Aber das Unkraut wächst ruhig, die Abfälle und die Molke vergiften die Umwelt. Der Bauer hat auch Kartoffeln. 100 Kilo Getreide sind durch 400 Kilo Kartoffeln zu ersetzen. Im Aufkauf kosten 100 Kilo Futtergetreide 500 Zloty und 100 Kilo Kartoffeln 250 Zloty. Für zwei Doppelzentner Kartoffeln wird ein Doppelzentner Getreide gekauft. Weshalb soll man sich also mit den Kartoffeln abmühen, sie hacken und dämpfen? Es wird ganz einfach Getreide aus dem Sack geschüttet. (...)

In der gesamten Wirtschaftsgeschichte der Welt gibt es nicht viele Beispiele, wo die Preise von Rohstoffen so auffallend höher waren, wie die Lebensmittelpreise im Kleinhandel. Wir zahlen für die seit Jahren fehlerhafte Preisstruktur. Es vertiefte sich die Unrentabilität der Produktion für die Selbstversorgung. Die fehlerhafte Investitionsstruktur war auf einen hohen Getreideverbrauch bei der tierischen Produktion gerichtet. Bei den Kleinbauern stehen gegenwärtig schätzungsweise drei Millionen Plätze in Ställen leer, in denen sofort ohne jegliche Investitionen mit der Viehzucht begonnen werden könnte. Aber wir, besorgt um den Viehbestand, errichten die Tierzucht in der volkseigenen Landwirtschaft und bauten zu diesem Zweck riesige und sehr kostspielige Kuh- und Schweineställe, in denen die Technologie und die Organisation der Arbeit direkt zu einem hohen Futterverbrauch und manchmal sogar zu Vergeudung führen. (...)

Wie kann die Millionenarmee von Kleinbauern erneut aktiviert werden? ... Es gibt einige offensichtliche Wahrheiten. Aufgrund der in der gegenwärtigen Situation notwendigen Regierungsentscheidungen wurden die Preise der wichtigsten Lebensmittel im Kleinhandel bis zum Herbst 1981 eingefroren und der Preis für ein Kilo Lebendvieh im Aufkauf um fünf Zloty angehoben. Man muß sich jedoch bewußt sein, daß das eine traurige Notwendigkeit war. Wenn die Landwirtschaft in Gang kommen soll, muß man das gesamte Preissystem ändern. Es müssen endlich die eisernen Gesetze der Ökonomie beachtet werden. Statt der Zuwendungen für den Konsum sollte es Zuwendungen für die Produktion geben. (...)

Die Kleinbauern dürfen nicht als Relikt der Vergangenheit betrachtet werden, sondern als zwar kleine, jedoch potentiell sehr effektive Dienstleistungsbetriebe. ... Für viele von ihnen ist ein angemessenes soziales Minimum heute noch ein offenes Problem. Nehmen wir als Vergleich den Durchschnittslohn in der Stadt in Höhe von rund 5500 Zl., von dem drei Personen, Vater, Mutter und Kind leben. Das sind jährlich 66000 Zl., also 22000 Zl. pro Person. Wieviel Land muß ein Bauer haben, um 22000 Zl. pro Person zu erwirtschaften? Es ist bekannt, daß ein Landwirt mehr als die Hälfte seines Einkommens für das Funktionieren des Bauernhofes ausgeben muß (Dünger, Futtermittel, Gebühren für Maschinen usw.). Er muß also jährlich mindestens 120000 Zl. haben. Diese Summe erhält er zum Beispiel für 24 Schweine oder für 20 Tonnen Getreide. Bei einem Ertrag von 30 Doppelzentnern je Hektar muß er also mindestens sechs Hektar Boden besitzen. Er hat aber nur 1,5 Hektar und oft mehr als ein Kind.

Wenn wir also wollen, daß der private Kleinbauer weiterhin sät, pflanzt, züchtet und die uns so notwendigen Nahrungsmittel produziert, dann müssen wir ihm schnell einen auf neue Art funktionierenden Komplex von Mechanismen schaffen, die die Entwicklung der Produktion anregen. Wir müssen uns auf die Realitäten stützen und auf fromme Wünsche verzichten."



Mangelnde Mechanisierung und hoher Pferdebestand verschärfen auch das Futtermittelproblem.

Opel-Belegschaft wird umherversetzt

Massenhafte Versetzungen / Betriebsversammlung am 16.10.

acd. Hat sich General Motors mit seinen Plänen, Motoren-, Achsen- und Getriebefertigung aus Rüsselsheim auszulagern, durchgesetzt?

Jedenfalls versuchen die Kapitalisten derzeit auf kaltem Wege die Kampfkraft der Belegschaft anzuschlagen. Täglich werden Hunderte von Arbeitern von einem Bereich in den anderen geschoben, verliehen, versetzt. Das geht nicht ohne Widerstand. Die Mehrheit der 20 Redner der Betriebsversammlung am 16.10. hat diese Zustände angegriffen.

Was passiert da? Durch den Sozialplan, Abfindungen und frühzeitige Verrentungen (59er Regelung), durch Nichtersetzen der ,,natürlichen Abgänge" ist die Belegschaft von 42000 auf 36000 geschrumpft. In allen Abteilungen entstehen Lücken, die auch trotz reduzierter Produktion gestopft werden müssen. Aber wie! Die Kapitalisten schieben die Arbeiter herum wie ,,Waggons auf dem Verschiebebahnhof", (so ein Redner auf der Versammlung). Vereinbarte und von der Arbeitssicherheit vorgeschriebene Anlernzeiten werden nicht eingehalten. Das zehrt an der Arbeitskraft des Betroffenen natürlich zusätzlich, weil er den Akkord ja bringen muß, ganz abgesehen von den seelischen Belastungen bei häufigen Arbeitsplatzwechseln. Das belastet aber auch die anderen Arbeiter, die anlernen sollen und am Schluß erhöhte Ausschußproduktion am Hals haben. Und wie soll so ein zusammengewürfelter Bandabschnitt dann noch die kürzlich erkämpfte Akkordoffenlegung anständig überwachen können? Und sich entsprechend wehren können? Daß man beschissen wurde, merkt man deshalb oft erst hinterher, wie ein Betriebsrat Arbeitern in der Fertigmontage ausrechnete: daß sie zeitweise statt 109% unzulässig mit 125% ausgelastet waren. ,,Wer's nicht schafft, kann ja gehen": wer hohe Fehlzeiten hat, kann mit Vorladung zur Personalabteilung rechnen. Ein Betriebsrat griff diese Praktiken auf der Versammlung an, manche kündigen schon aus Angst bei solch einem Brief selber – ,,natürlicher Abgang".

Tatsache ist, daß Versetzungen und Verleihungen als Folge des Sozialplans schwer zu verhindern sind; der Betriebsrat hat hier im wesentlichen nur Informationsrechte. Betriebsratsvorsitzender Heller forderte auf der Versammlung deshalb Reduzierung der Bandgeschwindigkeiten, um die Arbeitsbelastung abzubauen, weiterhin betriebliche Vereinbarungen zu Versetzungen. Bisher gibt es Absprachen, nach der vor allem Arbeiter über 55 Jahren nicht verliehen oder versetzt werden dürfen. Neuerdings auch einen ,,Leute-Pool" in zwei Bandbereichen, in dem einige Dutzend Arbeiter als eine Art Springer für Extra-Zulage täglich zur Verfügung stehen. Sie kommen zum Einsatz, wenn durch wechselnden ,,Modell-Mix" an den Bändern dann zusätzliche Kräfte gebraucht werden und schränken damit die willkürliche Verleiherei etwas ein.

Andere Redner auf der Betriebsversammlung verlangten besonders die Einhaltung der Anlernzeiten. Der Personalchef Schlotfeldt, aalglatt und braungebräunt, verlangte erneut ,,mitzumachen gegen die Japaner". Man solle keine Hoffnungen auf soziale Verbesserungen in Japan setzen, wie es Heller vor ihm gesagt hatte. Die Antwort ist pfeifen. Die neue Version des Personalchefs zur Auslagerung: Aus der Sicht des Gesamtkonzerns werden keine Arbeitsplätze vernichtet; was hier wegfällt, entsteht woanders neu. Darauf meinte der IGM-Vertreter, das sei wie die Geschichte von dem, der sich gegen die Anklage des Totschlags damit verteidigt, daß er ja andernorts dafür eine Frau vergewaltigt hat.

Soweit die Betriebsversammlung ein Gradmesser für die Kampfstärke sein kann, war dies eine Verbesserung: mit sechs Stunden länger als die letzte, besser besucht bis Ende. Immerhin war in Bochum die Betriebsversammlung im Werk 1 erstmals nach dem Krieg wegen mangelnder Teilnahme abgebrochen worden. Obwohl auch beim Kleinwagen Kadett, der in Bochum gebaut wird, mittlerweilen die täglichen Aufträge auf 334 gesunken sind. Die Tagesproduktion ist mit Antwerpen ca. 1700. In Antwerpen wird jetzt schon kurzgearbeitet.

Die erhöhte Weihnachtsgeldzahlung (für die meisten 100 Prozent) zeigt schließlich, daß die Kapitalisten noch nicht so können wie sie vielleicht wollten. Direkte Kampfmaßnahmen der IG Metall gegen die Auslagerungen sind noch nicht genau geplant; derzeit werden Veranstaltungen am Ort durchgeführt. Die nächsten Monate werden hier eine Wende bringen müssen.

Eine geplante Großkundgebung hat die IG Metall zugunsten einer Veranstaltung mit Loderer in der Verwaltungsstelle abgesetzt. Natürlich gibt es auch im Betrieb Stellen, an denen die Kapitalisten schmerzlich zu treffen sind. Erst im Frühjahr wurden durch Überstundenverweigerung 163 Angestelltenentlassungen verhindert. Gerade in den ,,Projektbereichen", z.B. Entwicklungsabteilungen, Werkzeugbau, wird nämlich der neue Ascona teils rund um die Uhr und in Überstunden hektisch vorbereitet. Mit dem Ascona will Opel vorzeitig ins Geschäft kommen – zum Genfer Autosalon im März '81.

Schichtdienstforderungen im Mittelpunkt

Schmidt und Gscheidle bleiben auf Kongreß der Postgewerkschaft bei unzureichendem Angebot

wig. Nach den Warnstreiks der Deutschen Postgewerkschaft für die Forderungen zum Schichtdienst, Wechselschichtdienst und zur Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten in den letzten beiden Wochen kamen Schmidt und Gscheidle auf dem Gewerkschaftstag der DPG in Westberlin nicht um eine Stellungnahme zu den Verhandlungen herum. Schmidt versuchte es auf die geschickte Tour. Er unterstütze die Forderung der DPG gegen die Privatisierung von Teilen der Bundespost. Das bedeute aber auch, daß die Post weiterhin Bestandteil des gesamten öffentlichen Dienstes bleibe und öffentlich rechtlich verfaßt bleiben müsse. Es dürfe ,,keine Aufsplitterung im öffentlichen Dienst in vielerlei verschiedene Zweige und vielerlei verschiedene Dienstrechte" geben. Deshalb erscheine es dem Kanzler nicht immer gerecht, ,,den Bundespostminister zum speziellen Watschenmann zu machen. Sondern hier liegt ein Problem vor, das alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den öffentlichen Dienstherren insgesamt für den öffentlichen Dienst regeln müssen." Als ob die Forderungen der DPG nach Verkürzung der Arbeitszeit im Schichtdienst, nach mehr bezahlten Pausen und gesundheitlicher Versorgung der Schichtdienstbeschäftigten auf verschiedene Dienstrechte hinausläuft. Gerade die Weigerung des Postministeriums, alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, die in Teilzeit oder im vollen Dienst Schichtarbeit, Wechselschichtarbeit und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten leisten, in eine Arbeitszeitregelung einzubeziehen, läuft auf eine weitere Aufsplitterung der tariflich geltenden Regelungen hinaus.



Ausführliche Berichterstattung über den Gewerkschaftstag in der nächsten KVZ

Auch Gscheidle kam mit seinem Vortrag nicht durch. Der Versuch, die Forderungen der DPG als unbezahlbar hinzustellen, scheiterte. Er mußte sich von einer Delegierten aus München sagen lassen: ,,Es gibt das Wort: Der nächste Winter kommt bestimmt. Der nächste Weihnachtsverkehr kommt auch bestimmt. Kollegen! Wenn Ende Oktober diese Verhandlungen sind und wieder ein solches Angebot auf dem Tisch liegt, dann muß sich die Verwaltung warm anziehen – um bei dem Winterbeispiel zu bleiben. (Beifall) Ich komme noch einmal auf das Argument mit den Kosten zurück. Kollege Ernst Breit hat es heute morgen angesprochen. Man kann nicht so argumentieren, daß die Schichtdienstforderung auf 500 Millionen DM hinausläuft. Man muß die meßbaren Folgekosten berechnen. Man muß auch über nicht berechenbare Folgekosten reden, die im Bereich der Gesundheit liegen, sowie im Verlust des Familienlebens und im Verlust des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Das ist keine Größe, die man auf Heller und Pfennig ausrechnen kann, aber wir müssen mit ihr rechnen.

In diesen Wochen haben wir alle eine Karte von Herrn Gscheidle bekommen: Jeden Tag ein bißchen Energie aufs Energiesparen verwenden! Wir als Postgewerkschaft schicken diese Karte zurück: Jeden Tag ein bißchen Energie auf die Durchsetzung der Schichtdienstforderungen verwenden! (Beifall)"

Mehrere Delegierte berichteten ausdrücklich von der Streikbereitschaft der Bezirke und forderten den Minister auf, ein neues Angebot zu machen. Gscheidle, der Verhandlungen für den 22./23. Oktober ankündigte, blieb auf dem vom Kabinett festgelegten Kurs: Er bezweifelte, daß er vom Innenminister, der genau wie der Finanzminister nach dem Postverwaltungsgesetz einer tarifvertraglichen Regelung für die Post zustimmen muß, einen Verhandlungsspielraum über 3 Freischichten im Jahr bekomme. Auf die Forderung nach Anerkennung der Arbeitszeit von 20 – 6 Uhr als Nachtdienst und die Anwendung der Schichtdienstforderungen der DPG auf alle Beschäftigten, auch auf die Teilzeitbeschäftigten, ging er gar nicht erst ein und wiederholte stattdessen die bereits vom Kanzler vorgetragene Formel nach einer Regelung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Eine Delegierte aus Westberlin antwortete ihm: ,,Wir verkennen nicht, daß es eine Regelung für den gesamten öffentlichen Dienst, für alle im Schichtdienst Beschäftigten geben muß, aber wir können es wahrlich nicht verstehen, daß es hier nicht ein postspezifisches Angebot gibt, und zwar ein Angebot, das die speziellen Dienste bei der Deutschen Bundespost auch erfaßt und welches wirklich Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen im Schichtdienst bringt – für alle.

Die Zeit der Flugblätter und Resolutionen ist nämlich vorbei. Wir haben es satt, weiterhin unter diesen Bedingungen zu arbeiten. (Beifall) Dies sind diesmal keinen leeren Worte, wie man sie öfter einmal sagt, sondern die Warnstreiks beweisen, daß es uns diesmal ernst ist."

Noch während des Gewerkschaftstages streikten die Beschäftigten des Zentralen Briefpostamtes in Westberlin und Beschäftigte in München. Gerd Muhr, Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, führte in seiner Grußadresse aus: ,,Laßt mich (...) mit der Feststellung abschließen, daß Ihr Euren derzeitigen Kampf um Erleichterungen für Schichtarbeiter nicht nur für Euch allein führt. Wenn heute zwei von drei Renten wegen vorzeitiger Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit gewährt werden müssen, muß hier einmal die Notbremse gezogen werden (Beifall), hier und in allen anderen Fällen, in denen ständig an der Leistungsschraube gedreht wird." Auch die Gewerkschaft der Polizei erklärte sich mit den Forderungen der Postgewerkschaft solidarisch.

Das belastet aber auch die anderen Arbeiter, die anlernen sollen und am Schluß erhöhte Ausschußproduktion am Hals haben. Und wie soll so ein zusammengewürfelter Bandabschnitt dann noch die kürzlich erkämpfte Akkordoffenlegung anständig überwachen können? Und sich entsprechend wehren können? Daß man beschissen wurde, merkt man deshalb oft erst hinterher, wie ein Betriebsrat Arbeitern in der Fertigmontage ausrechnete: daß sie zeitweise statt 109% unzulässig mit 125% ausgelastet waren. ,,Wer's nicht schafft, kann ja gehen": wer hohe Fehlzeiten hat, kann mit Vorladung zur Personalabteilung rechnen. Ein Betriebsrat griff diese Praktiken auf der Versammlung an, manche kündigen schon aus Angst bei solch einem Brief selber – ,,natürlicher Abgang".

Tatsache ist, daß Versetzungen und Verleihungen als Folge des Sozialplans schwer zu verhindern sind; der Betriebsrat hat hier im wesentlichen nur Informationsrechte. Betriebsratsvorsitzender Heller forderte auf der Versammlung deshalb Reduzierung der Bandgeschwindigkeiten, um die Arbeitsbelastung abzubauen, weiterhin betriebliche Vereinbarungen zu Versetzungen. Bisher gibt es Absprachen, nach der vor allem Arbeiter über 55 Jahren nicht verliehen oder versetzt werden dürfen. Neuerdings auch einen

mangelnder Teilnahme abgebrochen worden. Obwohl auch beim Kleinwagen Kadett, der in Bochum gebaut wird, mittlerweilen die täglichen Aufträge auf 334 gesunken sind. Die Tagesproduktion ist mit Antwerpen ca. 1700. In Antwerpen wird jetzt schon kurzgearbeitet.

Die erhöhte Weihnachtsgeldzahlung (für die meisten 100 Prozent) zeigt schließlich, daß die Kapitalisten noch nicht so können wie sie vielleicht wollten. Direkte Kampfmaßnahmen der IG Metall gegen die Auslagerungen sind noch nicht genau geplant; derzeit werden Veranstaltungen am Ort durchgeführt. Die nächsten Monate werden hier eine Wende bringen müssen.

Eine geplante Großkundgebung hat die IG Metall zugunsten einer Veranstaltung mit Loderer in der Verwaltungsstelle abgesetzt. Natürlich gibt es auch im Betrieb Stellen, an denen die Kapitalisten schmerzlich zu treffen sind. Erst im Frühjahr wurden durch Überstundenverweigerung 163 Angestelltenentlassungen verhindert. Gerade in den ,,Projektbereichen", z.B. Entwicklungsabteilungen, Werkzeugbau, wird nämlich der neue Ascona teils rund um die Uhr und in Überstunden hektisch vorbereitet. Mit dem Ascona will Opel vorzeitig ins Geschäft kommen – zum Genfer Autosalon im März '81.

Postministeriums, alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, die in Teilzeit oder im vollen Dienst Schichtarbeit, Wechselschichtarbeit und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten leisten, in eine Arbeitszeitregelung einzubeziehen, läuft auf eine weitere Aufsplitterung der tariflich geltenden Regelungen hinaus.

Auch Gscheidle kam mit seinem Vortrag nicht durch. Der Versuch, die Forderungen der DPG als unbezahlbar hinzustellen, scheiterte. Er mußte sich von einer Delegierten aus München sagen lassen: ,,Es gibt das Wort: Der nächste Winter kommt bestimmt. Der nächste Weihnachtsverkehr kommt auch bestimmt. Kollegen! Wenn Ende Oktober diese Verhandlungen sind und wieder ein solches Angebot auf dem Tisch liegt, dann muß sich die Verwaltung warm anziehen – um bei dem Winterbeispiel zu bleiben. (Beifall) Ich komme noch einmal auf das Argument mit den Kosten zurück. Kollege Ernst Breit hat es heute morgen angesprochen. Man kann nicht so argumentieren, daß die Schichtdienstforderung auf 500 Millionen DM hinausläuft. Man muß die meßbaren Folgekosten berechnen. Man muß auch über nicht berechenbare Folgekosten reden, die im Bereich der Gesundheit liegen, sowie im Verlust des Familienlebens und im Verlust des kulturellen und gesell-

aufs Energiesparen verwenden! Wir als Postgewerkschaft schicken diese Karte zurück: Jeden Tag ein bißchen Energie auf die Durchsetzung der Schichtdienstforderungen verwenden! (Beifall)"

Mehrere Delegierte berichteten ausdrücklich von der Streikbereitschaft der Bezirke und forderten den Minister auf, ein neues Angebot zu machen. Gscheidle, der Verhandlungen für den 22./23. Oktober ankündigte, blieb auf dem vom Kabinett festgelegten Kurs: Er bezweifelte, daß er vom Innenminister, der genau wie der Finanzminister nach dem Postverwaltungsgesetz einer tarifvertraglichen Regelung für die Post zustimmen muß, einen Verhandlungsspielraum über 3 Freischichten im Jahr bekomme. Auf die Forderung nach Anerkennung der Arbeitszeit von 20 – 6 Uhr als Nachtdienst und die Anwendung der Schichtdienstforderungen der DPG auf alle Beschäftigten, auch auf die Teilzeitbeschäftigten, ging er gar nicht erst ein und wiederholte stattdessen die bereits vom Kanzler vorgetragene Formel nach einer Regelung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Eine Delegierte aus Westberlin antwortete ihm: ,,Wir verkennen nicht, daß es eine Regelung für den gesamten

besserungen für die Kolleginnen und Kollegen im Schichtdienst bringt – für alle.

Die Zeit der Flugblätter und Resolutionen ist nämlich vorbei. Wir haben es satt, weiterhin unter diesen Bedingungen zu arbeiten. (Beifall) Dies sind diesmal keinen leeren Worte, wie man sie öfter einmal sagt, sondern die Warnstreiks beweisen, daß es uns diesmal ernst ist."

Noch während des Gewerkschaftstages streikten die Beschäftigten des Zentralen Briefpostamtes in Westberlin und Beschäftigte in München. Gerd Muhr, Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, führte in seiner Grußadresse aus: ,,Laßt mich (...) mit der Feststellung abschließen, daß Ihr Euren derzeitigen Kampf um Erleichterungen für Schichtarbeiter nicht nur für Euch allein führt. Wenn heute zwei von drei Renten wegen vorzeitiger Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit gewährt werden müssen, muß hier einmal die Notbremse gezogen werden (Beifall), hier und in allen anderen Fällen, in denen ständig an der Leistungsschraube gedreht wird." Auch die Gewerkschaft der Polizei erklärte sich mit den Forderungen der Postgewerkschaft solidarisch.

Streikende bei Fiat – Gewerkschaft stimmt Kompromiß zu

gih. Nach 33tägigem Streik und einer 2wöchigen Blockade aller Fiat-Fabriken haben sich am vorigen Mittwoch die Gewerkschaften auf einen Kompromiß mit den Fiat-Kapitalisten geeinigt. Dieser Kompromiß, der von Arbeitsminister Foschi vorgeschlagen wurde, sieht vor, daß Fiat die 14000 eingeleiteten Entlassungen zurücknimmt und zusichert, bis zum nächsten Sommer niemanden zu entlassen. 24000 Arbeiter sollen für zwei Jahre freigesetzt werden. Sie erhalten ihren Lohn (93%) von den staatlichen Ausgleichskassen. Sollte nach zwei Jahren Fiat auf der Entlassung von 5000 bis 6000 Arbeitern bestehen, will die Regierung den Entlassenen neue Arbeitsplätze garantieren. Dem Kompromiß war eine Demonstration von 30000 bis 40000 vorausgegangen, die von Abteilungsleitern, Meistern und Vorarbeitern bei Fiat organisiert worden war und die für das ,,Recht auf Arbeit" eintraten. Die Abstimmung über den ausgehandelten Kompromiß wurde am Donnerstag durchgeführt. Die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten hat dem Kompromiß zugestimmt.

Warnstreiks der französischen Postarbeiter

hth.Paris. Einen 24stündigen Warnstreik haben die 450000 französischen Postarbeiter am 15. Oktober landesweit durchgeführt. Zi. Zum erstem Mal seit gut zwei Jahren hatten die Gewerkschaften C.G.T. und C.F.D.T. beide zu einem Streik im öffentlichen Dienst aufgerufen. Ein gemeinsamer Aufruf kam nicht zustande, aber die Forderungen decken sich weitgehend: Erhöhung des Mindestlohns, d.h. praktisch Abschaffung der unteren Lohngruppen, in denen vor allem Frauen arbeiten –, Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, Ausbildungs-und Umschulungsmaßnahmen für Arbeiter, die durch neue Technologien ,,freigesetzt" werden, und Beibehaltung der entsprechenden Lohngruppe bei Umsetzungen durch den Dienstherrn. Während des Streiks hat die Nationalversammlung den Haushaltsplan beraten, der ,,umfangreiche Rationalisierungen im öffenlichen Dienst vorsieht".

Kampf um gewerkschaftliche Rechte auf Kiribati

mat.Sydney. Die Gewerkschaften in Kiribati haben sich an Gewerkschaften in den südpazifischen Ländern gewandt, um finanzielle Hilfe für ihren Kampf zu erhalten. Mehrfach, so im August und November 1979 und erneut im Juli, ist die Regierung gegen Streiks mit Verhaftungen vorgegangen und hat Einschränkungen der gewerkschaftlichen Rechte angedroht. Kiribati, bis Juli 1979 als Gilbert-Inseln britisches Protektorat, hat 60000 Einwohner. Phosphatbergbau auf Banaba und die Rückkehr von Auswanderern nach Erringung der Unabhängigkeit haben dazu geführt, daß der Anteil der Lohnabhängigen trotz verbreiteter Subsistenzwirtschaft auf dem Land in Dorfbesitz mit 6000 (20% der Bevölkerung über 15) relativ groß ist. Die gewerkschaftlichen Kämpfe und die Reaktion der Regierung zeigen, daß die Entwicklung der sozialen Klassen im Land fortgeschritten ist. Der Gewerkschaftsbund von Papua-Neuguinea hat für die Arbeiter von Kiribati eine Straßensammlung durchgeführt.

Tarifabschlüsse der IG Chemie, Papier, Keramik

gih. Für die Beschäftigten der **Mineralölgesellschaften** wurden folgende Tarifvereinbarungen abgeschlossen. *ESSO AG.* Ab 1. Oktober Erhöhung der Entgeltgruppensätze um 7,5%. *Deutsche BP AG.* Ab 1. Oktober Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,4%. *Deutsche Shell AG.* Ab 1. Oktober Lohn- und Gehaltserhöhungen von 7,5%. *Mobil Oil AG.* Ab 1. November 7,5% höhere Lohn- und Gehaltsgruppensätze. *Esso Chemie GmbH.* Ab 1. November 7,5% höhere Lohn- und Gehaltstafelsätze. – Für die rund 16000 Beschäftigten der **Behälterglasindustrie** des Bundesgebietes wurden am 24. September die Tarifverhandlungen abgeschlossen: 6,9% höhere Löhne und Gehälter, 30 Tage Urlaub für alle ab 1984 und stufenweise Erhöhung des Urlaubsgeldes.



5 Mio. Mitglieder in 49 Regionalverbänden vertritt der Dachverband der unabhängigen polnischen Gewerkschaften ,,Solidarität" inzwischen. Das Bezirksgericht in Warschau hat jedoch seine Registrierung, am 24.9. beantragt, bis heute noch nicht vorgenommen. Das Gericht bemängelt, Anerkennung der Führungsrolle der PVAP, Verzicht auf Tätigkeit als politische Partei und das Bekenntnis zum polnischen Bündnissystem seien im Statut nicht eindeutig genug. *Bild:* Demonstration zum Gericht bei Einreichung der Registrierungsunterlagen.

Tarifvertrag über Zahlung der Zulagen bei Kurzarbeit

ust. Vorletzte Woche wurde zwischen der IG Metall und den Stahlkapitalisten in NRW ein Tarifvertrag abgeschlossen, der besagt, daß die Stahlkonzerne im Fall von Kurzarbeit die steuerfreien Zulagen für Nacht-, Samstags- und Sonntagsarbeit weiterzahlen müssen, auch wenn die entsprechenden Schichten ausfallen. Dringlich wird diese Frage, weil bei dem erwarteten weiteren Rückgang des Stahlverbrauchs die Kapitalisten wieder verstärkt versuchen werden, durch Abwälzung eines Teils ihrer Lohnkosten auf die Arbeitslosenversicherung mittels der Kurzarbeit ihre Kosten zu senken. Vom Arbeitsamt wird als Kurzarbeitergeld aber nur 68% des Nettolohns pro ausgefallene Stunde gezahlt, wobei nur der steuerpflichtige Lohn zugrunde gelegt wird. Gerade bei den vielen Contischichtarbeitern in der Stahlindustrie führt diese Regelung aber zu einer zusätzlichen Beschneidung des Lohns, weil große Teile des Lohns steuerfreie Zuschläge für Nacht-, Samstags- und Sonntagsarbeit sind, z.B. bei einem Arbeiter bei Krupp Bochum mit unter 12 DM Stundenlohn im Monatsdurchschnitt 300 DM. Die Zuschläge, die die Kapitalisten jetzt auch bei Kurzarbeit weiterzahlen müssen, werden dann allerdings versteuert. Günstig ist der Tarifvertrag auch deshalb, weil nicht das Arbeitsamt, sondern die Kapitalisten zahlen müssen.

12. ordentl. Gewerkschaftstag IG Druck und Papier (12. – 18. Oktober in Augsburg)

lck. Auf dem 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier haben sich die Delegierten mit großer Mehrheit für ein klassenbewußtes, unabhängiges und einheitliches Vorgehen in der Tarifpolitik der kommenden Jahre ausgesprochen. Dazu hatte der wiedergewählte Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, bereits in seinem Einleitungsreferat festgestellt: ,,Sozialpartnerschaft bedeutet im Kern die Unterordnung der Interessen der abhängig Beschäftigten unter die Kapitalinteressen, und den Gewerkschaften wird mit der Verpflichtung auf das Gemeinwohl die Rolle einer staatlichen Organisation zugedacht, die ihre Funktion hauptsächlich in der Integration in das herrschende System sieht. Ich meine, diese 'Gebote der Sozialpartnerschaftsideologie' widersprechen unserem gewerkschaftlichen Auftrag und können deshalb nicht das Leitmotov unserer Tätigkeit sein.''

Im Kampf für ihre Interessen muß sich die Arbeiterklasse vereinheitlichen, weil sie auch im Tarifkampf mehr und mehr der gesamten Kapitalistenklasse gegenübersteht. Hierzu führte ein Delegierter aus dem Landesbezirk Bayern aus: ,,Während es früher in der Tarifpolitik hieß: Jetzt haben wir viel erreicht, damit sind wir zufrieden; können wir jetzt zustimmen oder nicht? ... läuft die Diskussion jetzt auf einmal so, daß sich die meisten einig sind: Das reicht nicht, aber welche Kraft müßten wir aufwenden und können wir als Einzelgewerkschaft diese Kraft aufbringen? Und dann sagen jetzt die Mehrheiten in der Tarifkommission im Regelfall Nein. Diese Entwicklung, die ich für verhängnisvoll halte, schreit eigentlich nach Gewerkschaftseinheit, schreit danach, daß dort, wo eine Einzelgewerkschaft Aufgaben der Tarifpolitik nicht mehr zu leisten vermag, die Kraft der Arbeiterbewegung insgesamt eingesetzt wird.''

In diesem Sinn beschloß der Gewerkschaftstag, verstärkt den Kampf um die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich fortzuführen. Gegen eine weitgehend geschlossene Kapitalistenfront wird dieser Kampf siegreich nur geführt werden können, wenn er von der gesamten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung getragen wird.



Der Besetzungstarif für Fotosetzmaschinen sichert den Facharbeiterlohn, ein Erfolg der Gewerkschaft im Kampf gegen Lohndrückerei.

Die große Mehrheit der Delegierten hat in der vergangenen Woche einen Antrag angenommen, den Kampf für die Eindämmung von Nacht- und Schichtarbeit aufzunehmen, mit dem schließlichen Ziel, sie abzuschaffen. Dazu der Antragsteller: ,,Wir müssen ein Bewußtsein dafür schaffen, daß Schicht- und Nachtarbeit weniger Naturnotwendigkeit als das Resultat einer am Profit orientierten Wirtschaftsordnung sind. In Wirklichkeit ist es nämlich die hohe Kapitalintensität neuer Arbeitsplätze, d.h. der Ankauf neuer teurer Maschinerie, die von den Unternehmen als Begründung für Schichtarbeit benutzt wird ... Ziel gewerkschaftlicher Politik muß es sein, daß sich die Produktionsweise der Natur des Menschen, und nicht die Natur der Produktionsweise angepaßt.'' Ein anderer Delegierter: ,,Hier geht es nicht darum, Kollegen ihre mühsam verdienten Groschen wegzunehmen, hier geht es darum, das zu verhindern, was zur Zeit läuft. Wir als Gewerkschaftstag sollten uns hier zu einer klaren Willensbekundung gegen kaputtmachende Arbeit zurechtfinden.'' Weiter wurden konkrete Forderungen zu Nacht- und Schichtarbeit beschlossen, wie eine einstündige täglich bezahlte Freizeit, die 35-Stundenwoche an 5 Tagen, Kündigungsverbot für Schichtarbeiter ab dem 50. Lebensjahr. Herabsetzung des Rentenalters für Schichtarbeiter auf 55 Jahre.

Der Gewerkschaftstag beschloß auf der Grundlage eines Antrages, der den Einheitslohn für Facharbeiter vorsieht, den Wegfall der untersten Lohngruppe und Anhebungen in den weiteren Lohngruppen, für die Druckindustrie eine neue Lohnstruktur auszuarbeiten.

Weitere Forderungen zur Tarifpoltik:
– Keine Wiederaufnahme der konzertierten Aktion;
– Antrittsgebühr für alle an Sonn-und Feiertagen beschäftigte Arbeitnehmer;
– Schutz vor Gefährdung bei Verarbeitung von UV-Farben.

Beschlüsse zur internationalen Lage:
– Aufhebung des Beschlusses, 'eurostrategische Atomwaffen' in der BRD zu stationieren;
– internationales Verbot aller Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernichtungsmittel.

Für den Antrag auf Abschluß eines Friedensvertrages und den Austritt der BRD aus der Nato sprachen sich etwa 15 Delegierte aus. Ferner forderte der Gewerkschaftstag das Verbot des in Augsburg stattfindenden NPD-Kongresses. Außerdem soll eine Unterschriftensammlung durchgeführt werden, um die Bundesregierung zu einem Verbot aller faschistischen Organisationen zu zwingen.

,,Hände weg vom Ladenschlußgesetz'' Aktion der HBV

gas. In der vergangenen Woche startete die HBV mit Hundertausenden von Plakaten und Aufklebern eine bundesweite Aktion gegen die Versuche der Kaufhauskapitalisten, die Ladenschlußzeiten zu verlängern. Die HBV-Mitglieder führen Aktionen unter den Losungen ,,Hände weg vom Ladenschluß'' – ,,Kaufabende stehlen Feierabende'' durch. In Osnabrück hat die HBV durchgesetzt, daß während des Papstbesuchs am 16.11., einem Sonntag, die Läden geschlossen bleiben. ,,Wenn die Kirchen geöffnet sind, genügt das '' war der Kommentar. Am 13.10. erklärte der HBV-Vorsitzende Volkmar vor der Presse: ,,Wir werden das Ladenschlußgesetz von 1956 mit Zähnen und Klauen verteidigen''. In der Tat war dieses Gesetz ein Fortschritt in der Verkürzung der Arbeitszeit und der Einschränkung von Samstags- und Sonntagsarbeit. Die tägliche Arbeitszeit wurde von 19.00 auf 18.30 Uhr verkürzt, und die Samstagsarbeit außer für den 1. Samstag im Monat auf 14.00 begrenzt. Die Kapitalisten vereitelten für einen Großteil der Beschäftigten die Verkürzung der Arbeitszeit durch Verlängerung des Beginns und des Endes mit Vor- und Abschlußarbeiten. Nach wie vor steht die 40-Stundenwoche für die Einzelhandelsbeschäftigten nur auf dem Papier – 42,5 Stunden sind die Regel. Sowieso bedeutet 50-Stundenwoche im Einzelhandel nicht 8 Stundentag an 5 Wochentagen. So gesehen bedeutet die Veränderung des Ladenschlußgesetzes Verlängerung der Arbeitszeit. Einführung von Schichtarbeit, Ausdehnung der Samstagsarbeit und Teilzeitarbeit, Durchlöcherung des Normalarbeitstages und der 40-Stundenwoche.

Der FDP –, die sich seit langem für die Verlängerung der Ladenschlußzeiten stark macht, – solle nach ihrem Wahlgewinn jegliche ,,Lust am Experimentieren'' genommen werden, so Volkmar. Sie tritt als Verfechter der ,, Interessen der berufstätigen Frauen'' auf, oder auch zur Städtebelebung. So u.ä. lauteten die Begründungen für die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten von 22.00 wie im Stuttgarter Bahnhofsviertel.

Mit der bundesweiten Aktion soll der Boden bereitet werden für eine tarifvertragliche Vereinbarung, zu der die Einzelhandelskapitalisten, deren Hauptgemeinschaft gegen die Änderung des Ladenschlußgesetzes Stellung genommen hat, jetzt aufgefordert werden.

Tarifvertraglich will die HBV absichern:

- die tägliche Arbeitszeit der Beschäftigten im Einzelhandel darf nicht außerhalb der geltenden Ladenschlußzeiten liegen
- Die im Einzelhandel üblichen Vor- und Abschlußzeiten müssen in die tägliche Arbeitszeit eingezogen werden
- Ausnahmeregelungen des Ladenschlußgesetzes sollen künftig nur in begründeten Ausnahmefällen erlaubt sein
- Verkaufsoffene lange Samstage kürzen mit dem Ziel, die 5-Tagewoche für die rund 2 Mio. Beschäftigten durchzusetzen, und die 500000 Einzelhandelsbetriebe sollen an Samstagen geschlossen bleiben.

Ärzte in der ÖTV: ,,Durchsetzung der 40-Stunden-Woche''

gük. Am 27.10.80 finden in Köln Vorgespräche zwischen Vertretern des Bundesinnenministeriums un der ÖTV über eine Neufassung der Sonderregelungen 2a und 2c statt. In diesen Bestimmungen des BAT sind die Bedingungen, unter denen Ärzte, Krankenschwestern und MTAs Bereitschaftsdienste im Krankenhaus leisten müssen, festgelegt. Nach der bisherigen Regelung sind Arbeitszeiten bis zu 32 Stunden hintereinander und bis zu achtmal im Monat der Normalfall. Um die bisher in der Gewerkschaft geführte Diskussion zusammenzufassen und um einheitliche Verhandlungsempfehlungen an den Hauptvorstand zu beschliessen, führte der Bund gewerkschaftlicher Ärzte (BgÄ) in Frankfurt am 11.10. ein bundesweites Treffen durch. Es konnte auf dieser Tagung ein grundsätzlicher Konsens über die langfristige Vorgehensweise der ÖTV und über Forderungen für die anste- beitszeit in diesem Bereich sein. Die Anwesenheit im Krankenhaus darf nur als Arbeitszeit oder Arbeitsbereitschaft bewertet werden. Ein Schichtdienst soll nur dort eingerichtet werden, wo durch Stellenvermehrung allein keine Arbeitsorganisation zu den geforderten Arbeitsbedingungen möglich ist. Wo Überstunden anfallen, soll der Freizeitausgleich Vorrang vor der Bezahlung haben. Der Hauptvorstand der ÖTV wurde aufgefordert, eine gesetzliche Festlegung der zulässigen Arbeitszeiten anzustreben. Für die anstehende Verhandlungsrunde wurde als Empfehlung an den Hauptvorstand beschlossen: Zusammenfassung der Bereitschaftsdienststufen C und D; die maximal zulässige Arbeitszeit soll nicht mehr als 16 Stunden betragen; Vergütung der über 8 Stunden hinausgehenden Zeit durch Freizeitausgleich; Bewertung der über 8 Stunden hinausgehenden Zeit als Arbeitsbereitschaft.

Gewerkschaftstag der GEW

In den Anträgen drückt sich der Fortschritt der Lehrerbewegung aus

dok/get. Vom 31.10. bis 4.11. tagt in Mainz die Bundesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die 170000 Lehrer und Streikrecht betonen und die Reform des öffentlichen Dienstrechts gefordert wird. Zahlreiche Anträge greifen den Radikalenerlaß und dessen angebliche in einem Antrag aus Hamburg angegriffen. Kritisiert wird der Nachrüstungsbeschluß zur NATO und die Türkeihilfe. Gefordert wird die Ver-

ben wir viel erreicht, damit sind wir zufrieden; können wir jetzt zustimmen oder nicht? ... läuft die Diskussion jetzt auf einmal so, daß sich die meisten einig sind: Das reicht nicht, aber welche Kraft müßten wir aufwenden und können wir als Einzelgewerkschaft diese Kraft aufbringen? Und dann sagen jetzt die Mehrheiten in der Tarifkommission im Regelfall Nein. Diese Entwicklung, die ich für verhängnisvoll halte, schreit eigentlich nach Gewerkschaftseinheit, schreit danach, daß dort, wo eine Einzelgewerkschaft Aufgaben der Tarifpolitik nicht mehr zu leisten vermag, die Kraft der Arbeiterbewegung insgesamt eingesetzt wird.''

In diesem Sinn beschloß der Gewerkschaftstag, verstärkt den Kampf um die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich fortzuführen. Gegen eine weitgehend geschlossene Kapitalistenfront wird dieser Kampf siegreich nur geführt werden können, wenn er von der gesamten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung getragen wird.

Schicht- und Nachtarbeit weniger Naturnotwendigkeit als das Resultat einer am Profit orientierten Wirtschaftsordnung sind. In Wirklichkeit ist es nämlich die hohe Kapitalintensität neuer Arbeitsplätze, d.h. der Ankauf neuer teurer Maschinerie, die von den Unternehmen als Begründung für Schichtarbeit benutzt wird ... Ziel gewerkschaftlicher Politik muß es sein, daß sich die Produktionsweise der Natur des Menschen, und nicht die Natur der Produktionsweise angepaßt.'' Ein anderer Delegierter: ,,Hier geht es nicht darum, Kollegen ihre mühsam verdienten Groschen wegzunehmen, hier geht es darum, das zu verhindern, was zur Zeit läuft. Wir als Gewerkschaftstag sollten uns hier zu einer klaren Willensbekundung gegen kaputtmachende Arbeit zurechtfinden.'' Weiter wurden konkrete Forderungen zu Nacht- und Schichtarbeit beschlossen, wie eine einstündige täglich bezahlte Freizeit, die 35-Stundenwoche an 5 Tagen, Kündigungsverbot für Schichtarbeiter ab dem 50. Lebensjahr. Herabsetzung des

eine neue Lohnstruktur auszuarbeiten.

Weitere Forderungen zur Tarifpoltik:
– Keine Wiederaufnahme der konzertierten Aktion;
– Antrittsgebühr für alle an Sonn-und Feiertagen beschäftigte Arbeitnehmer;
– Schutz vor Gefährdung bei Verarbeitung von UV-Farben.

Beschlüsse zur internationalen Lage:
– Aufhebung des Beschlusses, 'eurostrategische Atomwaffen' in der BRD zu stationieren;
– internationales Verbot aller Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernichtungsmittel.

Für den Antrag auf Abschluß eines Friedensvertrages und den Austritt der BRD aus der Nato sprachen sich etwa 15 Delegierte aus. Ferner forderte der Gewerkschaftstag das Verbot des in Augsburg stattfindenden NPD-Kongresses. Außerdem soll eine Unterschriftensammlung durchgeführt werden, um die Bundesregierung zu einem Verbot aller faschistischen Organisationen zu zwingen.

so bedeutet 50-Stundenwoche im Einzelhandel nicht 8 Stundentag an 5 Wochentagen. So gesehen bedeutet die Veränderung des Ladenschlußgesetzes Verlängerung der Arbeitszeit. Einführung von Schichtarbeit, Ausdehnung der Samstagsarbeit und Teilzeitarbeit, Durchlöcherung des Normalarbeitsta-

sein

• Verkaufsoffene lange Samstage kürzen mit dem Ziel, die 5-Tagewoche für die rund 2 Mio. Beschäftigten durchzusetzen, und die 500000 Einzelhandelsbetriebe sollen an Samstagen geschlossen bleiben.

Ärzte in der ÖTV: ,,Durchsetzung der 40-Stunden-Woche''

gük. Am 27.10.80 finden in Köln Vorgespräche zwischen Vertretern des Bundesinnenministeriums un der ÖTV über eine Neufassung der Sonderregelungen 2a und 2c statt. In diesen Bestimmungen des BAT sind die Bedingungen, unter denen Ärzte, Krankenschwestern und MTAs Bereitschaftsdienste im Krankenhaus leisten müssen, festgelegt. Nach der bisherigen Regelung sind Arbeitszeiten bis zu 32 Stunden hintereinander und bis zu achtmal im Monat der Normalfall. Um die bisher in der Gewerkschaft geführte Diskussion zusammenzufassen und um einheitliche Verhandlungsempfehlungen an den Hauptvorstand zu beschliessen, führte der Bund gewerkschaftlicher Ärzte (BgÄ) in Frankfurt am 11.10. ein bundesweites Treffen durch. Es konnte auf dieser Tagung ein grundsätzlicher Konsens über die langfristige Vorgehensweise der ÖTV und über Forderungen für die anstehende Verhandlungsrunde erreicht werden.

Ziel der Gewerkschaftspoltik soll die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche an 5 Tagen bei täglich begrenzter Arbeitszeit in diesem Bereich sein. Die Anwesenheit im Krankenhaus darf nur als Arbeitszeit oder Arbeitsbereitschaft bewertet werden. Ein Schichtdienst soll nur dort eingerichtet werden, wo durch Stellenvermehrung allein keine Arbeitsorganisation zu den geforderten Arbeitsbedingungen möglich ist. Wo Überstunden anfallen, soll der Freizeitausgleich Vorrang vor der Bezahlung haben. Der Hauptvorstand der ÖTV wurde aufgefordert, eine gesetzliche Festlegung der zulässigen Arbeitszeiten anzustreben. Für die anstehende Verhandlungsrunde wurde als Empfehlung an den Hauptvorstand beschlossen: Zusammenfassung der Bereitschaftsdienststufen C und D; die maximal zulässige Arbeitszeit soll nicht mehr als 16 Stunden betragen; Vergütung der über 8 Stunden hinausgehenden Zeit durch Freizeitausgleich; Bewertung der über 8 Stunden hinausgehenden Zeit als Arbeitsbereitschaft. Letzteres bedeutet die Bezahlung der Gesamtstundenzahl (bisher nur 80%) und Gewährung der Überstunden-, Nacht- und Feiertagszuschläge. Es wurde auch eine Solidaritätsadresse an die streikenden Postler verabschiedet.

Gewerkschaftstag der GEW

In den Anträgen drückt sich der Fortschritt der Lehrerbewegung aus

dok/get. Vom 31.10. bis 4.11. tagt in Mainz die Bundesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die 170000 Lehrer und andere Beschäftigte aus dem Bildungssektor organisiert. Zu Beginn des Gewerkschaftstages sieht die Tagesordnung eine ganztätige Debatte über den Stand des gewerkschaftlichen Kampfes und die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen, insbesondere der nach Arbeitszeitverkürzung, vor. Wir werden darüber nach Abschluß des Gewerkschaftstages berichten.

Die übrigen Anträge drücken an vielen Stellen im Vergleich zum letzten Gewerkschaftstag 1977 den Fortschritt aus, den die Lehrerbewegung im selbständigen gewerkschaftlichen Zusammenschluß gegen den Dienstherrn seitdem gemacht hat. Mehrere Anträge fordern übereinstimmend die Einbeziehung aller nicht-beamteten Lehrer und Hochschulangestellten in die Regelung des *Bundesangestelltentarifvertrages.* Alle Formen von Lehraufträgen und ABM-Maßnahmen sollen abgeschafft werden. Eine *gemeinsame Tarifkommission* aller DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst unter Einschluß der GEW soll gebildet werden, die u.a. diese Forderungen in die nächsten Tarifverhandlungen einbringen soll.

Das Verbot des Streiks für Beamte hemmt seit je her den Kampf der Lehrer. Obwohl das Kampfmittel Streik in der Satzung der GEW festgeschrieben ist, hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung das *Streikrecht* in der Vergangenheit, wenn überhaupt, dann nur halbherzig verteidigt, geschweige denn die gewerkschaftlich organisierten Lehrer zum Streik aufgerufen. Dies hat die Lehrer in ihrem Kampf noch mehr verunsichert und gespalten. Insofern ist es als Fortschritt zu bezeichnen, wenn die Anträge die Notwendigkeit des Kampfes um das Streikrecht betonen und die Reform des öffentlichen Dienstrechts gefordert wird. Zahlreiche Anträge greifen den *Radikalenerlaß* und dessen angebliche Liberalisierung an. Am weitestgehenden geschieht dies in einem Antrag aus Hamburg, in dem das Verbot der Beteiligung des Verfassungschutzes bei der Einstellung im öffentlichen Dienst und die Aufhebung der bisher ausgesprochenen Berufsverbote gefordert wird.

Die Fortschritte, die die Lehrerbewegung in der Unterstützung der Kämpfe für eine einheitliche und qualifizierte Ausbildung gemacht hat, kommen in den Anträgen zur Bildungspolitik erst an wenigen Stellen zum Ausdruck. Z.B. in den Anträgen zum *Berufsgrundschuljahr,* in denen festgestellt wird, daß die Kapitalisten das BGJ in seiner gegenwärtigen Form dazu nutzen, die Ausbildungskosten für das erste Ausbildungsjahr, in dem die Lehrlinge noch nicht so produktiv einsetzbar sind, abzuwälzen, die Auslese unter den Jugendlichen zu verschärfen und dabei sich ein großes Reservoir von billigen angelernten Hilfsarbeitern zu schaffen. Dagegen wird u.a. das allgemeine Recht auf Facharbeiterabschluß und die Bereitstellung der materiellen und personellen Bedingungen an den Berufsschulen gefordert. Ein bildungspolitischer Antrag zur Weiterentwicklung der *Grundschule* wendet sich gegen das Prinzip der Aussonderung und Auslese und entwickelt ein Konzept, das den Ausbildungsbedürfnissen der Kinder entspricht. Die Antragsteller haben zugleich die Erfahrungen aus bisherigen Bewegungen für eine Bildungsreform verarbeitet, indem sie auch die notwendigen Bedingungen (Lehrer, Räume, Arbeitszeit) zur Verwirklichung der Reform fordern. Die Politik der Bundes- und Länderregierungen, massive Kürzungen in den Bildungsetats vorzunehmen, wird in einem Antrag aus Hamburg angegriffen. Kritisiert wird der Nachrüstungsbeschluß zur NATO und die Türkeihilfe. Gefordert wird die Verkürzung des Rüstungshaushalts und schärfere Besteuerung der Kapitalisten.

Vier Landesverbände greifen in ihren Anträgen den Einsatz von *Kernenergie* an und fordern den sofortigen Stop im Bau und Betrieb der KKWs. Gefordert wird eine Amnestie für alle Atomkraftgegner und die Einstellung aller entsprechenden Verfahren. Der LV Hamburg beantragt ferner, daß die GEW die Repressalien gegen die Frauen bei der Anwendung des §218 verurteilt und sich für die *ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen* einsetzt.

Um die *Unvereinbarkeitsbeschlüsse,* auf deren Grundlage der Hauptvorstand seit 1977 68 Kollegen und Kolleginnen ausgeschlossen hat, gibt es keine Ruhe: Nicht weniger als fünf Landesverbände und Fachgruppen fordern erneut die Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Gegen die wachsende *Kriegsgefahr* werden einmal die bekannten Forderungen nach Fortsetzung der Entspannungspolitik und gegen die Rüstung erhoben, darüberhinaus fordert der LV Hessen, daß ,,in Anbetracht der letzten internationalen Entwicklungen der Gewerkschaftstag sein Eintreten für die Prinzipien der nationalen Souveränität, der territorialen Integrität und des Selbstbestimmungsrechts der Völker'' erklärt und ,,entschieden jede Einmischung anderer Staaten in die inneren Angelegenheiten dritter Länder'' als Aggression verurteilt. Die GEW soll sich ,,gegen alle Bündnisse (wenden), die diese Zwecke einschließen''. Die Antragskommission hat die Frechheit, Ablehnung dieses Antrags zu empfehlen. Man wird sehen, ob sie damit durchkommt.

Arbeitsministerium muß weitere Arbeitsstoffe als krebserregend anerkennen

doj. Vor kurzem hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) für 10 in der chemischen Industrie verwandte gefährliche Arbeitsstoffe die höchstzulässige Konzentration am Arbeitsplatz neu festgelegt und 4 Arbeitsstoffe erstmals in die Liste der Maximalen Arbeitskonzentration (MAK) aufgenommen. Die Forschungsergebnisse und Richtlinien der DFG gelten verbindlich für die vom Bundesminister erlassenen Arbeitsschutzverordnungen über gefährliche Arbeitsstoffe, deren neueste am 1.1.80 in Kraft getreten ist. Vermutet die DFG z.B., daß bestimmte Stoffe krebserregend sind, dann sind die entsprechenden Chemiebetriebe verpflichtet, sich solange an die von ihr ausgearbeiteten Richt-Konzentrationen (TRKs) zu halten bis sie den genauen MAK-Wert herausgibt.

Folgende 10 Stoffe fallen, weil sie krebsverdächtig sind, jetzt auch unter die TRK-Richtlinien: Äthylenoxyd (Rohstoff z.B. für die Produktion von organischen Farbstoffen und Polyesterfasern), Diglycidäther, Phenylglycidäther (wird frei bei Synthese-Prozessen organischer Produkte), Propylenoxyd, Toluylendiamin (Zwischenprodukt bei der Herstellung von Farbstoffen), Diaminoanisol, Chromcarbonyl, Amino-Nitrophenol, künstliche mikrofeine Mineralfasern, Dichlorpropen. Fast alle diese Stoffe greifen Haut und Augen an, die Atmungsorgane Nase, Bronchien und Lunge, so wie viele von ihnen Leber und Niere schädigen. Der letztgenannte Stoff gehört zu den Chlorkohlenwasserstoffen, die als Lösungsmittel in der Metallverarbeitung, Farben- und Lackherstellung, chemischer Reinigung, als Insektizide und Holzschutzmittel angewandt werden und deren Herstellung teilweise schon verboten ist. Bekannt sind DDT, Vinylchlorid und Tetrachlorkohlenstoff. Zwei Stoffe dieser Gruppe: Di- und Trichlorbuten werden jetzt gerade neu als sicher krebserregend von der DFG benannt.

Lange haben die Arbeiter um die Anerkennung der daraus folgenden Berufskrankheiten kämpfen müssen. In der Auflistung der Berufsgenossenschaft Chemie entfällt teilweise die Hälfte aller erstmals Entschädigten auf schon Verstorbene. Die IG Chemie-Papier-Keramik hat auf ihrem Gewerkschaftstag vor einigen Wochen beschlossen, daß die Berufsgenossenschaften alle an Krebs erkrankten oder verstorbenen Arbeiter erfassen und darüber Rechenschaft ablegen muß.

Auf immer mehr Rohstoffe die Hand drauf

Bundeswirtschaftsministerium legt Bericht über Versorgung der Bundesrepublik mit mineralischen Rohstoffen vor

gih. Das Bundeswirtschaftsministerium hat einen neuen Bericht über die Versorgung der Bundesrepublik mit mineralischen Rohstoffen herausgegeben. Bereits Mitte des Jahres hat die Bundesregierung verkündet, daß die Zeit, da sie einfach als Käufer auf den Rohstoffmärkten auftrete, vorbei sei. Es müsse jetzt direkt eingestiegen werden. Als Maßnahmen der Bundesregierung werden in dem Bericht genannt:

– Langfristige Lieferverträge mit regional möglichst diversifizierten Lieferquellen,

– eigene Beteiligungen an Rohstoffquellen, um durch kapitalmäßigen Anteil eine direktere Einflußmöglichkeit auf die Lieferung der Bergbauproduktion ausüben zu können.

Um die eigene Beteiligung an Rohstoffquellen auszubauen, hat die Bundesregierung neben der ,,generellen politischen Unterstützung" und den ,,Garantien für Kapitalanlagen in Entwicklungsländern hinsichtlich des politischen Risikos" folgende Maßnahmen ergriffen:

– Das Explorationsförderprogramm gibt den Firmen Anreize, sich an der Rohstoffsuche zu beteiligen und direkten Anteil – und damit Einfluß – im Bergbau zu erreichen.

– Das außenwirtschaftliche Gewährleistungsinstrumentarium besteht in der Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen und ungebundenen Finanzkrediten zur Investitionsfinanzierung. Mit den Finanzkrediten an Bergbaumonopole versuchen die BRD-Imperialisten langfristige Lieferkredite auszuhandeln. Weltweit wurden für *Kapitalanlagen im Ausland* von 1975 bis 1979 Garantien von über 160 Mio. DM übernommen. *Gewährleistungen für ungebundene Finanzkredite an das Ausland* wurden von 1975 bis 1979 für über 1322 Mio. DM übernommen.

– Bevorzugte Behandlung von Rohstoffprojekten im Rahmen des Entwicklungsländergesetzes: Westdeutsche Unternehmen können zu Lasten des Gewinns des inländischen Betriebs eine Rücklage bilden. Für Investitionen im Rohstoff- und Energiebereich beträgt die Rücklage 60% der Anschaffungs- und Herstellungskosten.

– Finanzhilfen durch die staatliche Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG). Die DEG hat die Aufgabe, private Direktinvestitionen vorwiegend mittlerer Kapitalisten in Entwicklungsländern zu fördern. 1975 kam der Auftrag hinzu, besonders bedeutsame Vorhaben im rohstoffverarbeitenden Sektor verstärkt zu fördern. Hierzu wurde das Stammkapital von 700 Mio. DM auf 1 Mrd. erhöht. Die DEG übernimmt Beteiligungen an Unternehmen in Entwicklungsländern und / oder gewährt beteiligungsähnliche Darlehen.

Im Förderzeitraum 1971 bis 1979 hat die Bundesregierung insgesamt 191 Projekte, davon 153 Auslandsprojekte, 53 Inlandsprojekte und 3 übertiefe Erdgasbohrungen gefördert. Am Jahresende 1979 liefen noch 73 Auslands- und Inlandsprojekte. Von 1971 bis 1979 wurden für Auslandsprojekte 110,7 Mio. DM ausgegeben und für Inlandsprojekte, die erst 1973 begannen, 123 Mio. DM. Hiervon entfielen 24,8 Mio. DM auf übertiefe Erdgasbohrungen und 89,41 Mio. DM auf mineralische Rohstoffe. Erfreut meldet die Bundesregierung: ,,In der Auslandsexploration haben die deutschen Unternehmen verschiedene Erfolge erzielt."

– Schwerspatgrube, Guillermin in Spanien / Kali-Chemie, bereits in Produktion – Wolframlagerstätte Mittersill in Österreich / Metallgesellschaft AG, seit 1978 in Produktion – Kupferlagerstätte Ok Redi auf Papua-Neuguinea / Kupferkonsortium, in der Finanzierungsphase – Blei/Zink/Silber-Lagerstätte Song Toh in Thailand / Metallgesellschaft AG, seit Anfang 1980 in Produktion – Kupferlagerstätte Namosi auf den Fidji-Inseln / Preussag AG, in der Endphase der Beurteilung – Chromlagerstätte Llorente auf den Philippinen / Bayer AG, voraussichtlich ab 1984 in Produktion – Magnesitlagerstätte Baymag in Kanada / Refra-Technik, voraussichtlich ab 1982 in Produktion.

Als ,,herausragenden Erfolgsfall" meldet die Bundesregierung die Entdeckung der Uranlagerstätte Key Lake in Saskatchewan, Kandada, an der die Uranerzbergbau GmbH einen 33⅓-Anteil hat. Die Lagerstätte könnte 1984 in Produktion gehen. Die Produktionshöhe liegt voraussichtlich zwischen 3000 und 4000 Jahrestonnen Uranpechblende, von der die Uranerzbergbau ein Drittel beanspruchen kann. Damit kann diese Produktion einen wesentlichen Teil des deutschen Bedarfs decken, frohlockt die Bundesregierung. Weitere ,,Erfolgsfälle" seien der Einkauf der Uranerzbergbau GmbH zu 49% in die Lagerstätte Rabbit in Saskatchewan und der Einkauf der Urangesellschaft mit 6,53% in die nigrische Uranlagerstätte Somair.

Bei der Frage, ob sich ihre Programme auch gelohnt haben, rechnet die Bundesregierung mit Gesamtausgaben für Auslandsförderung von 1971 bis 1979 mit 240 Mio. DM, 110 Mio. DM durch die Bundesregierung, 130 Mio. DM durch westdeutsche Kapitalisten. Demgegenüber stellt sie ein Metallwert, für den ein westdeutsches Bezugsrecht besteht von 19,9 Mrd. DM, d.h. ein Verhältnis von Explorationskosten zu Metallwert von 1:80, und stolz vermerkt die Bundesregierung: ,,Aus einer internationalen Vergleichsstudie ergibt sich bei Anlage gleicher Maßstäbe, daß die deutschen Explorationsbemühungen *deutlich* über dem internationalen Niveau liegen."

Importe der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1978 nach Lieferländern in Prozent

Kupfer		Bauxit (Aluminium)			Zink		Chromit			Mangan		
Erze, Konz.	Metall	Bauxit	Al.-Oxid	Metall	Erze, Konz.	Metall	Erze, Konz.	Ferrochrom	Metall*	Erze, Konz.	Ferromangan	Metall*
45 Papua/Neug.	26 Chile	54 Australien	59 Australien	41 Norwegen	39 Kanada	43 Belg./Lux.	66 Südafrika	53 Südafrika	44 Belg./Lux.	73 Südafrika	39 Norwegen	52 Südafrika
13 (58) Norwegen	15 (41) Südafrika	30 (84) Guinea	27 (86) Italien	11 (52) Großbrit.	13 (52) Schweden	19 (67) Niederlande	12 (78) UdSSR	21 (74) Schweden	18 (62) Frankreich	11 (84) Australien	18 (57) Frankreich	16 (68) USA
13 (71) Chile	13 (54) Polen	8 (92) Sierra Leone	7 (93) Surinam	10 (62) Niederlande	12 (64) Mexiko	8 (75) Norwegen	6 (84) Iran	9 (83) Finnland	14 (76) Japan	7 (91) VR Kongo	12 (69) Spanien	15 (83) Niederlande
10 (81) Indonesien	10 (64) Belg./Lux.	2 (94) Guyana	6 (99) Jamaika	8 (70) Frankreich	9 (73) Rep. Irland	6 (81) Frankreich	4 (88) Griechenland	5 (88) Türkei	9 (85) Großbrit.	5 (96) Brasilien	8 (77) Südafrika	7 (90) Frankreich
9 (90) Südafrika	9 (73) Sambia	2 (96) Ghana		5 (75) Ägypten	9 (82) Südafrika	6 (87) Finnland	4 (92) Finnland	2 (90) USA	2 (87) USA	2 (98) Marokko	6 (83) CSSR	6 (96) Japan
7 (87) Kanada	5 (78) Zaire	2 (98) Griechenland		5 (80) Italien	8 (90) Dänemark	3 (90) Sambia	3 (95) Albanien	2 (92) Frankreich		1 (99) Niederlande	5 (88) Belg./Lux.	2 (98) CSSR
3 (100) Peru	3 (81) Kanada			3 (83) Island	5 (95) Peru	3 (93) Kanada	2 (97) Türkei	2 (94) Italien			3 (91) Brasilien	1 (99) Großbrit.
	3 (84) USA			3 (86) Schweden	1 (95) CSSR	2 (95) Italien		2 (96) Brasilien			2 (93) Indien	
	3 (87) Großbrit.			3 (89) UdSSR		2 (97) Algerien		2 (98) UdSSR			2 (95) Italien	
	3 (90) Australien			2 (91) Surinam		1 (98) Nordkorea					1 (96) Japan	
	2 (92) CSSR			2 (93) Belg./Lux.								

Zahlen in Klammern ( ) geben jeweils die kumulierten Gesamtprozente an

* einschl. Bearbeitungsabfälle und Schrott

leistungsinstrumentarium besteht in der Übernahme von Garantien für Ka- lungsländern und / oder gewährt beteiligungsähnliche Darlehen. ab 1982 in Produktion. Als ,,herausragenden Erfolgsfall" tionsbemühungen *deutlich* über dem internationalen Niveau liegen."

Importe der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1978 nach Lieferländern in Prozent

Kupfer		Bauxit (Aluminium)			Zink		Chromit			Mangan		
Erze, Konz.	Metall	Bauxit	Al.-Oxid	Metall	Erze, Konz.	Metall	Erze, Konz.	Ferrochrom	Metall*	Erze, Konz.	Ferromangan	Metall*
45 Papua/Neug.	26 Chile	54 Australien	59 Australien	41 Norwegen	39 Kanada	43 Belg./Lux.	66 Südafrika	53 Südafrika	44 Belg./Lux.	73 Südafrika	39 Norwegen	52 Südafrika
13 (58) Norwegen	15 (41) Südafrika	30 (84) Guinea	27 (86) Italien	11 (52) Großbrit.	13 (52) Schweden	19 (67) Niederlande	12 (78) UdSSR	21 (74) Schweden	18 (62) Frankreich	11 (84) Australien	18 (57) Frankreich	16 (68) USA
13 (71) Chile	13 (54) Polen	8 (92) Sierra Leone	7 (93) Surinam	10 (62) Niederlande	12 (64) Mexiko	8 (75) Norwegen	6 (84) Iran	9 (83) Finnland	14 (76) Japan	7 (91) VR Kongo	12 (69) Spanien	15 (83) Niederlande
10 (81) Indonesien	10 (64) Belg./Lux.	2 (94) Guyana	6 (99) Jamaika	8 (70) Frankreich	9 (73) Rep. Irland	6 (81) Frankreich	4 (88) Griechenland	5 (88) Türkei	9 (85) Großbrit.	5 (96) Brasilien	8 (77) Südafrika	7 (90) Frankreich
9 (90) Südafrika	9 (73) Sambia	2 (96) Ghana		5 (75) Ägypten	9 (82) Südafrika	6 (87) Finnland	4 (92) Finnland	2 (90) USA	2 (87) USA	2 (98) Marokko	6 (83) CSSR	6 (96) Japan
7 (87) Kanada	5 (78) Zaire	2 (98) Griechenland		5 (80) Italien	8 (90) Dänemark	3 (90) Sambia	3 (95) Albanien	2 (92) Frankreich		1 (99) Niederlande	5 (88) Belg./Lux.	2 (98) CSSR
3 (100) Peru	3 (81) Kanada			3 (83) Island	5 (95) Peru	3 (93) Kanada	2 (97) Türkei	2 (94) Italien			3 (91) Brasilien	1 (99) Großbrit.
	3 (84) USA			3 (86) Schweden	1 (95) CSSR	2 (95) Italien		2 (96) Brasilien			2 (93) Indien	
	3 (87) Großbrit.			3 (89) UdSSR		2 (97) Algerien		2 (98) UdSSR			2 (95) Italien	
	3 (90) Australien			2 (91) Surinam		1 (98) Nordkorea					1 (96) Japan	
	2 (92) CSSR			2 (93) Belg./Lux.								

Zahlen in Klammern ( ) geben jeweils die kumulierten Gesamtprozente an

* einschl. Bearbeitungsabfälle und Schrott

Im zweiten Halbjahr '80 Rückgang der Bauproduktion

Krisenhafte Einbrüche vor allem im Wohnungs-, öffentlichen Hoch- und Tiefbau

brp. Nach der Krise 1973/74 erreichte das Bauvolumen im Bauhauptgewerbe erstmals 1976 mit +1,5% gegenüber dem Vorjahr einen positiven Zuwachs, 1977 stagnierte die Bauproduktion, und erst 1978 konnte eine größere Zuwachsrate von 4,4% gegenüber 1977 erreicht werden. Im Verlauf des Jahres 1979 waren weitere gegenüber den anderen Industriebranchen überdurchschnittliche Steigerungsraten möglich – im Jahresdurchschnitt des ,,Bauboom-Jahres" immerhin 8,3%, aber bereits Ende des Jahres deuteten sich in saisonbereinigt geringeren Zuwachsraten erneute Abschwächungstendenzen an. Wurden diese Tendenzen im 1. Vierteljahr 1980 weitgehend verdeckt dadurch, daß im Vorjahr erhebliche Produktionsausfälle wegen der schlechteren Witterung zu verzeichnen waren, so zeigen die Vergleichszahlen aus dem 2. Quartal für Wohnbauten, öffentlichen Hochbau und Straßenbau absolut einen Produktionsrückgang an, während die Zuwachsraten im gewerblichen Hoch- und Tiefbau sowie im sonstigen Tiefbau stagnieren. Erstmals im Juni 1980 war der Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe preisbereinigt um 6,7% niedriger als im Vorjahr: Straßenbau –18,8%, Wohnungsbau –12,2%, öffentlicher Hochbau –5,2%, Wirtschaftsbau +0,5% und sonstiger Tiefbau +2,2%. Insgesamt verkürzte sich die Reichweite des Auftragsbestandes auf 2,8 Monate im Wohnungs- und Straßenbau und 3,4 Monate im gewerblichen Hochbau und sonstigen Tiefbau. Insgesamt fand die Produktionserweiterung der Jahre 78/79 auf relativ niedrigem Niveau statt; im Wohnungsbau, mit fast 50% am gesamten Bauvolumen wurden nicht mehr Wohnungen fertiggestellt als 1974, allerdings konnten die Baukapitalisten erheblich ihren Profit steigern durch Intensivierung der Arbeit der Bauarbeiter und durch überdurchschnittliche Preissteigerungen, die sie aufgrund der großen Baunachfrage erzielen konnten.

Da die Bauwirtschaft selbst Auftraggeber für andere Industriebereiche wie die Metallindustrie ist, andererseits von Bauaufträgen der Industrie sowie von Staatsaufträgen und im Miet- und Eigentumswohnungsbau im wesentlichen von den Versicherungskapitalisten abhängig ist, kommt der Entwicklung der Bauwirtschaft große Bedeutung für den gesamten Verlauf der kapitalistischen Wirtschaft zu. Der jetzige krisenhafte Einbruch unterscheidet sich in einigem von der Krise 73/74.

1973/74 brach die Bauproduktion ein, weil nach dem gewaltigen Ausdehnen des Wohnungsbaus auf über 700000 Fertigstellungen 1973 durch rasantes Steigen der Hypothekenzinsen, Einschränkung der Kreditzusagen, Aussetzen der erhöhten Steuerabschreibung nach §7b und Aufhebung der degressiven Abschreibung bei Gebäuden sowie durch die 1971 eingeführte Vergleichsmietenregelung die Nachfrage im Wohnungsbau innerhalb eines Jahres um 40% zurückging. Die Aussichten, über hohe Mieten oder hohe Verkaufspreise für Eigentumswohnungen schnell die Grundrente und den Zins auf das eingesetzte Kapital zu ziehen, waren schlecht, da gleichzeitig gut 150000 Wohnungen leer standen. Bedingt durch den konjunkturellen Einbruch in den anderen Wirtschaftszweigen, schrumpfte der Wirtschaftsbau. Durch das Stabilitätsprogramm wurden die Ausgaben für Bund und Länder 1973 gekürzt, was sich sofort auf den gesamten öffentlichen Hoch- und Tiefbau auswirkte, wenngleich die Gemeinden weiterhin Hochbauaufträge vergaben. Nachfolgend führte die Bundesregierung eine Reihe von Konjunkturprogrammen durch, im wesentlichen für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur, Investitionen in den Bereichen Energieversorgung und Hochbau, sowie Wohnungsmodernisierung, stellte für das ,,Programm für Zukunftsinvestitionen" knapp 14 Mrd. DM bereit und verbesserte 1977 die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Gebäude. Mit diesen Programmen schafft der Staat als ideeller Gesamtkapitalist wesentliche Voraussetzungen zur neuerlichen Ausdehnung der industriellen Produktion, indem er die Kosten für das konstante Kapital für die gesamte Kapitalistenklasse senkt. Die Baukapitalisten nutzten diese Zeit, um – anders als nach der Krise 66/67 – zu rationalisieren: Sie entließen 400000 Beschäftigte, wälzten den Arbeiterkörper stark um, indem sie 100000 vor allem un- und angelernte Bauarbeiter neu einstellten. Anders als in der letzten Krise wird das neu angeschaffte konstante Kapital beim jetzigen Produktionsrückgang auf die Profitrate drücken.

Der krisenhafte Verlauf der Bauproduktion wird sich noch verschärfen. Die Kapitalzusagen für die Wohnungsfinanzierung gehen bereits seit Ende 1978 zurück mit einer kurzen Stagnationsphase Mitte '79, die Kapitalauszahlungen erst seit dem 2. Quartal '80, und sie dienten schon Anfang des Jahres vor allem zur Finanzierung von Kreditrückzahlungen. Anders als 1973 sind auch die hohen Baulandpreise ein Hemmnis für den Wohnungsneubau. Während 1973 eine Wohnungsüberproduktion bestand, herrscht jetzt allgemein Wohnungsnot. Im öffentlichen Hoch- und Tiefbau ist die Lage wegen der hohen Verschuldung der Gemeinden anders als 73/74: seit Ende '79 werden weniger Aufträge vergeben. Im gewerblichen Wirtschaftsbau werden vor allem Modernisierungen und Ersatzbeschaffungen getätigt werden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet deshalb mit einem Rückgang der Bauproduktion für 1981 um 3% im Wohnungsbau und 5% im öffentlichen Hoch- und Tiefbau, bei Stagnation im Wirtschaftsbau, während für dieses Jahr insgesamt noch Zuwachsraten von 2–3% im Wohnungs-, 3% im öffentlichen Hoch- und Tiefbau sowie 6% im Wirtschaftsbau erwartet werden. 100000 Arbeiter aus dem Bauhauptgewerbe würden dann ,,überflüssig".

Neue belgische Regierung mit Sparprogramm

mak. Anfang dieser Woche wird der belgische Premierminister Wilfried Martens das vierte Kabinett seiner 1½jährigen Amtsperiode vorstellen. Die große Regierungskoalition aus Christdemokraten, Sozialisten und Liberalen ist am 7.10. geplatzt. Die Liberalen sind ausgestiegen. Aktueller Anlaß war das Defizit in der Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung, das mittlerweile bei 34 Mrd. bfr. (2,1 Mrd. DM) liegt. Einig waren sich alle Parteien, daß Einsparungen bei den Sozialausgaben nötig seien. Den Liberalen waren die vorgeschlagenen Kürzungen der Leistungen jedoch noch zu gering, und mit den geplanten Beitragserhöhungen sind sie auch nicht einverstanden, da dies auch den Kapitalisten höhere Ausgaben beschert. Die neue Regierung will das große Loch im Staatshaushalt durch stärkere Besteuerung der höheren Einkommen, durch allgemeine ,,Verlangsamung" der Lohnerhöhungen und Kürzungen der Sozialausgaben füllen. Die Preissteigerungsrate lag im September 1980 bei 6,7%. Die Gewerkschaften haben bereits protestiert und Kampfmaßnahmen angekündigt. In den vergangenen Jahren versuchte die belgische Regierung die Krise durch staatliche Subvention der Kapitalisten zu überwinden. Nach und nach konnten die Staatskredite nicht mehr aus dem eigenen Kapitalmarkt gezogen werden, und es mußten ausländische Kapitalmärkte in Anspruch genommen werden. Seit Anfang 1979 stiegen die Auslandsschulden von praktisch Null auf etwa 7 Mrd. DM. Die hohen Staatsschulden verlangen jetzt das ,,Sanierungsprogramm".

EG-Kommission für Anwendung des Stahlkrisenkartells

gih. Am vorigen Donnerstag fand in Luxemburg ein Treffen zwischen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff, dem derzeitigen EG-Ratspräsidenten Thorn und dem EG-Kommissar Davignon statt. Lambsdorff wollte sich dafür einsetzen, daß die EG-Kommission ihren Beschluß zurücknimmt und den Krisenartikel 58 mit der Festlegung von Produktionsquoten nicht anwendet. Die westdeutschen Stahlkapitalisten hatten am Freitag, den 10.10., mitgeteilt, daß sie zur Fortsetzung des freiwilligen Krisenkartells ,,Eurofer I" bis zum 30. Juni des nächsten Jahres zustimmen würden. Damit wollten sie das angelaufene Verfahren zum Stillstand bringen. Vor allem Großbritannien, Frankreich und Italien setzen sich für die Anwendung des Krisenplanes ein. Sie hoffen, dadurch wieder mit den westdeutschen Stahlkapitalisten gleichziehen zu können. – Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rodenstock, hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Union der Europäischen Industrieverbände, Carli, sowie an die Präsidenten der Industrieverbände aller EG-Länder

fang 1979 stiegen die Auslandsschulden von praktisch Null auf etwa 7 Mrd. DM. Die hohen Staatsschulden verlangen jetzt das ,,Sanierungsprogramm".

EG-Kommission für Anwendung des Stahlkrisenkartells

gih. Am vorigen Donnerstag fand in Luxemburg ein Treffen zwischen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff, dem derzeitigen EG-Ratspräsidenten Thorn und dem EG-Kommissar Davignon statt. Lambsdorff wollte sich dafür einsetzen, daß die EG-Kommission ihren Beschluß zurücknimmt und den Krisenartikel 58 mit der Festlegung von Produktionsquoten nicht anwendet. Die westdeutschen Stahlkapitalisten hatten am Freitag, den 10.10., mitgeteilt, daß sie zur Fortsetzung des freiwilligen Krisenkartells ,,Eurofer I" bis zum 30. Juni des nächsten Jahres zustimmen würden. Damit wollten sie das angelaufene Verfahren zum Stillstand bringen. Vor allem Großbritannien, Frankreich und Italien setzen sich für die Anwendung des Krisenplanes ein. Sie hoffen, dadurch wieder mit den westdeutschen Stahlkapitalisten gleichziehen zu können. – Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rodenstock, hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Union der Europäischen Industrieverbände, Carli, sowie an die Präsidenten der Industrieverbände aller EG-Länder
appelliert, sich gegen den Stahlkrisenplan einzusetzen. Die westdeutschen Kapitalisten fürchten um ihren ,,Rationalisierungsvorsprung".

Lagerbestände zu hoch

frb. 40% der in einer Umfrage des Ifo-Institutes erfaßten Einzelhandelsfirmen schätzen ihre Lagerbestände als zu hoch ein. Eine solch hohe Quote sei nur vor den Krisen 1967 und 1975 gemessen worden, schreibt das Institut. Deutlich zugenommen haben auch die Fertigwarenbestände bei der Industrie in den letzten drei Monaten. Ihre Reichweite beträgt 3,5 Wochen und wird von jedem vierten Unternehmen als ,,zu hoch" beurteilt. Die Bestände drücken zusätzlich auf die Produktion, da jetzt aus Lager geliefert wird.

Hoechst nimmt größtes Werk in den USA in Betrieb

gkr. In Bayport bei Houston, USA, wurde jetzt ein neues Zweigwerk der Hoechst AG in Betrieb genommen, für das der Konzern die höchste Auslandsinvestition in Höhe von 180 Mio. $ getätigt hatte. Die Investitionen für dieses Werk machen damit allein 20% der diesjährigen Investitionen des zweitgrößten Chemiekonzerns der Welt aus. Mittlerweile wickelt der Konzern über 10% seines Weltumsatzes in den USA ab. Mit Hilfe modernster Maschinen soll dieser Anteil in der Krise und vor allem zu Ende der Krise erhöht werden. In dem Werk, das jetzt in Betrieb genommen wurde, wird Styrol und Niederdruck-Polyäthylen (,,Hostalen") hergestellt werden.







Am 30. Juli war es vor dem Opernhaus in Zürich zu ersten Auseinandersetzungen gekommen, als 200 Jugendliche gegen die Opernhausvorlage des Stadtrates protestierten, 61 Mio. Franken für die Renovierung der Oper bereitzustellen, während der Ausbau der ‚Roten Fabrik' zu einem Zentrum für die Jugendlichen ein weiteres Mal zurückgestellt ist. Die Polizei löste die Blockade am Theatereingang auf. Tags darauf demonstrierten Tausende. Am 8. Juni kann die Bewegung einen ersten Erfolg verzeichnen. Der Stadtrat hat ein altes Fabrikgebäude zugesagt und vorderhand die ‚,Rote Fabrik' als Versammlungsort freigegeben. *Bild links:* Auf der Vollversammlung werden die Bedingungen, die der Stadtrat an seine Zusage geknüpft hat, zurückgewiesen. Forderungen: Anerkennung der Trägerschaft durch die Vollversammlungen! Bereitstellung der Gelder für Renovierung und Unterhalt! Personal, das von der Vollversammlung gewählt wird; keine Sozialarbeiter! *Bild Mitte:* Diesen Forderungen wird am 17. Juni mit der Belagerung einer Gemeinderatssitzung Nachdruck verschafft. *Bild rechts:* 21. Juni, Großdemonstration mit über 5000 Teilnehmern. Trotz des Demonstrationsverbotes zieht es die Polizei vor, nicht einzugreifen. Mitglieder der Sozialdemokraten haben sich an die Spitze des Zuges gestellt, die Demonstrationsroute konnten sie dadurch allerdings nicht bestimmen. In der Durchbrechung des Demonstrationsverbotes sieht die ,,Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) einen ,,Schlag gegen die behördliche Autorität".



Am 28.6. war das zugesagte Gebäude an die Jugendlichen übergeben worden. Die SP hatte in einem Vertrag mit der Stadt die Trägerschaft übernommen und erklärt, daß sie keine Bedingungen an die Bewegung stellt. Die Renovierungsarbeiten beginnen. Eine Arbeitsgruppe ,,Renovation" legt der Vollversammlung einen Kostenvoranschlag vor. 286 Tsd. Franken sind mindestens erforderlich. Die Stadt hat 40 Tsd. angeboten.



Zähe Kämpfe der Schweizer Jugend

Zusammenschluß unter der Forderung nach autonomem Jugendzentrum (AJZ)

ulw. Die Bewegung unter der Schweizer Jugend gegen staatliche Bevormundung und Unterdrückung, die sich in der Forderung nach autonomen Jugendzentren Ausdruck verschafft, hat sich trotz heftiger Unterdrückungsversuche des Staatsapparates weiter ausgebreitet. ,,Greift die Bewegung jetzt auch auf die Westschweiz über?" fragt die ,,Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) besorgt, als es vorletzte Woche in Lausanne zu hefigen Demonstrationen kam. Ausgegangen war die Bewegung von Zürich, wo der Stadtrat mit seinem Opernhausbeschluß den Anlaß gab. Die Forderungen der Jugendlichen existieren schon lange. Seit 1977 war von seiten der Stadt zugesagt, die ‚Rote Fabrik' für die Zwecke der Jugendlichen herrichten zu lassen. Seit Mitte 1979 hatten sich Initiativen gebildet, die die Forderung nach Räumen für eigene kulturelle Veranstaltungen für Jugendliche erneuerten. Daß die Stadt glaubte, die Forderungen dieser Initiativen ignorieren zu können, brachte ihr den Kampf Tausender Jugendlicher ein und schwere Erschütterungen der ,,rechtlichen Ordnung", wie die NZZ später des Öfteren feststellen mußte.

Nach Zürich kommt es vor allem in Bern und Basel zu großen Demonstrationen. In Basel hat sich die Bewegung aus einer Mieteraktion gegen den Abriß billigen Wohnraumes entwickelt. Nach einem brutalen Polizeieinsatz gegen Hausbesetzer werden diese auch vom Gewerkschaftskartell unterstützt. Der sozialdemokratische Polizeichef wird aus der eigenen Partei heftig angegriffen. Auch in zahlreichen kleineren Städten und Ortschaften bilden sich Initiativen für autonome Jugendzentren und werden Demonstrationen durchgeführt. Das ist die Forderung, unter der sich die Bewegung im allgemeinen zusammenschließt, wenn es auch Teile gibt, die die Festlegung auf bestimmte Forderungen und Aktionsformen ablehnen. In Zürich fängt sich die Universitätsleitung beim Versuch, einen Film, den Studenten über die Auseinandersetzungen vor dem Opernhaus gedreht haben, zu unterdrücken, einen Aufschwung der Studentenbewegung ein. In einer Demonstration unterstützen sie die Forderungen der Jugendlichen und kommen gleichzeitig ein Stück voran im Zusammenschluß im Kampf gegen die Verschärfung der Prüfungsbedingungen.

Die Breite der Bewegung bringt die Widersprüche unter den bürgerlichen Parteien zum Tanzen. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei (SP) kommt es zu scharfen Auseinandersetzungen. In Zürich stellt die SP vier von neun Stadträten. SP-Vorstand und Geschäftsleitung greifen die Stadträte wegen ihrer Politik gegen die Jugendbewegung an. Verschiedene Kreisversammlungen der SP unterstützen das. So versucht die SP, sich an die Spitze der Jugendbewegung zu stellen. Die Jugendlichen scheren sich wenig darum. Gegen die Bestrebungen der SP führen sie weitere Demonstrationen für die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel. Als die Polizei das AJZ in einer Großrazzia räumt und schließt, findet die SP das zwar voreilig, aber die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit hält sie für notwendig.

Die Gewerkschaft Druck und Papier hatte eine Resolution verabschiedet, in der die Jugendbewegung unterstützt wird. Die Resolution wendet sich gegen Demonstrationsverbote, Präventivhaft, Polizeieinsätze und gegen die Strafverfahren gegen Demonstrationsteilnehmer.

Unbestimmte Auflehnung – Pink Floyd ,,The Wall"

10 Millionen LPs / Demnächst als Show in der Westfalenhalle

ulw. Die Bewegung unter der Schweizer Jugend gegen staatliche Bevormundung und Unterdrückung, die sich in der Forderung nach autonomen Jugendzentren Ausdruck verschafft, hat sich trotz heftiger Unterdrückungsversuche des Staatsapparates weiter ausgebreitet. ,,Greift die Bewegung jetzt auch auf die Westschweiz über?" fragt die ,,Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) besorgt, als es vorletzte Woche in Lausanne zu hefigen Demonstrationen kam. Ausgegangen war die Bewegung von Zürich, wo der Stadtrat mit seinem Opernhausbeschluß den Anlaß gab. Die Forderungen der Jugendlichen existieren schon lange. Seit 1977 war von seiten der Stadt zugesagt, die ‚Rote Fabrik' für die Zwecke der Jugendlichen herrichten zu lassen. Seit Mitte 1979 hatten sich Initiativen gebildet, die die Forderung nach Räumen für eigene kulturelle Veranstaltungen für Jugendliche erneuerten. Daß die Stadt glaubte, die Forderungen dieser Initiativen ignorieren zu können, brachte ihr den Kampf Tausender Jugendlicher ein und schwere Erschütterungen der ,,rechtlichen Ordnung", wie die NZZ später des Öfteren feststellen mußte.

Nach Zürich kommt es vor allem in Bern und Basel zu großen Demonstrationen. In Basel hat sich die Bewegung aus einer Mieteraktion gegen den Abriß billigen Wohnraumes entwickelt. Nach einem brutalen Polizeieinsatz gegen Hausbesetzer werden diese auch vom Gewerkschaftskartell unterstützt. Der sozialdemokratische Polizeichef wird aus der eigenen Partei heftig angegriffen. Auch in zahlreichen kleineren Städten und Ortschaften bilden sich Initiativen für autonome Jugendzentren und werden Demonstrationen durchgeführt. Das ist die Forderung, unter der sich die Bewegung im allgemeinen zusammenschließt, wenn es auch Teile gibt, die die Festlegung auf bestimmte Forderungen und Aktionsformen ablehnen. In Zürich fängt sich die Universitätsleitung beim Versuch, einen Film, den Studenten über die Auseinandersetzungen vor dem Opernhaus gedreht haben, zu unterdrücken, einen Aufschwung der Studentenbewegung ein. In einer Demonstration unterstützen sie die Forderungen der Jugendlichen und kommen gleichzeitig ein Stück voran im Zusammenschluß im Kampf gegen die Verschärfung der Prüfungsbedingungen.

Die Breite der Bewegung bringt die Widersprüche unter den bürgerlichen Parteien zum Tanzen. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei (SP) kommt es zu scharfen Auseinandersetzungen. In Zürich stellt die SP vier von neun Stadträten. SP-Vorstand und Geschäftsleitung greifen die Stadträte wegen ihrer Politik gegen die Jugendbewegung an. Verschiedene Kreisversammlungen der SP unterstützen das. So versucht die SP, sich an die Spitze der Jugendbewegung zu stellen. Die Jugendlichen scheren sich wenig darum. Gegen die Bestrebungen der SP führen sie weitere Demonstrationen für die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel. Als die Polizei das AJZ in einer Großrazzia räumt und schließt, findet die SP das zwar voreilig, aber die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit hält sie für notwendig.

Die Gewerkschaft Druck und Papier hatte eine Resolution verabschiedet, in der die Jugendbewegung unterstützt wird. Die Resolution wendet sich gegen Demonstrationsverbote, Präventivhaft, Polizeieinsätze und gegen die Strafverfahren gegen Demonstrationsteilnehmer.

Am 28.6. war das zugesagte Gebäude an die Jugendlichen übergeben worden. Die SP hatte in einem Vertrag mit der Stadt die Trägerschaft übernommen und erklärt, daß sie keine Bedingungen an die Bewegung stellt. Die Renovierungsarbeiten beginnen. Eine Arbeitsgruppe ,,Renovation" legt der Vollversammlung einen Kostenvoranschlag vor. 286 Tsd. Franken sind mindestens erforderlich. Die Stadt hat 40 Tsd. angeboten.



Die SP hatte Kredite organisiert; damit die Renovierungen weitergehen können, nehmen die Jugendlichen an. Trotzdem soll – gegen das Drängen der SP-Leute – eine Demonstration für die Bereitstellung der notwendigen Gelder durchgeführt werden. Der Versuch der Polizei, die Demonstration ,,im Keim zu erstikken", mündet in stundenlange Straßenschlachten. Der Kampf für die Gelder wird mit dem Kampf gegen die Strafverfahren verbunden.



Für die Lösung der Probleme und Widersprüche innerhalb des Jugendzentrums bilden die Jugendlichen die verschiedensten Arbeitsgruppen. U.a. auch eine, die sich mit dem Problem der drogenabhängigen Jugendlichen befaßt. Dies Problem nimmt der Stadtrat zum Anlaß, am 4. September mit einer Großrazzia das Zentrum zu räumen. Die SP sieht die Durchführung polizeilicher Aufgaben als notwendig an. Die Schließung des Zentrums hält sie für unverhältnismäßig. Zahlreiche Demonstrationen sind eine Antwort auf die Schließung.

Unbestimmte Auflehnung – Pink Floyd ,,The Wall"

10 Millionen LPs / Demnächst als Show in der Westfalenhalle

krk. Jeweils 17500 Zuschauer an sechs Abenden jubelten in London im August der Rock-Gruppe Pink Floyd zu, als sie ihre Doppel-LP ,,The Wall" aufführten. Von der Platte selber sind inzwischen über 10 Millionen Exemplare verkauft worden und billig ist sie nicht. Ende des Jahres kommt die Gruppe auch nach Westdeutschland, wo sie etwa 2 Wochen lang in der Dortmunder Westfalenhalle spielen wird.

Pink Floyd ist eine Gruppe mit langer und traditionsreicher Vergangenheit. Über fast 10 Jahre hinweg war sie führend in der Musik für psychedelische Träumereien für Alkohol-, aber vor allem Drogenkonsumenten. Dabei hatten sie in der Technik elektronischer Instrumente und Klangeffekte viele Neuerungen ausprobiert und diese virtuos zu beherrschen gelernt.

,,The Wall" (Die Mauer, in etwa) wendet sich ausdrücklich an die Jugend. Es handelt, wie dem Text auf der Plattenhülle zu entnehmen, von den einschneidenden Lebenserfahrungen eines jungen Mannes von der Geburt an: die Lebensideale seines Vaters sind für ihn nicht brauchbar, und er steht im Kampf mit seiner Mutter, die ihn einer Spinne gleich umklammern und erwürgen will. Sadistische Schulmeister quälen ihn, bis er sich gegen Bildung insgesamt auflehnt. Er macht seine ersten ,,schmutzigen" Liebeserfahrungen, und scheitert dann in einer spießig-muffigen Ehe. In totaler Vereinsamung greift er zu Drogen, die ihn aber nicht besänftigen. Schließlich lehnt er sich gegen den Staat und die von ihm geforderte Unterwürfigkeit auf. Sämtliche gesellschaftlichen Beziehungen scheinen ihn wie eine Mauer zu beengen und zu erdrücken. Als er schließlich von einem Gericht als Abschaum der Gesellschaft verurteilt wird, bricht die Mauer mit großem Getöse zusammen: Glück, irgendwelcher unbestimmter Art, kann nur außerhalb der Mauer herrschen. Während des ganzen Geschehens ist Krieg: Hubschrauber rattern und Düsenjäger heulen (in der Show in London braust ein Spitfire über die Köpfe der Zuschauer und zerschellt mit einer Explosion hinter der Mauer), oder ein Chor der Mütter fordert die Heimkehr der ,,Jungs". Die eingesetzten musikalischen Mittel erwecken Gefühle, die der oben geschilderten Lage entsprechen: Angst vor einer bedrohlichen Zukunft in Krieg und Unterdrückung, den Schmerz der Einsamkeit und Ausweglosigkeit und schließlich die blinde Wut unbestimmter Auflehnung. Schrille Dissonanzen wechseln mit einschmeichelnden Melodien, dieser Widerspruch taucht oft zwischen Gesangsstimme und musikalischer Begleitung auf. Am Schluß, als ,,Wurm S." als winziges Individuum vor dem hohen Gericht steht, wird die Geschichte mehr erzählt als gesungen, etwa in der Art von Brecht/Weills ,,Dreigroschenoper". Die Bezugnahme ist bewußt: es soll eine faschistische Gesellschaft dargestellt werden.

Die Situation, die Gefühle von ,,The Wall" kennt man gut, vor allem wenn man jung ist und zu den arbeitenden Klassen gehört. Die Musik der Pink Floyd drückt aus, wie die Lage gegenwärtig ist: in großen Teilen der Jugend hat sich eine ungeheure Wut zusammengeballt, aber noch ohne bewußte Zielrichtung – gegen ,,Mauern", gegen den Staat. Darin liegen die Stärken und Schwächen dieser Musik zugleich.



Die Show in London: mit Krach bricht zum Schluß die Mauer zusammen.

SPD-Änderungsanträge zum Schulgesetz

Die Bewegung gegen die Entrechtung der SVen zeigt Wirkung

ang. Am 7. Oktober ist im schleswig-holsteinischen Landtag in erster Lesung der Änderungs-Gesetzentwurf der SPD zum Schulgesetz behandelt worden.

Die SPD beantragt, aus dem § 97, Abs. 2 des Schulgesetzes, den Satz zu streichen: ,,Die Schulvertretung hat kein allgemeines politisches Mandat.'' Sie schlägt vor, in § 98 den Satz anzufügen: ,,Die Tätigkeit der Schülervertretung unterliegt keiner Weisung und Zensur durch die Schule oder die Schulaufsichtsbehörde.'' Des weiteren schlägt sie vor, daß das Land die Kosten für ein Schülerinformationsblatt des Landesschülerrates und für eine Geschäftsstelle der Landesschülervertretungen sowie des Landesschülerrates tragen soll.

Aus dem §104 des Gesetzes, der die Schülerzeitungen regelt, soll die Genehmigungspflicht der Zeitung durch die Schulleitung gestrichen und stattdessen festgehalten werden: ,,Die Arbeit der Schülerzeitung ist im Rahmen der Gesetze frei. Sie unterliegt in diesem Rahmen keiner Zensur und bedarf keiner besonderen Zulassung, das gilt auch für den Vertrieb auf dem Schulgelände.''

Die ,,Junge Presse Schleswig-Holstein'', ein Zusammenschluß von ca. 200 Schülerzeitungsredaktionen, hat diese Änderungsvorschläge begrüßt, die FDP hat ebenfalls ihr prinzipielles Einverständnis erklärt. Die CDU greift an, die SPD wolle mit diesen Vorschlägen die Politik in die Schulen tragen, und sie verletze damit den verfassungsrechtlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Daß dieser Gesetzentwurf im Landtag nicht angenommen werden wird, ist bei der Mehrheit der CDU unzweifelhaft.

Die ,,Kieler Nachrichten'' kommentieren die Auseinandersetzung unter der Überschrift ,,Heftiger Streit um Politik und Schule'' (KN, 9.10.80).

Was sich in den Änderungsanträgen der SPD niederschlägt, ist tatsächlich ein heftiger Streit, der aber nicht erst jetzt und auch nicht auf der Ebene von Parlamentsdebatten ausgetragen wird.

In ihrem landesweiten Schulstreik im Juni 1978 gegen die Verabschiedung des Schulgesetzes haben die Schüler, unterstützt von DGB und GEW, die Abschaffung des viergliedrigen Schulsystems, 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen, Inspektions- und Kontrollrecht der Gewerkschaften und das Selbstbestimmungsrecht der Schülervertretungen sowie Satzungs-und Finanzhoheit und politisches Mandat für die Schülervertretungen und Streikrecht gefordert, und die Sieberei durch das Zensursystem angegriffen. Die gleichen

Forderungen wurden im März dieses Jahres in den Streiks und der landesweiten Demonstration gegen die Oberstufenverordnung erhoben. Der Kleinkrieg um die Rechte der Schülervertretungen ist dabei die ganze Zeit nicht abgerissen.

Einen erheblichen Angriff auf die Rechte der Schülervertretungen stellen Prozeß und Urteil gegen den ehemaligen Landesschülersprecher Thomas Hinrichsen dar, der persönlich für die Druckkosten von Flugblättern der LSV, die sie in der Vorbereitung des Schulstreiks 1978 herausgegeben hat, aufkommen soll. Das Kultusministerium weigert sich, zu zahlen, mit der Begründung, Demonstrationen und Streiks fielen nicht in den Aufgabenbereich von Schülervertretungen. Dieser Prozeß ist von Schülervertretungen und Gewerkschaftsorganen, u.a. dem Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher in Flensburg, scharf verurteilt, Geldspenden sind gesammelt worden. Der Änderungsvorschlag der SPD zum §98, der die Übernahme der Kosten von Informationsblättern der LSV durch das Land gesetzlich festlegt, ist direkte Reaktion auf diese Bewegung.

Ansonsten fällt die SPD mit diesen Änderungsanträgen direkt hinter ihre eigenen Anträge, die sie 1978 zur Änderung des Schulgesetzes gestellt hat, zurück. Damals hatte sie noch folgende Aufgabenbestimmungen der Schülervertretung beantragt: ,,Die Gremien der Schüler nehmen fachliche, soziale, politische, kulturelle, sportliche o.a. Aufgaben innerhalb des Schulbereichs wahr.''

Auch das war keine Anerkennung des politischen Mandats, beinhaltete aber die Möglichkeit der politischen Äußerung. Der jetzige Antrag beinhaltet nur die Zurücknahme des ausdrücklichen Verbots politischer Äußerungen und keinerlei positive Festlegung. Die Festlegung, daß die Arbeit der Schülerzeitung ,,im Rahmen der Gesetze'' frei ist, ist gut gegen die Genehmigungspflicht durch die Schulleitung und die Zensur durch die Schulleitung, die *uneingeschränkte* Pressefreiheit ist damit aber nicht gegeben. So wurde in Westberlin eine Scnülerredaktion wegen ,,übelster Ehrverletzung'' aufgrund des §185 StGB (Beleidigung) verknackt, weil sie einen Lehrer als ,,Notenterrorist'' bezeichnet hat.

Oppositionsführer Matthiesen hat in einem Interview mit den KN erklärt, in der Vorbereitung der kommenden Landtagswahlen sei die Aufgabe der SPD, die jungen Anti-Strauß-Wähler zu Pro-SPD-Wählern zu machen. Sicherlich sind die Änderungsanträge eine Maßnahme innerhalb dieser ,,Wahlvorbereitungen''. Die Schülerbewegung kann sie aber trotzdem nutzen, wenn sie gleichzeitig ihre Politik fortsetzt, den Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen, gestützt auf die eigene Kraft zu führen.

Nachtragshaushalt der Stadt Kiel

Nötig ist Kampf gegen finanzielle Knebelung durch Land und Bund

wiv. Im Nachtragsstellenplan der Stadt Kiel für den Nachtragshaushalt 1980 sind von der Ratsversammlung 51/2 neue Planstellen für Erzieher beschlossen worden; 1981 sollen nochmal 51/2 dazukommen. Rein rechnerisch haben die Erzieher jetzt die Möglichkeit, statt bisher zwei, nunmehr vier Stunden Dienstzeit für die dringend notwendig gewordene Vorbereitung auf ihre Tätigkeit zu verwenden, 1981 werden es dann sechs sein. Dies ist erreicht worden durch einen zähen Kampf, und ist ein erster Erfolg der Erzieher; die Ziele von ÖTV, GEW und den Erziehern selber liegen bei 13 Stunden Vorbereitungszeit. Zu den weiteren Forderungen nach einer Gruppenstärke von höchstens 15 Kindern und Nulltarif für die Kindertagesstätten hat sich die Ratsversammlung ausgeschwiegen.

Dafür haben die Ratsherren viel hergemacht mit den insgesamt 187 neuen Stellen. Die Gesamtkosten bezifferte Stadtrat Quade auf 6 bis 7 Mio. DM. Das war so starker Tobak, daß er vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Möller, aufgefordert wurde, den Personalhaushalt ,,etwas differenzierter'' darzustellen. Die ,,etwas differenzierte'' Betrachtung sieht dann so aus: Unter den neuen Planstellen sind eine ganze Reihe von Teilzeitstellen; kostenwirksam sind für den Stadthaushalt sowieso nur rund 80 von den 187 Stellen, die anderen werden von anderen Trägern oder durch Gebühren gedeckt; gleichzeitig sind 40 bestehende Planstellen gestrichen worden. Hinzu kommt, daß rund zweihundert Stellen nicht besetzt sind, vor allem in den sozialen Einrichtungen der Stadt und im Schreibdienst aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen. Diese gezielte Politik der Nichtbesetzung von Planstellen bringt der Stadt rund 6 Mio. DM an Ersparnis. Unter dem Strich bleibt so eine *tatsächliche* Senkung der Personalausgaben. Für die Beschäftigten heißt das zunehmende Arbeitshetze.

Als zentrales ,,Argument'' gegen die völlig berechtigten Forderungen der Beschäftigten nach Besetzung und Ausweitung der Planstellen dient den Ratsherren das Wort von der ,,leeren Kasse''. Das unten abgedruckte Schaubild zeigt das glatte Gegenteil. 1977 standen einem Gesamtsteueraufkommen von 1,2 Mrd.DM Gesamtausgaben von 535 Mio.DM gegenüber. Das Problem besteht darin, daß die Stadt lediglich über 20% ihres eigenen Steueraufkommens verfügen kann; 80% müssen an Bund und Land abgeführt werden.

Die nachstehende Tabelle zeigt, daß die Ratsherren den ,,Ausweg''in steigender Gebührenausplünderung sowie steigender Abhängigkeit von in der Regel zweckgebundenen Finanzzuweisungen von Land und Bund suchen. Dazu paßt dann das ganze Gebäude der Sparpropaganda.

Struktur der Einnahmen
(Anteile in %)

Einnahmen	1978	1979
1. Steuern	52,0	50,3
2. Allgemeine Finanzzuweisungen	7,4	8,6
3. Gebühren und ähnl. Entgelte	18,7	19,3
4. Ablieferungen wirtschaftl. Unternehmen	4,2	4,3
5. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	2,8	2,6
6. Erstattung von Verwaltungs- und Betriebsausgaben	3,5	3,5
7. Kalkulatorische Zinsen und Tilgungen	4,6	4,7
8. Sonstige Einnahmen	6,8	6,7
	100,0	100,0

Ebenso wie die Forderung nach Mindestbedingungen der erzieherischen, gesundheitlichen und Altersversorgung werden auch die Forderungen der Kollegen nach Erhöhung der Planstellenzahl auf kommunaler Ebene gestellt. Nötig ist die Verbindung dieser Forderungen nach einer demokratischen Kommunalverfassung, deren Kern in der *uneingeschränkten* Kontrolle der Kommunen über Steuereinzug und Haushalt liegt, damit die Forderungen der Kollegen ihre Kraft richtig entfalten können.

Verteilung des Gesamtsteueraufkommens in Kiel 1977; ohne indirekte Steuern und Zölle; mit MWSt.

Gesamtsteueraufkommen: 1,12 Mrd. DM / Gesamt-Haushaltsausgaben: 535 Mio. DM

RCDS-Klage gegen Kieler AStA

sih. Ende des letzten Semesters leitete der RCDS, die CDU-Studenten, gegen den Asta der Christian-Albrecht-Universität Kiel zwei Klagen gegen die Wahrnehmung des politischen Mandats ein. Mit diesem Angriff auf die Rechte der Verfaßten Studentenschaft haben sich die RCDSler weitgehend durchgesetzt:Im sogenannten ,,Dornquast-Prozeß'' ist der ASTA zur Zahlung von 5000,DM Zwangsgeld verurteilt worden. Das zweite Verfahren, in dem vier RCDS-Mitglieder über eine einstweilige Verfügung die Unterlassung jeglicher politischer Äußerungen erzwingen wollten, hat zum Ergebnis, daß das Verwaltungsgericht Schleswig ein Urteil fällte, in dem genauestens eingeschränkt wird, wozu und wie sich der ASTA politisch äußern darf. Die Einschränkungen sind weitgehend, da selbst politische Äußerungen, die einen direkten Zusammenhang zu Wissenschaft und Forschung haben, untersagt werden. Da die vom RCDS erwirkten Urteile jeweils nur Geltung haben, solange die Kläger studieren, hat das Präsidium der Uni zusätzlich eine entsprechende Klage eingeleitet, um die Beschneidung der Rechte der Verfaßten Studentenschaft endgültig zu zementieren.

Demonstration zur Türkei mit 80 Teilnehmern in Kiel

pes. 80 Teilnehmer hatte eine Demonstration am Samstag in Kiel Gaarden, zu der eine Aktionseinheit aus Komitee gegen die Grauen Wölfe Kiel, Volksfront, BWK und Freundeskreis von Halkin Kurtulusu, KPD Rote Garde, RGO, Rote Hilfe, Arbeiterkunst- und Kulturverein e.V., KSG aufgerufen hatte. Der KBW hatte die Demonstration unterstützt. Es gibt viele, die sich mit dem Kampf des türkischen Volkes gegen Imperialismus und Reaktion solidarisch erklären und die auch die türkischen Arbeiter in der BRD in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung durch den westdeutschen Staat unterstützen. Die hartnäckige Ablehnung der Initiatoren der Demonstration, verschiedene *Tatsachen* zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen, hat dieser Demonstration ihren sektiererischen Charakter gegeben. Weder die Einschätzung, der Militärputsch sei faschistisch, konnte die Zustimmung der Bevölkerung und der Türken finden, noch konnte man sich damit einverstanden erklären, daß die Politik der Bundesregierung gegenüber den Ausländern nicht angegriffen wurde. Warum die Forderung ,,Einstellung der Finanz- und Militärhilfe durch die Bundesregierung'' aufgestellt wurde, statt sich gegen die Bedingungen zu wenden, unter denen die Bundesregierung die Hilfe gibt, bleibt Geheimnis der Initiatoren der Demonstration.

die FDP hat ebenfalls ihr prinzipielles Einverständnis erklärt. Die CDU greift an, die SPD wolle mit diesen Vorschlägen die Politik in die Schulen tragen, und sie verletze damit den verfassungsrechtlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Daß dieser Gesetzentwurf im Landtag nicht angenommen werden wird, ist bei der Mehrheit der CDU unzweifelhaft.

Die ,,Kieler Nachrichten'' kommentieren die Auseinandersetzung unter der Überschrift ,,Heftiger Streit um Politik und Schule'' (KN, 9.10.80).

Was sich in den Änderungsanträgen der SPD niederschlägt, ist tatsächlich ein heftiger Streit, der aber nicht erst jetzt und auch nicht auf der Ebene von Parlamentsdebatten ausgetragen wird.

In ihrem landesweiten Schulstreik im Juni 1978 gegen die Verabschiedung des Schulgesetzes haben die Schüler, unterstützt von DGB und GEW, die Abschaffung des viergliedrigen Schulsystems, 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen, Inspektions- und Kontrollrecht der Gewerkschaften und das Selbstbestimmungsrecht der Schülervertretungen sowie Satzungs-und Finanzhoheit und politisches Mandat für die Schülervertretungen und Streikrecht gefordert, und die Sieberei durch das Zensursystem angegriffen. Die gleichen

der Schüler nehmen fachliche, soziale, politische, kulturelle, sportliche o.a. Aufgaben innerhalb des Schulbereichs wahr.''

Auch das war keine Anerkennung des politischen Mandats, beinhaltete aber die Möglichkeit der politischen Äußerung. Der jetzige Antrag beinhaltet nur die Zurücknahme des ausdrücklichen Verbots politischer Äußerungen und keinerlei positive Festlegung. Die Festlegung, daß die Arbeit der Schülerzeitung ,,im Rahmen der Gesetze'' frei ist, ist gut gegen die Genehmigungspflicht durch die Schulleitung und die Zensur durch die Schulleitung, die *uneingeschränkte* Pressefreiheit ist damit aber nicht gegeben. So wurde in Westberlin eine Scnülerredaktion wegen ,,übelster Ehrverletzung'' aufgrund des §185 StGB (Beleidigung) verknackt, weil sie einen Lehrer als ,,Notenterrorist'' bezeichnet hat.

Oppositionsführer Matthiesen hat in einem Interview mit den KN erklärt, in der Vorbereitung der kommenden Landtagswahlen sei die Aufgabe der SPD, die jungen Anti-Strauß-Wähler zu Pro-SPD-Wählern zu machen. Sicherlich sind die Änderungsanträge eine Maßnahme innerhalb dieser ,,Wahlvorbereitungen''. Die Schülerbewegung kann sie aber trotzdem nutzen, wenn sie gleichzeitig ihre Politik fortsetzt, den Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen, gestützt auf die eige-

anderen werden von anderen Trägern oder durch Gebühren gedeckt; gleichzeitig sind 40 bestehende Planstellen gestrichen worden. Hinzu kommt, daß rund zweihundert Stellen nicht besetzt sind, vor allem in den sozialen Einrichtungen der Stadt und im Schreibdienst aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen. Diese gezielte Politik der Nichtbesetzung von Planstellen bringt der Stadt rund 6 Mio. DM an Ersparnis. Unter dem Strich bleibt so eine *tatsächliche* Senkung der Personalausgaben. Für die Beschäftigten heißt das zunehmende Arbeitshetze.
Als zentrales ,,Argument'' gegen die völlig berechtigten Forderungen der Beschäftigten nach Besetzung und Ausweitung der Planstellen dient den Ratsherren das Wort von der ,,leeren Kasse''. Das unten abgedruckte Schaubild zeigt das glatte Gegenteil. 1977

ausgaben 3,5 3,5
7. Kalkulatorische Zinsen und Tilgungen 4,6 4,7
8. Sonstige Einnahmen 6,8 6,7
100,0 100,0

Ebenso wie die Forderung nach Mindestbedingungen der erzieherischen, gesundheitlichen und Altersversorgung werden auch die Forderungen der Kollegen nach Erhöhung der Planstellenzahl auf kommunaler Ebene gestellt. Nötig ist die Verbindung dieser Forderungen nach einer demokratischen Kommunalverfassung, deren Kern in der *uneingeschränkten* Kontrolle der Kommunen über Steuereinzug und Haushalt liegt, damit die Forderungen der Kollegen ihre Kraft richtig entfalten können.

Verteilung des Gesamtsteueraufkommens in Kiel 1977; ohne indirekte Steuern und Zölle; mit MWSt.
E = Lohn- und Einkommensteuer
GA = Grundsteuer A
GB = Grundsteuer B
GE = Grunderwerbsteuer
Ge = Gewerbesteuer
L = Lohnsummensteuer
S = sonstige Steuern
K = Körperschaftssteuer
U = Umsatzsteuer (MWSt.)
Quelle: Haushaltssatzung/ Stat. Jahrbuch Schl.Hol
Mio. DM 500 400 300 200
Anteil an der Steuer in %
E = 90,413 (14%) GA = 0,105 (100%) GB = 24,936 (100%) GE = 4,151 (57%) Ge = 81,649 (60%) L = 31,343 (100%) S = 3,578 (100%) Stadt
E = 277,679 (43%) GE = 3,131 (43%) Ge = 27,216 (20%) K = 48,143 (50%) U = 14,384 (10%) Land
E = 277,679 (43%) Ge = 27,216 (20%) K = 48,143 (50%) U = 129,456 (90) Bund
Gesamtsteueraufkommen: 1,12 Mrd. DM / Gesamt-Haushaltsausgaben: 535 Mio. DM

pes. 80 Teilnehmer hatte eine Demonstration am Samstag in Kiel Gaarden, zu der eine Aktionseinheit aus Komitee gegen die Grauen Wölfe Kiel, Volksfront, BWK und Freundeskreis von Halkin Kurtulusu, KPD Rote Garde, RGO, Rote Hilfe, Arbeiterkunst- und Kulturverein e.V., KSG aufgerufen hatte. Der KBW hatte die Demonstration unterstützt. Es gibt viele, die sich mit dem Kampf des türkischen Volkes gegen Imperialismus und Reaktion solidarisch erklären und die auch die türkischen Arbeiter in der BRD in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung durch den westdeutschen Staat unterstützen. Die hartnäckige Ablehnung der Initiatoren der Demonstration, verschiedene *Tatsachen* zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen, hat dieser Demonstration ihren sektiererischen Charakter gegeben. Weder die Einschätzung, der Militärputsch sei faschistisch, konnte die Zustimmung der Bevölkerung und der Türken finden, noch konnte man sich damit einverstanden erklären, daß die Politik der Bundesregierung gegenüber den Ausländern nicht angegriffen wurde. Warum die Forderung ,,Einstellung der Finanz- und Militärhilfe durch die Bundesregierung'' aufgestellt wurde, statt sich gegen die Bedingungen zu wenden, unter denen die Bundesregierung die Hilfe gibt, bleibt Geheimnis der Initiatoren der Demonstration.

Brokdorf: Um den ,,Ausstieg aus der Kernenergie'' geht es Klose nicht

Hamburger Senat erwägt Kohlekraftwerk / HEW verlangt Strompreiserhöhungen von 16%

thw. Seit April dieses Jahres darf die 2. Teilgenehmigung zum Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf erteilt werden. Die schleswig-holsteinische Landesregierung und die Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) wollen bauen. Der Hamburger Senat, der über die HEW zu 50% am Kernkraftwerk Brokdorf beteiligt ist, hat bisher taktiert. Die Äußerungen aus dem Senat waren widersprüchlich. Klose am 6.3.80 auf einer Pressekonferenz in Kiel: ,,Wir sollten das Kernkraftwerk Brokdorf nicht bauen.'' Finanzsenator Nölling kurz zuvor: ,,Das Kernkraftwerk Borkdorf muß in 7 Jahren fertig sein.''

In den nächsten Wochen will der Senat jetzt eine Entscheidung über die Beteiligung an Brokdorf, sowie über ein ,,energiepolitisches Programm der 80-er Jahre'' treffen. Aus den Verlautbarungen der bürgerlichen Presse mehren sich die Anzeichen, daß der Senat sich aus dem Brokdorfgeschäft herausziehen will. Es wird verhandelt, daß die HEW ihre Beteiligung auf 30% zurückschrauben könnte, es werden aber auch ,,Ablösesummen'' für die vollständige Aufgabe der Beteiligung genannt: 60 Millionen DM so circa. Keineswegs ist dies der Beginn eines sozialdemokratischen Ausstieges aus der Kernenergie. Auf der benannten Pressekonferenz erklärte Klose ebenfalls, daß die Kernkraftwerke Krümmel bei Geesthacht und Brunsbüttel *unentbehrlich* für die Stromversorgung Hamburgs seien. Warum er gegen den Brokdorfbau ist, wird aus seiner Erklärung vor der Bürgerschaft im Juli klar: wenn dieses Kraftwerk gebaut werde, steige die Abhängigkeit Hamburgs vom Atomstrom von derzeit über 40% bis auf ⅔; das sei unerträglich. Unerträglich ist für ihn der Gedanke, daß es mit dem Kernkraftwerk Brokdorf genauso laufen könne, wie in Brunsbüttel: Seit 1976 ist das Kernkraftwerk Brunsbüttel ,,betriebsfertig'' und hat seitdem gerade 6 Monate lang Strom produziert. Die Verbilligung des Stroms für die Kapitalisten durch die Kernkraftwerke nützt nichts, wenn dieser Strom nicht kommt. Klose will dafür durch den Bau von Kohlekraftwerken Sicherheit in der Stromversorgung schaffen. In 7 Jahren wäre Brokdorf gebaut, hat Senator Nölling erklärt.

Klose weiß, daß das nicht sicher ist. Brokdorf ist ein Symbol für den Kampf gegen die Kernkraftwerke; sein Weiterbau wird den Widerstand erneut hervortreiben. Lieber möchte Klose diese politische Last, die der Sozialdemokratie bereits einiges gekostet hat, vom Hals haben und als Saubermann dastehen.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat dagegen in der vergangenen Woche Druck gemacht. Wirtschaftsminister Westphal hat erklärt, daß der Hamburger Senat ,,mit einem Standort für ein Kohlekraftwerk auf schleswig-holsteinischem oder niedersächsischem Boden'' nicht rechnen könne. HEW-Vorstandssprecher Oberlack hat sich darüber bereits Gedanken gemacht. Am Wasser müsse das Kohlekraftwerk liegen; wirtschaftlich vernünftig sei der Bau neben dem Kernkraftwerk Brunsbüttel. Dort, am seeschifftiefen Wasser mit Gleisanschluß und Bundesstraßenverbindung, besäßen die HEW neben dem Reaktor Gelände genug. Weitere kleine Kohlekraftwerke sollen in Hamburg selbst gebaut werden.

Direkt in diese Debatte hat die HEW die Forderung nach Erhöhung der Strompreise um 16% plaziert. Kohle und Erdgas seien teurer geworden, der Brunsbüttelausfall koste erheblich, das sind die Begründungen. Wirtschaftssenator Steinert geht davon aus, daß die Erhöhung ,,genehmigt werden muß''. Der Ausstieg aus Brokdorf soll die Massen was kosten.



Westberlin, Februar 1977: Als Probebohrungen für das geplante Kohlekraftwerk Oberjägersweg durchgeführt werden sollten, besetzten 500 Menschen zwei Stunden den Bauplatz.

Keine Beteiligung von ,,Elsam'' am KKW Brokdorf

wiv. Die dänische Regierung hat der Firma ,,Elsam'' verboten, einen Anteil am geplanten Kernkraftwerk Brokdorf zu übernehmen. In Dänemark ist es Gesetz, daß erst nach einer Volksabstimmung mit dem Bau von Kernkraftwerken begonnen werden darf. Eine Beteiligung der Elsam zum jetzigen Zeitpunkt würde, weil verbunden mit anteiligen Stromlieferungen aus einem produzierenden KKW Brokdorf, dieser Entscheidung vorgreifen. Die Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) hatten der Elsam 25% Beteiligung angeboten, das entspricht 500 Millionen DM. Damit wollte sich die NWK schon jetzt rückversichern, falls der bisherige Kompagnon, die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW), aus dem Geschäft aussteigen müßte; dies wäre der Fall, wenn der Eigentümer der HEW, die Stadt Hamburg, dem politischen Druck nachgeben muß. NWK und Elsam betreiben bereits ein gemeinsames Kohlekraftwerk (600 MW) in Apenrade, das 700 Millionen DM gekostet hat.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119551, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11 - 13 Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11 DM pro Vierteljahr oder 44 DM pro Jahr; Commerzbank 403679, BLZ 20050550.



Mit verschiedenen Leistungsbeurteilungssystemen soll die Büroarbeit intensiviert werden und gleichzeitig die Konkurrenz unter den Angestellten geschürt werden.

Was nützt eine Erhöhung der Leistungszulage?

hao. Bei den Arbeitern, die nach Zeitlohn bezahlt werden, und den Angestellten bei AEG N4 ist der reine Tariflohn bzw. -gehalt hoffnungslos hinter dem Effektivverdienst zurückgeblieben. Bei den meisten Zeitlöhnern und Angestellten macht der tariflich voll abgesicherte Lohn nur noch etwa ¾ des Gesamteinkommens aus, oft noch weniger. Der Rest teilt sich auf in die Leistungszulage und die „jederzeit anrechenbare übertarifliche Zulage" (JaüZ). Die JaüZ ist rechtlich vollkommen unabgesichert. Sie dürfte der erste Anteil am Einkommen der Arbeiter und Angestellten sein, der in Krisenzeiten dahinschmilzt. Die Leistungszulage ist für die Gesamtbelegschaft in ihrer Summe über den Gehalts- und Lohnrahmentarifvertrag abgesichert. Sie beträgt für die Angestellten 10% der gesamten Tarifgehaltsumme, für die Arbeiter 16% der gesamten Tariflohnsumme. Ein individueller Anspruch auf diese Durchschnittswerte besteht jedoch nicht. Was individuell an Leistungszulage ausgespuckt wird, wird bei AEG über methodische Leistungsbeurteilungen ermittelt, die in Betriebsvereinbarungen festgelegt sind.

Ist eine Erhöhung der Leistungszulage, z.B. um weitere 10% ein brauchbarer Weg, den Tarifanteil am Effektivverdienst zu erhöhen? Zunächst einmal würde dadurch der tariflich abgesicherte Anteil am Gesamtlohn ansteigen und die JaüZ entsprechend niedriger werden. Wenn momentan der tariflich geregelte Lohn (einschließlich der jetzigen Leistungszulage) in etwa zwischen 80 und 90% ausmacht, läge er dann entsprechend zwischen 90 und 100%, was natürlich ein erheblicher Vorteil ist. Andererseits ist schon die jetzige Leistungszulage für den AEG-Konzern ein Mittel, die Kollegen zu spalten. Diese Möglichkeit bestünde bei 10% mehr durchschnittlicher Leistungszulage noch viel mehr. Es ist dann eine Frage der Kampfkraft der Belegschaft und einer klugen Politik des Betriebsrates, dafür zu sorgen, daß die Leistungszulage möglichst gleichmäßig verteilt wird. Bei AEG N4 ist das momentan anscheinend einigermaßen der Fall, die meisten Angestellten liegen so zwischen 8 und 12%. Außerdem ist es bei AEG N4 aufgrund der Betriebsvereinbarungen zur Leistungszulage kaum möglich, daß ein Kollege von z.B. 10% drastisch heruntergruppiert wird.

Die Erhöhung der Leistungszulage wäre für AEG im wesentlichen kostenneutral und würde den meisten Kollegen zunächst auch nicht mehr Effektivlohn bringen. Bei Akkordarbeitern würde sie gar keine Veränderung bringen; es wäre zu überlegen, ob hier nicht ein Mindestakkord tariflich festgelegt werden könnte.

Ob die Forderung nach Erhöhung der Leistungszulage im Zusammenhang mit einer Mischforderung (etwa 10%, 187 DM mindestens) sinnvoll ist, kann nicht von der Lage bei AEG aus entschieden werden. Dazu müssen der Verteilungsmodus und die Höhe der übertariflichen Zulagen im gesamten Nordverbund untersucht werden. Das kann nur über die IGM geschehen.

„Mein Körper hat sich nicht an die Nachtarbeit gewöhnt"

Zur Lage der Nacht- und Schichtarbeit bei der Post

lnc. Über 200000 Beschäftigte der Deutschen Bundespost sind im Schichtdienst eingesetzt. Sowohl im Zustelldienst als auch im Fernmeldebereich wird bei der Post umfangreich Schichtarbeit geleistet. Die gesamte Bearbeitung der Post zwischen Annahme- und Zustellpost (Sortierung und Transport nach den einzelnen Bestimmungsorten) wird im wesentlichen nachts erledigt. Im Fernmeldebereich wird zum Beispiel in der Auskunft rund um die Uhr gearbeitet.

Die „Deutsche Post", Zeitung der Deutschen Postgewerkschaft, hat eine Serie veröffentlicht, wo Kollegen aus dem Nacht- und Schichtdienst ihre Arbeits- und Lebensbedingungen schildern. Ein Kollege, seit 31 Jahren im Schichtdienst, schreibt: „Ich bin Gruppenführer im Bahnpostdienst (Postaustausch). Überwiegend bin ich im Früh-, Spät- und Nachtdienst eingesetzt. Ich habe beispielsweise jede vierte Nacht Nachtdienst. Mein Dienstplan ist so ausgestaltet, daß ich von vier Sonntagen nur einen ganz frei habe." Eine andere Kollegin, die im Fernmeldeamt Telegramme annimmt und weiterleitet, berichtet: „Besonders belastet mich der Nachtdienst. Vor jeder Nachtschicht muß Frühdienst von 8 bis 13 Uhr geleistet werden. Das heißt morgens früh aufstehen. Danach muß ich vorschlafen für den Nachtdienst um einigermassen fit zu sein. Am anderen Tag muß ich nachschlafen. Bis ich dann wieder voll da bin, ist ein Tag vergangen und viel Freizeit habe ich dadurch nicht gewonnen."

Alle Kollegen berichten, daß für Schichtarbeiter ein geregeltes Familienleben nicht möglich ist, die Kontakte zu Freunden, wenn überhaupt, dann nur mit großer Mühe aufrechterhalten werden können, sportlichen oder kulturellen Neigungen fast gar nicht nachgegangen werden kann und politische oder gewerkschaftliche Betätigung nur sehr schwer möglich ist. Der Kollege vom Bahnpostdienst schreibt: „Nun bin ich zwar leidenschaftlicher Musiker und spiele verschiedene Instrumente. Aber meine Dienstzeit erlaubt es mir nicht, mich einem Musikverein oder ähnlichem anzuschließen. Auch die persönlichen oder familiären Anlässe kommen viel zu kurz." Ein anderer Kollege aus dem Wert-Ein- und -Abgangsdienst: „Zwar bietet der Schichtdienst gewisse Vorteile: Man kann Besorgungen, Behördengänge usw. in günstigen Zeiten vornehmen.

Die Nachteile sind jedoch viel größer... Seit 28 Jahren bin ich aktiv in der Gewerkschaftsarbeit tätig. Jugendleiter, Ortsverwaltungsvorsitzender, Amtsgruppenvorsitzender, jetzt Beisitzer. Alle diese Funktionen litten und leiden unter den Schichtzeiten. Als Mitglied des örtlichen Personalrates konnte ich an vielen Sitzungen nicht teilnehmen, weil ich meinen Kollegen die zusätzlichen Unannehmlichkeiten ersparen wollte."

Alle Kollegen, die länger Schichtdienst gemacht haben, klagen über gesundheitliche Schäden. Als Beispiel wieder der Kollege von der Bahnpost: „Ich leide seit 20 Jahren an überreizten Magennerven. Mein Hausarzt schafft es nicht, dies auszuheilen. Trotz meiner 31-jährigen Schichtzeit, kommt bei mir in jedem Nachtdienst der tote Punkt. Mein Körper hat sich nicht an die Nachtarbeit gewöhnt. Am Morgen nach dem Nachtdienst bin ich physisch angeschlagen und oftmals überreizt. Manchmal komme ich mir vor, als hätte ich einen Kater. Ich leide dann an starker Appetitlosigkeit."

Die Aussagen dieser drei Kollegen machen deutlich, wieso sich unter den Postbeschäftigten eine so starke Bewegung unter der Forderung nach mehr Freizeit für Schichtarbeit entwickelt hat. Eine gewisse Schwäche dieser Bewegung ist noch, daß die Notwendigkeit von Schichtarbeit, die die Post mit dem Interesse des Bürgers an möglichst kurzen Brieflaufzeiten begründet, weitgehend anerkannt wird, und nur ein besserer Freizeitausgleich gefordert wird. Eine genaue Untersuchung würde sicherlich ergeben, daß in vielen Bereichen der Post Nacht- und Schichtarbeit nicht generell nötig sind, auch wenn dann mancher Brief einen Tag länger braucht.

Aktionen der DPG in der Bundesrepublik

München. Am Dienstag, den 7.10. streikten für 2 Stunden 450 Beschäftigte des Paketpostamtes an der Wilhelm Hale Straße. Für die Zeit von 20 bis 22 Uhr hatte die Postgewerkschaft dazu aufgerufen, an einer Gewerkschaftsversammlung teilzunehmen. Am Donnerstag streikten zwischen 4 und 6 Uhr morgens 250 Beschäftigte des Briefeingangsamtes an der Bayernstraße.

Tübingen. Am Mittwoch Streik von 20 bis 23 Uhr mit ca. 45 Arbeitern und Angestellten.

Ulm. Am Donnerstag streiken ca. 300 in der Briefabgabestelle.

Duisburg. Am Donnerstag streikten 150 in der Paketabfertigung für 2 Stunden.

Wuppertal. Von 18.30 Uhr bis 21.30 Uhr legten 400 Beschäftigte der Wuppertaler Hauptpost die Arbeit nieder.



Mit Warnstreiks haben die Postbeschäftigten ihre Forderung nach 1½facher Anrechnung bei Schichtarbeit bekräftigt. Das Angebot des Postministers wurde zurückgewiesen. Die IGM will auch Forderungen gegen Schichtarbeit in der Tarifrunde stellen (vgl. Entschließung 12 des Gewerkschaftstages).

IG Metall fordert Fortfall der Leichtlohngruppe II
der Arbeitszeit hin wurde dann sofort eine gemeinsame Sitzung der VLK-Lei-
Arbeitssicherheit und maßen die Ozonkonzentration. Sie sei vertretbar, hieß
Veranstaltungskalender
Lübeck: Debatte von KVZ und Kommunismus und Klassenkampf zu den

abgesicherte Lohn nur noch etwa ¾ des Gesamteinkommens aus, oft noch weniger. Der Rest teilt sich auf in die Leistungszulage und die „jederzeit anrechenbare übertarifliche Zulage" (JaüZ). Die JaüZ ist rechtlich vollkommen unabgesichert. Sie dürfte der erste Anteil am Einkommen der Arbeiter und Angestellten sein, der in Krisenzeiten dahinschmilzt. Die Leistungszulage ist für die Gesamtbelegschaft in ihrer Summe über den Gehalts- und Lohnrahmentarifvertrag abgesichert. Sie beträgt für die Angestellten 10% der gesamten Tarifgehaltsumme, für die Arbeiter 16% der gesamten Tariflohnsumme. Ein individueller Anspruch auf diese Durchschnittswerte besteht jedoch nicht. Was individuell an Leistungszulage ausgespuckt wird, wird bei AEG über methodische Leistungsbeurteilungen ermittelt, die in Betriebsvereinbarungen festgelegt sind.

Ist eine Erhöhung der Leistungszulage, z.B. um weitere 10% ein brauchbarer Weg, den Tarifanteil am Effektivverdienst zu erhöhen? Zunächst einmal würde dadurch der tariflich abgesicherte Anteil am Gesamtlohn ansteigen und die JaüZ entsprechend niedriger werden. Wenn momentan der tariflich geregelte Lohn (einschließlich der jetzigen Leistungszulage) in etwa zwischen

Diese Möglichkeit bestünde bei 10% mehr durchschnittlicher Leistungszulage noch viel mehr. Es ist dann eine Frage der Kampfkraft der Belegschaft und einer klugen Politik des Betriebsrates, dafür zu sorgen, daß die Leistungszulage möglichst gleichmäßig verteilt wird. Bei AEG N4 ist das momentan anscheinend einigermaßen der Fall, die meisten Angestellten liegen so zwischen 8 und 12%. Außerdem ist es bei AEG N4 aufgrund der Betriebsvereinbarungen zur Leistungszulage kaum möglich, daß ein Kollege von z.B. 10% drastisch heruntergruppiert wird.

Die Erhöhung der Leistungszulage wäre für AEG im wesentlichen kostenneutral und würde den meisten Kollegen zunächst auch nicht mehr Effektivlohn bringen. Bei Akkordarbeitern würde sie gar keine Veränderung bringen; es wäre zu überlegen, ob hier nicht ein Mindestakkord tariflich festgelegt werden könnte.

Ob die Forderung nach Erhöhung der Leistungszulage im Zusammenhang mit einer Mischforderung (etwa 10%, 187 DM mindestens) sinnvoll ist, kann nicht von der Lage bei AEG aus entschieden werden. Dazu müssen der Verteilungsmodus und die Höhe der übertariflichen Zulagen im gesamten Nordverbund untersucht werden. Das kann nur über die IGM geschehen.

morgens früh aufstehen. Danach muß ich vorschlafen für den Nachtdienst um einigermassen fit zu sein. Am anderen Tag muß ich nachschlafen. Bis ich dann wieder voll da bin, ist ein Tag

Mitglied des örtlichen Personalrates konnte ich an vielen Sitzungen nicht teilnehmen, weil ich meinen Kollegen die zusätzlichen Unannehmlichkeiten ersparen wollte."

die sicherlich ergeben, daß in vielen Bereichen der Post Nacht- und Schichtarbeit nicht generell nötig sind, auch wenn dann mancher Brief einen Tag länger braucht.

Aktionen der DPG in der Bundesrepublik

München. Am Dienstag, den 7.10. streikten für 2 Stunden 450 Beschäftigte des Paketpostamtes an der Wilhelm Hale Straße. Für die Zeit von 20 bis 22 Uhr hatte die Postgewerkschaft dazu aufgerufen, an einer Gewerkschaftsversammlung teilzunehmen. Am Donnerstag streikten zwischen 4 und 6 Uhr morgens 250 Beschäftigte des Briefeingangsamtes an der Bayernstraße.

Tübingen. Am Mittwoch Streik von 20 bis 23 Uhr mit ca. 45 Arbeitern und Angestellten.

Ulm. Am Donnerstag streiken ca. 300 in der Briefabgabestelle.

Duisburg. Am Donnerstag streikten 150 in der Paketabfertigung für 2 Stunden.

Wuppertal. Von 18.30 Uhr bis 21.30 Uhr legten 400 Beschäftigte der Wuppertaler Hauptpost die Arbeit nieder.



Mit Warnstreiks haben die Postbeschäftigten ihre Forderung nach 1½facher Anrechnung bei Schichtarbeit bekräftigt. Das Angebot des Postministers wurde zurückgewiesen. Die IGM will auch Forderungen gegen Schichtarbeit in der Tarifrunde stellen (vgl. Entschließung 12 des Gewerkschaftstages).

IG Metall fordert Fortfall der Leichtlohngruppe II

wiv. Diesen Beschluß hat die Tarifkommission Schleswig-Holstein für die anstehenden Lohnrahmentarifverhandlungen einstimmig gefaßt. Eine weitere Einstufung in diese Leichtlohngruppe sei wegen der vielfältigen Belastungen in der Metallindustrie nicht mehr zu rechtfertigen. Zunächst in Schleswig-Holstein, soll dies später auch in Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen gefordert werden. In Schleswig-Holstein deshalb zuerst, weil 10,2% aller weiblichen Arbeiter in dieser Leichtlohngruppe eingestuft sind (in Hamburg nur 2,8%). Außerdem seien in Schleswig-Holstein die gezahlten Grundlöhne der Leichtlohngruppe II niedriger als in Hamburg. Zur Vorüberprüfung der als „äußerst schwierig" von der IGM eingestuften Verhandlungen waren nach einem Beschluß der Bezirkskonferenz vom Mai die Betriebsräte und die betroffenen Frauen zur Überprüfung aufgefordert worden. Als Folge dieser Aktivitäten seien bereits einige Arbeiterinnen höher eingestuft worden.

HDW: VLK-Sitzungen weiter während der Arbeitszeit

gnr. Vorletzte Woche forderte der HDW-Vorstandsvorsitzende den Betriebsrat und die Vertrauensleutekörper-Leitung auf, Vertrauensleutesitzungen künftig nur noch außerhalb der Arbeitszeit durchzuführen. Auf diesen dreisten Angriff auf das seit mehr als 30 Jahren erkämpfte Recht zur Durchführung von VLK-Sitzungen während der Arbeitszeit hin wurde dann sofort eine gemeinsame Sitzung der VLK-Leitungen von HDW-Hamburg und HDW-Kiel anberaumt. Dort wurde u.a. diskutiert, daß angesichts des Auftrags- und Termindrucks die Bedingungen gut sind, um notfalls geeignete Schritte zur Abwehr dieses Angriffs zu ergreifen. Bereits Ende der Woche mußte der Vorstand dann einen Rückzieher machen.

Giftige Stoffe! Arbeiter fordern Maßnahmen

güj. Seit über 30 Jahren werden bei Lumoprint Kopiergeräte hergestellt. Heute ausschließlich Trockenkopierer für Normalpapier. Bei der Xerographie wird die Vorlage durch Belichtung auf einem fotoempfindlichen Zylinder als Staubbild aufgetragen und von dort durch elektrische Entladung auf das Papier gebracht.

Der dazu benötigte Toner ist wohl krebserregend als auch mutagen (erbverändernde Eigenschaften). Die hohen Hochspannungsströme produzieren Ozon (O3). Ozon wirkt bei hoher Konzentration wie nitrose Gase und kann ein Lungenödem hervorrufen.

Diese Zusammenhänge wurden den Beschäftigten gegenüber bisher verschwiegen. Ihre detaillierte Veröffentlichung in der KVZ-Betriebsausgabe für Lumoprint brachte gewisse Kenntnisse. Viele Kollegen forderten genauere Aufklärung und geeignete Maßnahmen. Nur unter Protest arbeiten viele mit dem Toner weiter. Nachdem die Betriebsärztin auf der Betriebsversammlung die Sache runterzuspielen versuchte, kamen doch Vertreter der Arbeitssicherheit und maßen die Ozonkonzentration. Sie sei vertretbar, hieß es. Zahlen und Richtwerte wurden nicht genannt. Das aber verlangen viele Kollegen.

Kaufabende stehlen Feierabende! – Aktion der HBV für Beibehaltung des Ladenschlußgesetzes

güh. Das Ladenschlußgesetz von 1956 besagt, daß alle Geschäfte um 18.30 Uhr schließen müssen. Die FDP und die Verbraucherverbände propagieren seit langem die Verlängerung der Ladenschlußzeiten in den Abend hinein. Nach dem für die FDP günstigen Ausgang der Bundestagswahl ist es möglich, daß sie ihr Vorhaben durchsetzen. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat eine Kampagne zur Beibehaltung der Ladenschlußzeiten eingeleitet.

Auf der Veranstaltung des Ortsjugendausschusses der HBV am 16.10.80 im Gewerkschaftshaus berichtete ein Betriebsrat des Kaufhof in Altona: „In unserem Betrieb gibt es ca. 280 Kollegen. Ungefähr ⅔ der Kollegen sind in der HBV organisiert. In jedem Flur, an jeder Wand sind Plakate und Aufkleber zu sehen. In einer Umfrage sprachen sich 99,6% der Kollegen für die Beibehaltung der Ladenschlußzeiten aus."

Das Ladenschlußgesetz ist ein Riegel gegen übermäßige Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und deren vorzeitigen Verschleiß, denn Verkaufen ist Schwerstarbeit. Wie keine andere Frage würde ein Versuch, die Öffnungszeiten zu verlängern, unter den Beschäftigten Widerstand hervorrufen.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 22. Oktober 1980

Hamburg: Probe der Hamburger Musikgruppe. Vorbereitung der Azania-Veranstaltung vom 2.11. 19.00 Uhr, Schule Kaiser-Friedrich-Ufer 6, Raum 309 A.

Hamburg: Kunstkollektiv der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung. Thema: Portrait. 20.00 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen.

Donnerstag, 23. Oktober 1980

Kiel: Diskussion aus Kommunismus und Klassenkampf 10/80: Ausbildungsförderung für Lehrlinge, Schüler und Studenten: unzureichend, bürokratisch und spalterisch. Hochschulreform: Im Spannungsfeld zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem. 19.00 Uhr, Alte Mensa, Universität, Veranstalter KSB.

Lübeck: Debatte von KVZ und Kommunismus und Klassenkampf zu den Themen: „Einschätzung des Bundestagswahlergebnisses" und „Abspaltung einer Minderheit im KBW". 19.30 Uhr, „Alternative" (Hinterhof, Kino).

Kiel: Vereinigung für revolutionäre Volksbildung: Fortsetzung der Mitgliederversammlung. 20.00 Uhr, „Ellerbeker Kegelbahn" / Gaarden-Ostring.

Samstag, 25. Oktober 1980

Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur.

Preetz: Am Markt 10 – 12 Uhr

Sonntag, 26. Oktober 1980

Hamburg: „Was sind unsere kulturellen Aufgaben." Schulung von Mao Zedong: Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst. 14.00 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstraße.



1976/77 führten die Massen große Kämpfe gegen die Absicht, den Unterricht in Afrikaans abzuhalten. Soweto (Bild) war der Ausgangspunkt.

Veranstaltung: Es spricht der Vorsitzende des Pan Africanist Congress of Azania (PAC), Genosse V.L. Make.
Ort: Hamburg, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Straße, Nähe S-Bahn Berliner Tor. Mittwoch, 29.10.1980, 19.30 Uhr.

Studentenprozeß wegen Nötigung von Professoren im Uni-Streik 1977

Zusätzliche Anklage: Hausfriedensbruch bei RCDS-Menschenrechtsveranstaltung

thw. Der Prozeß gegen Andreas A., Max G., Rainer H.und Holger S. beginnt am 30.10. vor dem erweiterten Schöffengericht. Er ist zunächst auf eine Verhandlungsdauer von 14 Tagen festgelegt. Die Studenten werden wegen folgender Taten in dem Streik der Universitätsstudenten vom 9. Mai 1977 – 20. Mai 1977, sowie bei einer RCDS-Veranstaltung im Juni 1977 angeklagt:

,,1. A. und H. durch jeweils drei selbstständige, gemeinschaftliche Handlungen, G. durch eine gemeinschaftliche Handlung einen anderen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung genötigt zu haben,

2. A.,S. und H. durch eine weitere selbstständige, gemeinschaftliche Handlung in der Absicht, eine nichtverbotene Versammlung zu verhindern Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vorgenommen oder angedroht oder grobe Störungen verursacht zu haben,...''

19 Zeugen hat die Staatsanwaltschaft aufgefahren: im wesentlichen Professoren, Verwaltungsbeamte der Universität und einige RCDS-Studenten. Der Kern des Prozesses sind die Anklagepunkte unter 1. Laut Anklageschrift handelt es sich dabei um die Sprengung einer Vorlesung des Professor Zeuner ,,Grundkurs 1 im bürgerlichen Recht'' und einer Vorlesung des Dr. Hahn, sowie um die Sprengung einer Vorlesung des Professor Knütel ,,Grundkurs 2 im Bürgerlichen Recht'' und um die Besichtigung der Diensträume Fischer-Appelts im Rahmen eines Go-Ins in das Uni-Hauptgebäude.

Tatsächlich mußten die streikenden Studenten eine Reihe von Vorlesungen besonders hartnäckiger, reaktionärer Professoren regelrecht sprengen, weil sie anders nicht zu verhindern waren. Ein Studentenstreik, in dem die Vorlesungen weiterlaufen, ist eine leere Hülse und trägt nichts aus. Die Strafanträge gegen die Studenten und dieser Prozeß dienen dazu, daß Recht der Studenten auf Streik, das die Studentenbewegung sich faktisch erkämpft hat, anzugreifen und auf jeden Fall die praktischen Maßnahmen im Streik, wie Streikposten, wie Verhinderung der Vorlesungen weiter zu kriminalisieren.

Die vermeintlichen Störungen der RCDS-Veranstaltung hat die Staatsanwaltschaft mit dazu gepackt, um das Gewicht des Prozesses und damit auch das Strafmaß zu erhöhen. Die Höchststrafe kann 3 Jahre betragen. Von der Anlage des Prozesses her ist die Absicht von Staatsanwaltschaft und Gericht eine Gefängnisstrafe.

Der Uni-Streik 1977

Der Streik richtete sich gegen das Landeshochschulgesetz, daß die Bürgerschaft im Sommer 77 verabschieden wollte, und war gleichzeitig ein Kampf für höhere BaFöG-Sätze. In einem Flugblatt an die ,,arbeitende und lernende Bevölkerung'' in Hamburg begründet der ASTA die Notwendigkeit des Streiks und seine Forderungen: ,,Über die Hintergünde des Streiks steht meist nichts in den einschlägigen Zeitungen, z. B. darüber,

– daß durch die drastischen Kürzungen am Bildungshaushalt die Ausstattung der Hochschulen mit Lehrpersonal, Sachmitteln und Räumen völlig unzureichend ist;

– daß durch die Aufnahme neuer Studenten ohne die gleichzeitige notwendige Anhebung des Hochschuletats ganze Fachbereiche planmäßig überfüllt werden ... Die Studenten werden dort in Massenvorlesungen abgefertigt und stehen unter ständigem Prüfungsdruck.

– daß durch unzureichende Bafögsätze immer mehr Studenten gezwungen sind, während des Studiums zu arbeiten. Das Landeshochschulgesetz (LHG) beseitigt nun nicht etwa diese Mißstände, sondern ,,sichert'' sie nur gesetzlich ab und trägt zu einer weiteren Verschlechterung der Studienbedingungen bei; z. B. durch die Einführung der 6-oder 8-semestrigen Regelstudienzeit. Diese auf den ersten Blick vielleicht sinnvoll erscheinende Regelung schließt aber bei der völlig unzureichenden Ausstattung der Hochschulen mit Lehrpersonal und Sachmitteln ein vernünftiges wissenschaftliches Studium geradezu aus. Der Widerstand gegen diese Mißstände soll durch das LHG unterbunden werden, z.B. durch die Einführung eines speziellen ,Ordnungsrechts', mit dem Studenten praktisch verboten werden kann, in ihren Seminaren Kritik an den Lehrinhalten zu üben, weil das bereits als ,Störung' ausgelegt und mit Verweisung von der Hochschule bestraft werden kann.

– Durch das Verbot für die Organe der Verfaßten Studentenschaft sicn politisch zu äußern.''

Dem LHG-Entwurf vorausgegangen war die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes 1975 durch den Bundestag, ebenfalls die bundeseinheitliche Fassung der Kapazitätenverordnung für die Hochschulen, mit der die Überfüllung betrieben wurde. Der Hamburger Senat hatte sich in beiden Punkten an die vorderste Front in der Durchsetzung gestellt. Als erstes Bundesland hatte er die KapVo für Hamburg beschlossen und ebenfalls den LHG-Entwurf vorgelegt. Gleichzeitig beschloß der Senat 1975 die berüchtigten ,,Sparmaßnahmen ''.

Bereits im Wintersemester 1976/77 organisierten die Hamburger Studenten einen Warnstreik gegen das LHG und führten eine Demonstration mit 10000 Leuten durch. Anfang 1977 beschlossen sie in einer Urabstimmung den 14-tägigen Vorlesungsstreik im Mai 1977. Das Urabstimmungsergebnis hatte Schwächen, über die die Bürgerschaftsparteien und die bürgerliche Presse bereits Wochen vor dem Streik herfielen. An der Urabstimmung beteiligten sich 9514 Studenten (36,2% der Studenten). Davon stimmten 5815 (61%) für den 14-tägigen Streik im Sommersemester; insgesamt 8 298 Studenten (87%) unterstützten die gegen das HRG gerichteten demokratischen Minimalforderungen.

Die 87% beweisen, daß die Mehrheit aller Studenten gegen das LHG war, es gab aber eine geringere Einheit für den Streik als Kampfschritt. Ziel der Hetze war es, die aktiv Streikenden von den anderen Studenten zu spalten, um den Streik durch die Wiederherstellung des Vorlesungsbetriebes zu brechen. Die CDU forderte offen den Polizeieinsatz: ,,Es ist die Pflicht des zuständigen Senators, den lehrwilligen Professoren und studierwilligen Studenten die Abhaltung der Lehrveranstaltungen zu ermöglichen – notfalls durch den Einsatz von Ordnungskräften.'' (Echternach, 14.5.77, ,Die Welt'). Der damalige Wissenschaftssenator Biallas und Uni-Präsident Fischer Appelt versuchten es etwas anders. In einem offenen Brief an die Studenten vor dem Streik unterstützte Fischer- Appelt sämtliche Forderungen der Studenten, drohte aber gleichzeitig für den Fall, daß der Streik stattfinden würde, und daß die Studenten sich nicht auf ihn und die Bürgerschaft usw. verließen, mit BaFöG-Entzug, mit Verweigerung der Scheinvergabe und ,,forderte hiermit alle Studenten auf, sich in ihre Lehrveranstaltungen zu begeben und den jeweiligen Dozenten bei seinem Versuch zu unterstützen, sie durchzuführen.''

Den Einsatz der Polizei hat der Uni-Präsident nicht gewagt. Aber auch sein Konzept scheiterte. Die Masse der Studenten erschien nicht an der Universität, sehr viele Assistenten und auch einige Professoren unterstützen den Kampf der Studenten. Es wurde aber die Garde der reaktionären Professoren ermuntert, den Streikbruch zu organisieren. Äußerst verbissen arbeiteten diese daran. Man konnte sie dabei nicht gewähren lassen. Die Sprengung ihrer Veranstaltungen war erforderlich, sie hätten einen Dammbruch bewirken können.

Der Kampf gegen den Prozeß ist ein Kampf für das demokratische Recht der Studenten auf Streik. Sie benötigen es aktuell, wo die Bürgerschaft das inzwischen durchgesetzte LHG mit einer neuen Zwischenprüfungsregelung in diesem Semester verschärfen will.



Im Wintersemester 76 / 77 beschlossen die Hamburger Universitätsstudenten den 14-tägigen Vorlesungsstreik vom 9. bis 22. Mai gegen das Landeshochschulgesetz und für mehr BAföG. Eine gemeinsame Veranstaltung *der* Universität, zu der Universitätspräsident Fischer-Appelt aufgerufen hatte, wurde von 4000 Studenten zu einem Tribunal gegen den damaligen Wissenschaftssenator Bialas gemacht. Links wollte er sich profilieren, als Vertreter gegen das LHG, auf den man bauen kann, Streik sei nicht notwendig. ,Bialas bei den Studenten total unter durch', mußte die bürgerliche Presse am folgenden Tag konstatieren. Der Uni-Streik erhielt eine erhebliche Stärkung durch den gleichzeitigen bundesweiten Streik der Medizinstudenten für ,,Ausbildungs- und Tarifvertrag im praktischen Jahr'', sowie durch die Unterstützung durch die GEW, die DGB-Jugend und Vertrauensleutekörper

Rom und Cinti (Zigeuner) in Norddeutschland bekräftigen ihre Forderungen

Mieterselbsthilfeorganisation gegründet

Fortschritte im demokratischen Kampf sind möglich

und einer Vorlesung des Dr. Hahn, sowie um die Sprengung einer Vorlesung des Professor Knütel ,,Grundkurs 2 im Bürgerlichen Recht'' und um die Besichtigung der Diensträume Fischer-Appelts im Rahmen eines Go-Ins in das Uni-Hauptgebäude.
Tatsächlich mußten die streikenden Studenten eine Reihe von Vorlesungen besonders hartnäckiger, reaktionärer Professoren regelrecht sprengen, weil sie anders nicht zu verhindern waren. Ein Studentenstreik, in dem die Vorlesungen weiterlaufen, ist eine leere Hülse und trägt nichts aus. Die Strafanträge gegen die Studenten und dieser Prozeß dienen dazu, daß Recht der Studenten auf Streik, das die Studentenbewegung sich faktisch erkämpft hat, anzugreifen und auf jeden Fall die praktischen Maßnahmen im Streik, wie Streikposten, wie Verhinderung der Vorlesungen weiter zu kriminalisieren.
Die vermeintlichen Störungen der RCDS-Veranstaltung hat die Staatsanwaltschaft mit dazu gepackt, um das Gewicht des Prozesses und damit auch das Strafmaß zu erhöhen. Die Höchst-
(LHG) beseitigt nun nicht etwa diese Mißstände, sondern ,,sichert'' sie nur gesetzlich ab und trägt zu einer weiteren Verschlechterung der Studienbedingungen bei; z. B. durch die Einführung der 6-oder 8-semestrigen Regelstudienzeit. Diese auf den ersten Blick vielleicht sinnvoll erscheinende Regelung schließt aber bei der völlig unzureichenden Ausstattung der Hochschulen mit Lehrpersonal und Sachmitteln ein vernünftiges wissenschaftliches Studium geradezu aus. Der Widerstand gegen diese Mißstände soll durch das LHG unterbunden werden, z.B. durch die Einführung eines speziellen ,Ordnungsrechts', mit dem Studenten praktisch verboten werden kann, in ihren Seminaren Kritik an den Lehrinhalten zu üben, weil das bereits als ,Störung' ausgelegt und mit Verweisung von der Hochschule bestraft werden kann.
– Durch das Verbot für die Organe der Verfaßten Studentenschaft sicn politisch zu äußern.''
Dem LHG-Entwurf vorausgegangen war die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes 1975 durch den



Im Wintersemester 76 / 77 beschlossen die Hamburger Universitätsstudenten den 14-tägigen Vorlesungsstreik vom 9. bis 22. Mai gegen das Landeshochschulgesetz und für mehr BAföG. Eine gemeinsame Veranstaltung *der* Universität, zu der Universitätspräsident Fischer-Appelt aufgerufen hatte, wurde von 4000 Studenten zu einem Tribunal gegen den damaligen Wissenschaftssenator Bialas gemacht. Links wollte er sich profilieren, als Vertreter gegen das LHG, auf den man bauen kann, Streik sei nicht notwendig. ,Bialas bei den Studenten total unter durch', mußte die bürgerliche Presse am folgenden Tag konstatieren. Der Uni-Streik erhielt eine erhebliche Stärkung durch den gleichzeitigen bundesweiten Streik der Medizinstudenten für ,,Ausbildungs- und Tarifvertrag im praktischen Jahr'', sowie durch die Unterstützung durch die GEW, die DGB-Jugend und Vertrauensleutekörper

Rom und Cinti (Zigeuner) in Norddeutschland bekräftigen ihre Forderungen

Mieterselbsthilfeorganisation gegründet

Fortschritte im demokratischen Kampf sind möglich

3tägige Veranstaltung auf dem Heiliggeistfeld in Hamburg

ros. Vom 10. – 12.10. führten Rom und Cinti kulturelle und politische Veranstaltungen in einem Zelt auf dem Heiliggeistfeld durch. Am Sonntagnachmittag fand eine Podiumsdiskussion unter Leitung der Rom und Cinti Union e.V. Hamburg statt.

Durchgesetzt werden mußte diese Veranstaltung gegen das Bezirksamt Hamburg-Mitte. Erst drei Wochen vor dem Veranstaltungstermin wurde die Genehmigung erteilt; dies noch mit der Bemerkung, daß die Erteilung der Genehmigung eigentlich auf einem Versehen beruhe, da das Bezirksamt der Meinung gewesen sei, es handle sich um eine Veranstaltung mit Zigeunermusik, nicht jedoch um eine Veranstaltung der Zigeuner. Diskriminierende Auflagen wurden damit begründet, daß sichergestellt werden müsse, daß die ebenfalls auf dem Heiliggeistfeld durchgeführten Catch-Veranstaltungen vor Störungen bewahrt blieben.

Zweck der Podiumsdiskussion war es, die Forderungen der Rom und Cinti öffentlich zu vertreten und die in Senat und Bezirksämtern vertretenen Parteien zur Stellungnahme zu zwingen. Bereits auf ihrer Gedenkkundgebung ,,In Ausschwitz vergast, bis heute verfolgt'' am 27. Oktober 1979 im ehemaligen KZ Bergen-Belsen hatten sie in einem ,,Memorandum der Roma-Welt-Union und des Verbandes Deutscher Sinti'' ihre Forderungen als unterdrückte Nationalität gegenüber der Bundesregierung erhoben. Hierin wurde u.a. gefordert:

1. Die Bundesregierung soll den Tatbestand des Völkermordes an den europäischen Roma durch das Dritte Reich anerkennen, angemessene individuelle und kollektive Entschädigungen zahlen.

2. Rückgabe entzogener Staatsangehörigkeit bzw. Gewährung derselben.

3. Gesetze und Verordnungen sollen auf Diskriminierung der Roma hin untersucht werden.

4. Anerkennung der Sinti und Roma als eigenständige, seit Jahrhunderten in Deutschland lebende Volksgruppe: Förderung ihrer Zusammenschlüsse und kulturellen Aktivitäten.

Schwerpunkte der Podiumsdiskussion sollten sein: Stellungnahme zum ,,Ad-hoc-Papier'' der SPD-Bundestagsfraktion, bürgerliche Wissenschaft über die Zigeunerfrage, Wiedergutmachung, Situation der Staatenlosen in Hamburg.

Nicht selbstverständlich für solche Angelegenheiten: Die Vertreter von SPD, CDU und FDP waren nicht nur geladen, sie waren auch erschienen. Sie seien von den Problemen der Zigeuner überrascht worden, aber jetzt, da sie sichtbar seien, müsse auch Abhilfe geschaffen werden, waren ihre jeweiligen beinahe gleichlautenden Einleitungssätze. Was ihre Parteien ihnen allerdings mit auf den Weg gegeben hatten, war jedoch etwas unterschiedlich.

Die beste Position hatte der Vertreter der SPD. Er konnte auf ein ,,Ad-hoc-Papier'' der Bundestagsfraktion der SPD verweisen, zu dessen Erstellung auch Vertreter der Sinti einen Tag anreisen durften. Dieses Papier hatte nur den Nachteil, daß es keiner kannte und Praktisches aus ihm schon gar nicht gefolgt war. Mangels entsprechender FDP-Papiere, auf die man sich hätte berufen können, wurde die FDP-Vertreterin, Helga Schuchardt ,,konkret''. Indem sie den Schwadroniercharakter des SPD-Papiers bloßlegte, forderte sie Untersuchungen über die aktuellen Behinderungen und Unterdrückungsmaßnahmen gegen Rom und Cinti wie bei der Genehmigung dieser Veranstaltung. Als ,,konkreter'' Anwalt der Interessen von Rom und Cinti versuchte sich auch ein CDU-Abgesandter darzustellen. Sein spezieller Anknüpfungspunkt war die ,,Mentalität der Zigeuner''. Den Bürokratismus, der in den SPD-Sozialplänen steckt, nutzend, forderte er, daß man den Cinti nichts ,,aufzwingen'' dürfe und schrittweise vorgehen müsse, bis man u.a. das Endziel ,,Benutzung aller Campingplätze'' erreicht habe. Damit hatte er jedoch den Bogen überspannt. Gegen Reformversprechen und Unterstützungsbeteuerung wurde die Forderung gesetzt: für Rom und Cinti sofort alle Rechte, die auch andere Deutsche haben. Dennoch: Das Erscheinen der Vertreter von SPD, CDU und FDP beweist, daß sie sich Chancen ausrechnen, Rom und Cinti mit ihren Forderungen hinzuhalten und den sich entwickelnden Kampf abzustumpfen. Im Frühjahr will die SPD nach ,, Informationssammlung durch die Behörden'' in Hamburg eine Anhörung zu den Forderungen von Rom und Cinti durchführen. Es ist notwendig, die gerechten Forderungen von Rom und Cinti bekanntzumachen und ihren Kampf zu unterstützen.

cab. Zusammen sechzehn Mieter- und Stadtteilinitiativen haben sich zu dem Verein ,,Mieter helfen Mietern'' zusammengeschlossen. Auf verschiedenen Ebenen will der Verein den Kampf um eine gerechte Wohnungspolitik führen und Rechtsberatung leisten. Die Herausgabe einer Zeitung steht bevor. Politisches Ziel ist der Zusammenschluß aller Mieter ,,von unten'' im Gegensatz zu den bürgerlichen Mietervereinen. In der Präambel heißt es: ,,Die Wohnungssituation verschärft sich zusehens, die Mieten steigen drastisch, durch eine verfehlte Bodenpolitik wird die Wohnungsnot immer größer... Durch das Vertrauen auf die eigene Kraft ...kann die Position der Mieter gestärkt werden. Über die Formen der Auseinandersetzung entscheiden die Mieter selber. Die Wohnung soll als Grundbedürfnis billig sein.'' Aus dem Forderungskatalog: ,,Wiedereinführung der Mietpreisbindung; Abschaffung des Maklerunwesens, kostenlose Wohnungsvermittlung durch die Bezirksämter!'' –

Engels schreibt zur ,,Wohnungsfrage'': ,,Die Wohnungsfrage ist erst dann zu lösen, wenn die Gesellschaft weit genug umgewälzt ist, um die Aufhebung des von der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft auf die Spitze getriebenen Gegensatzes von Stadt und Land in Angriff zu nehmen. Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst.'' Auch wenn der Mieterverein explizit diese Forderung nicht erhebt, kann man doch von einer demokratischen Weiterentwicklung in der Form der Selbstorganisation der Mieter gegen den Senat, Wohnungsbaugesellschaften, Behörden, Makler und Vermieter aufgrund positiver Forderungen sprechen. Die Festlegung der grundsätzlichen politischen Ziele und die Mittel zu deren Durchsetzung werden auf jährlich mindestens einmal stattfindenden Vollversammlungen durch einfache Mehrheit der Mitglieder verfügt.

U.a. werden augenblicklich von der Mieterorganisation folgende Projekte untersucht: Führt die SAGA schwarze Listen, nach der Ausländer nicht mehr in bestimmten Gegenden wohnen dürfen? Warum bekommt etwa die Schiffszimmerergenossenschaft für einen erhaltenswerten Wohnbau reibungslos eine Abbruchgenehmigung? Warum werden keine Strafen mehr gegen Vermieter ausgesprochen, die leerstehenden Wohnraum hamstern?

Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß bis 1982 4500 Wohnungen gebaut werden sollen, davon 1000 Eigentumswohnungen. Die vorgesehenen Grundstücke sind schon freigegeben. Bewerber, die eine Wohnung suchen, wurden abgewimmelt: ,,Unter 70000 DM Jahreseinkommen ist hier nichts drin''. Der Generalverkehrsplan sieht bis 1990 eine weitere zehnprozentige Abwanderung und 20% mehr Pendler vor. Neue Schnellstraßen und Autobahnen sollen hierfür durch Wohnviertel gezogen werden. Im Kampf gegen die Bebauungspläne, die insgesamt staatlicher Kontrolle unterliegen, wird sich der Mieterselbsthilfe zwangsläufig ein weites Betätigungsfeld öffnen.

bep. Mit jedem Tag, den der Krieg dauert, vergrößert sich der Spielraum der Supermächte, wächst die Gefahr, daß die eine oder die andere Partei Unterstützung bei den Supermächten sucht. Der von den USA geführte „internationale Flottenverband“ mit insgesamt ca. 60 Schiffen der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Australiens und Neuseelands operiert im Golfgebiet gegenüber etwa 29 Einheiten der Sowjetunion. Letzte Woche hat Carter erneut ein Interventionsrecht in der Straße von Hormuz, d.h. in den Hoheitsgewässern Omans und des Iran beansprucht. Gleichzeitig mit dieser gegen den Iran gerichteten Drohung hat er die „irakische Aggression gegen den Iran“ verurteilt und verkündet, eine Zerstückelung des Iran könne nicht geduldet werden. Im November werden die USA Einheiten ihrer neuen Eingreiftruppe für den Nahen Osten zu Manövern nach Ägypten schicken.

Die Sowjetunion gibt sich weiterhin neutral und behält einen Fuß in jedem Lager. Russische Schiffe mit Lieferungen für den Irak werden im jordanischen Hafen Akaba entladen; militärische Güter wurden bis jetzt nicht zweifelsfrei festgestellt. Libyen und Syrien, die den Iran mit Flugzeugtransporten unterstützen, haben Waffenlieferungen dementiert. Ihre Flugzeuge nehmen den Weg über Bulgarien und die Sowjetunion. Das arabische Lager ist gespalten, Syrien und Libyen haben sich für den Iran erklärt, Jordanien, Saudi-Arabien, Nordjemen, Marokko und Mauretanien für den Irak. Aber die Vermittlungsbemühungen der islamischen Konferenz gegen weiter. Sicher ist, daß die Supermächte und Israel von dem Konflikt profitieren. Der Ausbruch des Konflikts ist aber nicht ohne weiteres auf Machenschaften der Supermächte zurückzuführen. Mit einigen Problemen der inneren Entwicklung des Irak und Irans befassen sich die Artikel auf diesen Seiten.

Die errungene Unabhängigkeit aufs Spiel gesetzt

Der Irak schneidet sich ins eigene Fleisch



Die Landwirtschaft ist die Achillesferse der nationalen Unabhängigkeit des Irak. Er ist auf umfangreiche Nahrungsmittelimporte angewiesen. Die Regierung hat große Entwicklungsprojekte geplant, vor allem zur Bewässerung, zum Aufbau einer Düngemittelindustrie, zur Elektrifizierung und zur Hebung des Bildungsniveaus auf dem Land. Auch wenn sie wie geplant durchgeführt werden können, wird die Abhängigkeit von Importen noch einige Jahre andauern.

plant durchgeführt werden können, wird die Abhängigkeit von Importen noch einige Jahre andauern.

1958 gilt allgemein als das Datum für den Beginn der nationalen Unabhängigkeit des Irak. In diesem Jahr stürzte ein Militärputsch unter Leitung des Generals Kassem den Haschemiten-König Feisal, dessen Familie seit 1921 ein reaktionäres und korruptes Regime über das Land errichtet hielt, im Innern gestützt auf Grundbesitzer, Beduinenscheichs und die von den imperialistischen Mächten ausgehaltenen Teile der Bourgeoisie. Zwei Tage später erhoben sich spontan die Volksmassen und rechneten mit den Vertretern des alten Regimes ab. Aber erst 1972 wurde die Macht derer endgültig gebrochen, die fünf Jahrzehnte lang die wahren Herren des Irak gewesen waren. Die irakische Regierung enteignete die Ölkonzessionen der Iraq Petrol Company (IPC), eines Konsortiums imperialistischer Ölkonzerne, und beanspruchte damit als erstes arabisches Land volle Souveränität über seine Bodenschätze.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde der Irak wie ganz Arabien von den En-

und Mauretanien für den Irak. Aber die Vermittlungsbemühungen der islamischen Konferenz gegen weiter. Sicher ist, daß die Supermächte und Israel von dem Konflikt profitieren. Der Ausbruch des Konflikts ist aber nicht ohne weiteres auf Machenschaften der Supermächte zurückzuführen. Mit einigen Problemen der inneren Entwicklung des Irak und Irans befassen sich die Artikel auf diesen Seiten.

1958 gilt allgemein als das Datum für den Beginn der nationalen Unabhängigkeit des Irak. In diesem Jahr stürzte ein Militärputsch unter Leitung des Generals Kassem den Haschemiten-König Feisal, dessen Familie seit 1921 ein reaktionäres und korruptes Regime über das Land errichtet hielt, im Innern gestützt auf Grundbesitzer, Beduinenscheichs und die von den imperialistischen Mächten ausgehaltenen Teile der Bourgeoisie. Zwei Tage später erhoben sich spontan die Volksmassen und rechneten mit den Vertretern des alten Regimes ab. Aber erst 1972 wurde die Macht derer endgültig gebrochen, die fünf Jahrzehnte lang die wahren Herren des Irak gewesen waren. Die irakische Regierung enteignete die Ölkonzessionen der Iraq Petrol Company (IPC), eines Konsortiums imperialistischer Ölkonzerne, und beanspruchte damit als erstes arabisches Land volle Souveränität über seine Bodenschätze.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde der Irak wie ganz Arabien von den En-

tente-Mächten um die für die Beteiligung am Kampf gegen das Osmanische Reich versprochene Unabhängigkeit betrogen. Der Irak wurde im Rahmen eines Völkerbundsmandats England unterstellt, das eine konstitutionelle Monarchie installierte und auch nach der formalen Unabhängigkeit die Kontrolle über das Land behielt. 1927 wurden die Erdöl-Vorkommen im Nordirak bei Kirkuk entdeckt, eines der größten Öllager der Erde. England war gezwungen, die Plünderung der Vorkommen mit anderen Mächten zu teilen. Zu diesem Zweck wurde die IPC gegründet, an der zuletzt die British Petroleum (BP), die Compagnie Française des Pétroles (CFP), Shell und Mobil/Exxon mit je 23,75%, der Armenier Gulbenkian mit 5% beteiligt waren. Durch Konzessionen sicherte sich dieses Konsortium das Recht, innerhalb bestimmter Landstriche nach Öl zu suchen und Öl zu fördern, wie es ihm beliebte, Pacht mußte gezahlt werden im Verhältnis zur Förderung. 1938 erhielt die IPC eine Konzession über das ganze Staatsgebiet des Irak. Doch noch dem Sturz der Monarchie 1958 und der Gründung der OPEC, unter Beteiligung des Irak, im Jahr 1960, begannen sich die Kräfteverhältnisse rapide zu ändern. 1961 wurden alle Konzessionsgebiete mit Ausnahme der im Betrieb befindlichen Ölquellen enteignet, 1972 die Ölquellen der IPC selber, 1973 die amerikanischen und holländischen Anteile an den beiden Tochtergesellschaften der IPC, 1975 auch die restlichen britischen und französischen Anteile. Zusammen mit den durch die OPEC 1973/74 zum ersten Mal durchgesetzten Preiskorrekturen für Rohöl verschaffte sich die Republik mit dieser Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen entscheidende Voraussetzungen für den Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft.

Die 1958 gegründete Republik stützte sich auf die noch schwache nationale Bourgeoisie, die Mittelklassen, die Kleinbourgeoisie. Sie traf fortschrittliche Maßnahmen nach außen. Irak verließ den von den USA beherrschten Bagdad-Pakt, unterstützte die Prinzipien der Blockfreien-Konferenz von Bandung. Im Inneren wurde eine Landreform und eine Industrialisierungspolitik begonnen. Doch diese Reformmaßnahmen blieben halbherzig; gegenüber den Kurden im Norden Iraks wurde eine heftige Unterdrückungspolitik eingeleitet, die zu ständigen schweren Kämpfen führte. 1963 kam eine neue Regierung an die Macht, die sich auf eine weiter rechts stehende Klassenkoalition zwischen Handelsbourgeoisie, Teilen der nationalen Bourgeoisie, die höheren Schichten der staatlichen Bürokratie und den Grundbesitz stützte. Ein neuer Putsch 1968 brachte die irakische Baath-Partei an die Regierung, die einen konsequenteren Kurs auf Unabhängigkeit einschlug.

Der Irak entwickelt eine Politik der Blockfreiheit

Aus der Frontstellung gegen die USA heraus, die 1970, gestützt auf den Iran und Israel, einen Putsch im Irak ver-

sourcen entscheidende Voraussetzungen für den Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft.

Die 1958 gegründete Republik stützte sich auf die noch schwache nationale Bourgeoisie, die Mittelklassen, die Kleinbourgeoisie. Sie traf fortschrittliche Maßnahmen nach außen. Irak verließ den von den USA beherrschten Bagdad-Pakt, unterstützte die Prinzipien der Blockfreien-Konferenz von Bandung. Im Inneren wurde eine Landreform und eine Industrialisierungspolitik begonnen. Doch diese Reformmaßnahmen blieben halbherzig; gegenüber den Kurden im Norden Iraks wurde eine heftige Unterdrückungspolitik eingeleitet, die zu ständigen schweren Kämpfen führte. 1963 kam eine neue Regierung an die Macht, die sich auf eine weiter rechts stehende Klassenkoalition zwischen Handelsbourgeoisie, Teilen der nationalen Bourgeoisie, die höheren Schichten der staatlichen Bürokratie und den Grundbesitz stützte. Ein neuer Putsch 1968 brachte die irakische Baath-Partei an die Regierung, die einen konsequenteren Kurs auf Unabhängigkeit einschlug.

Der Irak entwickelt eine Politik der Blockfreiheit

Aus der Frontstellung gegen die USA heraus, die 1970, gestützt auf den Iran und Israel, einen Putsch im Irak ver-

suchten, suchte die irakische Baath-Regierung zunächst Unterstützung bei der Sowjetunion. 1972 wurde ein Freundschaftsabkommen geschlossen, die Armee mit sowjetischen Waffen ausgerüstet. 1973 gründete die Baath-Partei eine nationale Front gemeinsam mit der revisionistischen KP. Die Kontrolle der Öl-Produktion erleichterte aber die Durchführung eines unabhängigen Kurses. Die Wirtschaftshilfe der Sowjetunion verlor an Bedeutung. Außenpolitisch verfolgte die Regierung mehr und mehr einen Kurs der Blockfreiheit. Während des Nahost-Krieges 1967 wurden die diplomatischen Beziehungen zu den USA abgebrochen; in der Folge aber dennoch gute Beziehungen zu jenen arabischen Ländern entwickelt, die eher auf einen Ausgleich mit den USA bedacht waren (Nordjemen, die Golf-Staaten, Jordanien). Der Irak unterstützt den Befreiungskampf in Eritrea und wendet sich in der UNO gegen die sowjetische Aggression in Afghanistan. Obwohl er nach wie vor die USA als Hauptfeind betrachtet, stellt er sich gegen alle Einmischungen fremder Mächte im Nahen Osten. Die Abhängigkeit von sowjetischen Rüstungslieferungen ist durch Rüstungskäufe in Brasilien, Italien und Frankreich verringert worden. Bei den Handelsbeziehungen stehen die westeuropäischen Imperialisten, voran die Bundesrepublik, und Japan, an der Spitze, der Irak bemüht sich aber auch um Ausdehnung des Handels mit der 3. Welt und hat seine Entwicklungshilfe stark ausgedehnt. 1978 wurden 21 führende Mitglieder der revisionistischen KP der Beteiligung an Putschvorbereitungen angeklagt und hingerichtet; im März 1979 ist die KP aus der Nationalen Front ausgetreten.

Aufbau einer unabhängigen nationalen Industrie

Vor 1958 gab es im Irak so gut wie keine eigenständige industrielle Entwicklung; die Ökonomie war ganz auf Plünderung der Ölvorkommen gerichtet. Bis heute erwirtschaftet die Ölindustie 85% des Staatseinkommens und 98% der Exporterlöse. Die Baath-Regierung hat es aber verstanden, diese Mittel für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung einzusetzen. Kernstück dieser Entwicklungspolitik ist der staatliche Sektor der Wirtschaft. 100% der Ölindustrie, 53% der verarbeitenden Industrie, vor allem die Großindustrie, sowie der Groß- und Außenhandel sind unter Staatskontrolle. Staatliche Planungsbehörden arbeiten Planvorgaben für die einzelnen Wirtschaftsbereiche aus und entscheiden über die Verteilung der Investitionsmittel; im übrigen arbeiten die Staatsbetriebe aber im wesentlichen in eigener Verantwortung und produzieren für den Markt. Schwerpunkte der Industrialisierung sind die petrochemische Industrie und die Leichtindustrie, die das Land von Importen unabhängiger machen soll. Die Gewerkschaften sind, jedenfalls dem Anspruch nach, an der Planerarbeitung beteiligt. Bis jetzt hat dieses System vergleichsweise rasche Fortschritte in der Industrialisierung ermöglicht.

Aufbau einer unabhängigen nationalen Industrie

Vor 1958 gab es im Irak so gut wie keine eigenständige industrielle Entwicklung; die Ökonomie war ganz auf Plünderung der Ölvorkommen gerichtet. Bis heute erwirtschaftet die Ölindustie 85% des Staatseinkommens und 98% der Exporterlöse. Die Baath-Regierung hat es aber verstanden, diese Mittel für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung einzusetzen. Kernstück dieser Entwicklungspolitik ist der staatliche Sektor der Wirtschaft. 100% der Ölindustrie, 53% der verarbeitenden Industrie, vor allem die Großindustrie, sowie der Groß- und Außenhandel sind unter Staatskontrolle. Staatliche Planungsbehörden arbeiten Planvorgaben für die einzelnen Wirtschaftsbereiche aus und entscheiden über die Verteilung der Investitionsmittel; im übrigen arbeiten die Staatsbetriebe aber im wesentlichen in eigener Verantwortung und produzieren für den Markt. Schwerpunkte der Industrialisierung sind die petrochemische Industrie und die Leichtindustrie, die das Land von Importen unabhängiger machen soll. Die Gewerkschaften sind, jedenfalls dem Anspruch nach, an der Planerarbeitung beteiligt. Bis jetzt hat dieses System vergleichsweise rasche Fortschritte in der Industrialisierung ermöglicht.

Die Landwirtschaft

Noch mindestens 42% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Ca. 6 Millionen Hektar, nur die Hälfte der insgesamt bebaubaren Fläche sind landwirtschaftlich genutzt. In großem Umfang ist der Irak auf Nahrungsmittelimporte angewiesen. 1974 mußte die Hälfte des Inlandverbrauchs importiert werden. In der Charta der Nationalen Front von 1973 heißt es: „Der Agrarsektor ist von allen Sektoren derjenige, der eine schnelle und endgültige Umwandlung am nötigsten hat, da er unter miserablen und rückständigen Bedingungen leidet, obwohl er den größten Teil unseres Volkes umfaßt. Die ländlichen Gebiete unseres Landes bedürfen einer totalen Revolution, die die Beziehungen des feudalen, tribalen und familiären Typus eliminiert, die während der Jahrhunderte der Knechtschaft vorgeherrscht haben und die von einem rückständigen, ausbeuterischen Feudalregime aufgezwungen waren.“ In der Tat hat der Irak hier eine Rückständigkeit zu überwinden, deren Wurzeln über die Kolonialzeit hinaus in eine frühere Vergangenheit zurückreichen. Das kultivierbare Land besteht im wesentlichen aus zwei Teilen: dem Norden, wo die Niederschlagsmengen ausreichend für Feldbau ohne Bewässerung sind, und den größeren Gebieten des Südens, wo der Ackerbau auf einem Bewässerungssystem beruht, das von den Flüssen Euphrat und Tigris gespeist wird. Die Bewässerungswirtschaft in diesem „Land zwischen den Flüssen“ (Mesopotamien) ist 5000 Jahre alt und hat 4 Jahrtausende lang, von den Sumerern bis zu den islamischen Reichen des Mittelalters die materielle Grundlage für eine der entwickeltsten Kulturen der Erde geliefert, unter häufig wechselnden despotischen Herrschaften, die sich durch Unterhalt der Bewässerungssysteme und Kontrolle der Wasserrechte legitimierten. Zugrunde ging dieses Produktionssystem an einer natürlichen Schranke, die damals noch nicht beherrscht wurde und noch heute große Probleme macht: die Versalzung des Bodens durch das verdunstende Wasser sowie durch die Zerstörung der Deiche und Bewässerungsanlagen durch die Mongolen im 13. und 14. Jahrhundert, wodurch die gesamte Zivilisation schlagartig vernichtet wurde. Die Folge waren Versteppung und Verwüstung des Landes, Rückgang der Bevölkerung bis ins 19. Jahrhundert hinein, Entwicklung einer kümmerlichen Nomaden- und bäuerlichen Wirtschaft. Die Herrschaft des Imperialismus konservierte diese Zustände und konsolidierte die Macht der Grundherren über die Bauern und die allmählich seßhaft werdenden Nomaden.

1958 besaßen 2% der Grundbesitzer 69% der nutzbaren Fläche. Die Bodenreform von 1958 schaffte kaum Abhilfe; sie begrenzte den Grundbesitz auf 250 ha bewässerten oder 500 ha unbewässerten Boden; die Grundbesitzer konnten sich das beste Land aussuchen und wurden entschädigt; der Minderheit von landlosen und landarmen Bauern, an die Land verteilt wurde, mangelte es an Betriebsmitteln, die Re-

wickeltsten Kulturen der Erde geliefert, unter häufig wechselnden despotischen Herrschaften, die sich durch Unterhalt der Bewässerungssysteme und Kontrolle der Wasserrechte legitimierten. Zugrunde ging dieses Produktionssystem an einer natürlichen Schranke, die damals noch nicht beherrscht wurde und noch heute große Probleme macht: die Versalzung des Bodens durch das verdunstende Wasser sowie durch die Zerstörung der Deiche und Bewässerungsanlagen durch die Mongolen im 13. und 14. Jahrhundert, wodurch die gesamte Zivilisation schlagartig vernichtet wurde. Die Folge waren Versteppung und Verwüstung des Landes, Rückgang der Bevölkerung bis ins 19. Jahrhundert hinein, Entwicklung einer kümmerlichen Nomaden- und bäuerlichen Wirtschaft. Die Herrschaft des Imperialismus konservierte diese Zustände und konsolidierte die Macht der Grundherren über die Bauern und die allmählich seßhaft werdenden Nomaden.

1958 besaßen 2% der Grundbesitzer 69% der nutzbaren Fläche. Die Bodenreform von 1958 schaffte kaum Abhilfe; sie begrenzte den Grundbesitz auf 250 ha bewässerten oder 500 ha unbewässerten Boden; die Grundbesitzer konnten sich das beste Land aussuchen und wurden entschädigt; der Minderheit von landlosen und landarmen Bauern, an die Land verteilt wurde, mangelte es an Betriebsmitteln, die Re-

form wurde insgesamt bürokratisch und schleppend durchgeführt. Die Folge war ein starker Rückgang der Produktion. 1970 setzte die Baath-Regierung eine neue Landreform in Gang. An mehr als 100000 Bauernfamilien wurden zwischen 1 (bewässerter) und 50 (unbewässerter) Hektar Boden verteilt; die Grundbesitzer durften immerhin das 10fache behalten. Diese Grundeigentümer verfügen auch über Maschinen und Mittel zum Einsatz von Dünger und Chemikalien. Auf der anderen Seite steht immer noch eine größere Zahl landloser Bauernfamilien. Um die Produktivität zu heben, wurden Kooperativen (Einkaufs- und Absatzgenossenschaften mit gemeinsamer Maschinennutzung), Produktionsgenossenschaften und Staatsfarmen eingerichtet. In einigen Berichten wird die bürokratische Verwaltung der Genossenschaften und die Vorherrschaft der reicheren Bauern in der Leitung der Genossenschaften kritisiert. Erhebliche Investitionsmittel des Staates fließen in den Ausbau des Bewässerungssystems. Der gegenwärtige Fünfjahresplan sieht 7% Produktionssteigerung jährlich vor (bei 3,4% Bevölkerungswachstum), die aber wohl nicht erreicht worden sind.

Der Pan-Arabismus: Nationalismus oder Chauvinismus?

„Baath“ heißt Wiedergeburt; die wörtliche Übersetzung des vollen arabischen Namens der Baath-Partei lautet „Sozialistische Partei der nationalen Wiedergeburt“. Gründer und maßgebender Ideologe der Partei, die nach dem 2. Weltkrieg in Syrien entstand, ist der syrische Christ Michel Aflaq. Die Baath-Partei machte den Pan-Arabismus, der in den antiimperialistischen Bewegungen im arabischen Raum in diesen Jahrhunderten in verschiedenen Formen sich verbreitet hatte, zum ersten Mal zur Grundlage einer organisierten politischen Bewegung. Der Pan-Arabismus ist die Vorstellung einer einheitlichen arabischen Nation, die alle umfaßt, die arabische Sprache sprechen, geographisch also im wesentlichen die Gebiete des alten arabischen Khalifenreichs von Südwestasien bis nach Nordafrika. Das Programm der Baath-partei fordert den Kampf gegen den Imperialismus und soziale Reformen; allerdings ist das Reformprogramm diffus und von der Vorstellung getragen, daß es keine unüberwindbaren Klassengegensätze im Innern der Nation gibt. Es ist die Ideologie einer nationalen Bourgeoisie, die im Kampf gegen den Imperialismus wohl zu Zeiten die verschiedenen, im Widerspruch zum Imperialismus stehenden Klassenkräfte zusammenfassen kann, aber von der Leugnung der Klassengegensätze angesichts deren unvermeidlicher Entfaltung zu einer Unterdrückungspolitik gegen die ausgebeuteten Klassen fortschreiten muß. Es ist eine Ideologie, die von einem Mittel des Zusammenschlusses gegen den Imperialismus unter dem panarabischen Anspruch auch leicht zu einer Hülle chauvinistischen Vormachtstrebens verschiedener nationaler Burgeoisien gegeneinander werden kann. Offenbar kann eine Art Staatskapitalismus, wie er im Irak verfolgt wird, unter bestimmten Umständen ein geeigneter Weg zu Unabhängigkeit und zur Entwicklung der Produktivkräfte sein; aber unvermeidlich müssen sich auch Widersprüche zwischen der Bourgeoisie, den Funktionären im Staatsapparat und in den staatlichen Betrieben und den Lohnabhängigen entwickeln, wie sich auch Widersprüche zwischen den nationalen Bewegungen verschiedener Länder entwickeln können.

Der Panarabismus leugnet auch diese Widersprüche. Die Baath-Partei strebt die Verankerung und die Machtergreifung in allen arabischen Ländern an; sie ist organisiert nach Sektionen in den verschiedenen Staaten mit einem einzigen gesamtarabischen Zentrum. Gegenwärtig gibt es, nach verschiedenen Spaltungen, zwei konkurrierende Zentren, eins in Syrien und eins im Irak, den beiden Ländern, wo Baath-Parteien an die Regierung gelangt sind. Zu Anfang dieses Jahres schlug die irakische Regierung den arabischen Staaten eine gemeinsame „Pan-arabische Charta“ vor. Zu einem Aspekt dieser Charta äußerte sich Tariq Aziz, stellvertretender Premierminister, in einem Interview: „Die pan-arabische Charta verbietet den Gebrauch militärischer Gewalt zwischen arabischen Staaten. Wir fordern die Ächtung solcher Militäraktionen, die in der Vergangenheit zwischen Ägypten und Libyen, Marokko und Algerien, Nordjemen und Südjemen vorgekommen sind. Wir fordern ein Verbot solcher Vorkommnisse. Das

folgt wird, unter bestimmten Umständen ein geeigneter Weg zu Unabhängigkeit und zur Entwicklung der Produktivkräfte sein; aber unvermeidlich müssen sich auch Widersprüche zwischen der Bourgeoisie, den Funktionären im Staatsapparat und in den staatlichen Betrieben und den Lohnabhängigen entwickeln, wie sich auch Widersprüche zwischen den nationalen Bewegungen verschiedener Länder entwickeln können.

Der Panarabismus leugnet auch diese Widersprüche. Die Baath-Partei strebt die Verankerung und die Machtergreifung in allen arabischen Ländern an; sie ist organisiert nach Sektionen in den verschiedenen Staaten mit einem einzigen gesamtarabischen Zentrum. Gegenwärtig gibt es, nach verschiedenen Spaltungen, zwei konkurrierende Zentren, eins in Syrien und eins im Irak, den beiden Ländern, wo Baath-Parteien an die Regierung gelangt sind. Zu Anfang dieses Jahres schlug die irakische Regierung den arabischen Staaten eine gemeinsame „Pan-arabische Charta“ vor. Zu einem Aspekt dieser Charta äußerte sich Tariq Aziz, stellvertretender Premierminister, in einem Interview: „Die pan-arabische Charta verbietet den Gebrauch militärischer Gewalt zwischen arabischen Staaten. Wir fordern die Ächtung solcher Militäraktionen, die in der Vergangenheit zwischen Ägypten und Libyen, Marokko und Algerien, Nordjemen und Südjemen vorgekommen sind. Wir fordern ein Verbot solcher Vorkommnisse. Das

schließt aber nicht das Prinzip der sogenannten „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ ein. Wir betrachten unsere arabische Heimat als ein einziges Land. Als arabischer Bürger habe ich das Recht, meine Meinung zu haben über die inneren Verhältnisse jedes arabischen Landes. Genauso hat jeder arabische Bürger das Recht, sich seine Meinung zu bilden über die inneren Verhältnisse des Irak. Regionalismus wird von uns vollständig abgelehnt.“

Solche und ähnliche Vorstellungen waren die Grundlage von ebensoviel Vereinigungsversuchen zwischen arabischen Staaten wie darauffolgenden Spaltungen. Der gegenwärtige Krieg gegen Iran richtet sich nicht gegen ein arabisches Land. Aber offenbar haben es beide Länder auch in diesem Fall mit der Nichteinmischung nicht ganz genau genommen. Der Iran beschuldigte Irak, separatistische Bestrebungen in der Provinz Khuzistan befördert zu haben. Nach wie vor fordert der Iran den Sturz der irakischen Regierung. Diese beschuldigt die islamische Rebublik, die Revolution exportieren zu wollen. Im Verlauf des Jahres 1980 hatten „Mudjahidin“ („Gottesstreiter“), die der schiitischen Richtung des Islam angehören, im Irak Bombenanschläge unternommen. Der Irak antwortete mit Deportationen von Schiiten in den Iran.

Grenzfragen müssen durch Verhandlungen gelöst werden. Schon allein die bisherigen gegenseitigen Zerstörungen wichtiger Produktionsanlagen werfen den wirtschaftlichen Aufbau beider Länder weit zurück und können nur aufs Neue die Anhängigkeit vom Imperialismus vergrößern.

Iran: Der Aufbau der nationalen Wirtschaft stockt / Landreform noch nicht angepackt

chm. Achtzehn Monate sind vergangen seit dem Referendum über die Errichtung der Islamischen Republik Iran. Grundlegende Probleme der iranischen Völker sind in diesen Monaten nur ansatzweise oder gar nicht gelöst worden, andere sind neu hinzugekommen. Der irakische Einmarsch bedroht die nationale Souveränität und erhöht die Einmischungsmöglichkeiten der beiden Supermächte; die schwierige Frage der nationalen Minderheiten stellt sich immer noch; die Linie im Aufbau einer nationalen Wirtschaft ist noch ungeklärt; heftige Auseinandersetzugnen um die politische Macht sind im Gange.

Entscheidend ist, daß das Gesetz zur Bodenreform, das schon für Mitte 1979 angekündigt war, noch nicht ausgearbeitet ist. Die Bauern bilden im Iran die Hauptkraft der Revolution. 1978 lebten 53% der iranischen Bevölkerung auf dem Land. Die Landwirtschaft bildet immer noch die ökonomische Basis des Staates. Auch wenn der Anteil am Bruttosozialprodukt nur 19% beträgt, so sind 7/10 der Bevölkerung entweder in der Landwirtschaft beschäftigt oder üben Tätigkeiten aus, die mit der Landwirtschaft in enger Verbindung stehen.

In vielen Teilen Irans ist es während der Massenaufstände von 1978 und Anfang 1979 zu Landbesetzungen und zur Vertreibung der Großgrundbesitzer durch die Bauern gekommen. Es bestand jedoch keine organisierte Bewegung. Die Großgrundbesitzer konnten ihre Herrschaft über den Boden erneut behaupten, teilweise sogar mit Unterstützung der schiitischen Mullahs und auf den Bajonetten der ,,Wächter der Revolution", der islamischen Milizen. Die im Zuge der ,,Weißen Revolution" des Schah-Regimes aufgebauten agrarindustriellen Großbetriebe, mit denen der Schah den Großgrundbesitzern mit der Linken wieder das Land gab, das er ihnen mit der Rechten zu enteignen vorgab, bestehen immer noch, von den alten Herren betrieben. Sie erhalten sogar Regierungskredite. Nur in Khuzistan sind 8 solcher Agrarbetriebe mit insgesamt 67000 ha an die Bauern und Landarbeiter verteilt worden. Weitere 96 hätten in den darauffolgenden zwei Monaten ebenfalls verteilt werden sollen.

,,Verhinderung der Fremdherrschaft über die Wirtschaft des Landes"

So lautet Grundsatz 43,8 der im März 1979 in einem weiteren Referendum verabschiedeten iranischen Verfassung. Sie legt für den wirtschaftlichen

der Massenaufstände von 1978 und Anfang 1979 zu Landbesetzungen und zur Vertreibung der Großgrundbesitzer durch die Bauern gekommen. Es bestand jedoch keine organisierte Bewegung. Die Großgrundbesitzer konnten ihre Herrschaft über den Boden erneut behaupten, teilweise sogar mit Unterstützung der schiitischen Mullahs und auf den Bajonetten der ,,Wächter der Revolution", der islamischen Milizen. Die im Zuge der ,,Weißen Revolution" des Schah-Regimes aufgebauten agrarindustriellen Großbetriebe, mit denen der Schah den Großgrundbesitzern mit der Linken wieder das Land gab, das er ihnen mit der Rechten zu enteignen vorgab, bestehen immer noch, von den alten Herren betrieben. Sie erhalten sogar Regierungskredite. Nur in Khuzistan sind 8 solcher Agrarbetriebe mit insgesamt 67000 ha an die Bauern und Landarbeiter verteilt worden. Weitere 96 hätten in den darauffolgenden zwei Monaten ebenfalls verteilt werden sollen.

,,Verhinderung der Fremdherrschaft über die Wirtschaft des Landes"

So lautet Grundsatz 43,8 der im März 1979 in einem weiteren Referendum verabschiedeten iranischen Verfassung. Sie legt für den wirtschaftlichen
Aufbau u.a. folgendes fest:

,,Das wirtschaftliche System der islamischen Republik Iran gründet sich auf den öffentlichen, den genossenschaftlichen und den privaten Sektor, verbunden mit einer ordentlichen und gesunden Planung ..."

Zum öffentlichen Sektor gehören vor allem die Grundstoffindustrien, von denen die wichtigste, die Erdölindustrie, schon verstaatlicht war. Der Außenhandel soll ebenfalls in den öffentlichen Sektor überführt werden: Für den Import einiger Güter wie z.B. Stahl, Medikamente und Papier sind ,,Handels- und Verteilungszentren" errichtet worden, die das Recht haben, bis zu 30% der Importmenge zu einem bestimmten Preis zu übernehmen und zu verkaufen. Ansonsten ist mit dieser Regelung das Handelsmonopol der reichen ,,Basaris" kaum berührt worden, während die kleineren Händler im Basar befürchten, daß neben den reichen Konkurrenten ihnen jetzt auch der Staat als weiterer Konkurrent entgegentritt.

Die Importe sind insgesamt um 60% zurückgegangen. Die Abhängigkeit Irans vor allem vom US-Imperialismus hatte ihn zu einem der größten Nahrungsmittelimporteure der Welt gemacht. Um diese Anhängigkeit zu verringern, hat die iranische Regierung noch vor dem Handelsembargo der USA Liefervertäge mit Ländern der 2. und der 3. Welt abgeschlossen, vor allem über Getreide-, Fleisch-, Zucker- und Speiseöllieferungen, so z.B. mit Australien, Neuseeland, Frankreich, der Türkei, Rumänien und Indien. Es sind aber gewisse Engpässe vorhanden in diesem Bereich.

Mit den Sozialimperialisten sind ein Rahmenabkommen am 21.5. und ein Handelsprotokoll am 8.6. abgeschlossen worden. Ihre Umsetzung scheitert bisher daran, daß die SU sich weigert, den Erdgaspreis von 76 cents auf 3,63 $ pro BTU (British Thermal Unit) anzuheben. Weiter weigert sie sich gemäß dem Rahmenabkommen, Iran die Benutzung der Häfen am Schwarzen und am Kaspischen Meer im Falle einer Seeblockade durch die US-Imperialisten zu gestatten.

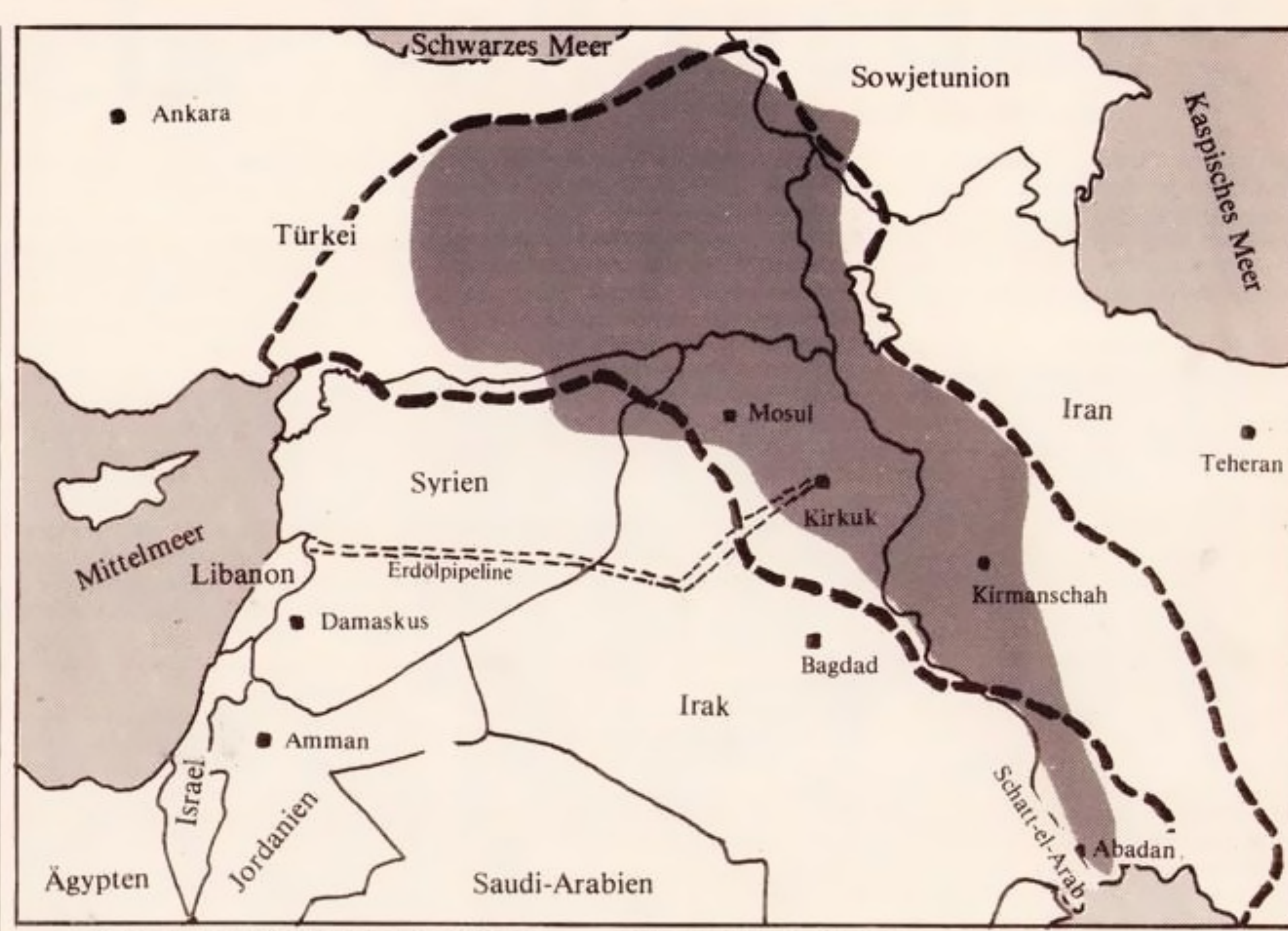
Die Banken sind verstaatlicht worden, und es ist vorgesehen, sie zu fünf Großbanken zusammenzufassen, in denen Zinsverbot herrscht – nach islamischem Gesetz. Bei Krediten sind eine sog. Bankgebühr von 4% und ,,Beteiligungsgewinne", die zwischen 4% und 8% liegen sollen, vorgesehen.

Der Übergang zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor ist noch fließend, welche Form die Kooperativen annehmen sollen, ist ebenfalls ungeklärt. Insgesamt arbeitet die Industrie nur zu 40 – 50% ihrer Kapazität; die Arbeitslosenziffer liegt zwischen 1 – 3 Mio. Die Inflationsrate wird auf 15 – 30% geschätzt. (Genaue Statistiken und Angaben liegen nicht vor.) Eine islamische wirtschaftliche Institution ist die ,,Stiftung der Mostazafin" (die Armen und Schwachen, zu deren Unterstützung die islamische Gemeinde verpflichtet ist). Sie wird finanziert aus der ehemaligen Pahlevi-Stiftung. Ihre Aufgabe ist es, Projekte im sozialen Bereich durchzuführen (z.B. Wohnungsbau). Davon unterhalten werden hauptsächlich die landlos gemachten Bauern, die in die Städte geflüchtet sind. Zusammen mit den kleinen Händlern im Basar stellen sie den überwiegenden Teil der Basis der IRP, der Islamisch Republikanischen Partei, die in ihrem Programm stellenweise das Gemeineigentum dem Privateigentum vorzieht und auf jeden Fall die Förderung des Kleinbesitzes und der Kleinproduktion auf ihre Fahnen geschrieben hat. Sie besitzt die Mehrheit im iranischen Parlament.

Vor dem irakischen Überfall hatte sich die Frage der Behandlung der amerikanischen Geiseln zu einem Brennpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung entwickelt, weil sie zunehmend zu einem Einmischungsinstrument der Sozialimperialisten über ihre 5. Kolonne, die Tudehpartei, geworden war, die offen den verschärften Druck durch die US-Imperialisten begrüßten und den Abbruch der Beziehungen nicht nur zu den USA, sondern auch zu Westeuropa und zu Japan forderten, ,,weil nur das die Beziehungen zur Sowjetunion verbessern" könne.

stazafin" (die Armen und Schwachen, zu deren Unterstützung die islamische Gemeinde verpflichtet ist). Sie wird finanziert aus der ehemaligen Pahlevi-Stiftung. Ihre Aufgabe ist es, Projekte im sozialen Bereich durchzuführen (z.B. Wohnungsbau). Davon unterhalten werden hauptsächlich die landlos gemachten Bauern, die in die Städte geflüchtet sind. Zusammen mit den kleinen Händlern im Basar stellen sie den überwiegenden Teil der Basis der IRP, der Islamisch Republikanischen Partei, die in ihrem Programm stellenweise das Gemeineigentum dem Privateigentum vorzieht und auf jeden Fall die Förderung des Kleinbesitzes und der Kleinproduktion auf ihre Fahnen geschrieben hat. Sie besitzt die Mehrheit im iranischen Parlament.

Vor dem irakischen Überfall hatte sich die Frage der Behandlung der amerikanischen Geiseln zu einem Brennpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung entwickelt, weil sie zunehmend zu einem Einmischungsinstrument der Sozialimperialisten über ihre 5. Kolonne, die Tudehpartei, geworden war, die offen den verschärften Druck durch die US-Imperialisten begrüßten und den Abbruch der Beziehungen nicht nur zu den USA, sondern auch zu Westeuropa und zu Japan forderten, ,,weil nur das die Beziehungen zur Sowjetunion verbessern" könne.
Der Staatspräsident Bani-Sadr und mit ihm große Teile der iranischen Massen vertraten die Auffassung, daß es der Unabhängigkeit Irans nützlich sei, die Geiselfrage zu lösen, indem die US-Imperialisten gezwungen werden, die Guthaben der iranischen Völker herauszugeben. Am 4.4. hatte Präsident Bani-Sadr gegenüber Le Monde erklärt: ,,Man kämpft nicht mit Geiselnahme gegen den Imperialismus, sondern indem man die Abhängigkeit von den USA beseitigt."



- - - von Kurden 1945 bei Gründung der UNO in San Francisco geforderte Grenze für den Staat Kurdistan

Raster: Verbreitungsgebiet der kurdischen Bevölkerung

Das ,,Kurdenproblem" ist nur ohne Einmischung der Imperialisten lösbar

mam. Im Iran und Irak, in der Türkei und in Syrien wie in südlichen Teilen der Sowjetunion (Armenien und Aserbeidjan) leben heute zwischen 11 und 15 Millionen Kurden. Im Irak stellen sie 18% der Gesamtbevölkerung, im Iran 17%, in der Türkei 15% und in Syrien 5%, in der Sowjetunion leben etwa 160000.

Das ,,Kurdenproblem" entstand mit dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches nach dem I. Weltkrieg. In diesem Gebiet hatten die Kurden seit dem 16. Jahrhundert ohne trennende Grenzen gelebt (siehe gerasterte Teile in der obigen Karte). Die Bildung der Nationalstaaten im Nahen und Mittleren Osten nach den Interessen der Imperialisten hat das kurdische Volk praktisch in 5 Teile zerstückelt. Den Kampf gegen diese Zwangseinteilung und damit gegen die Vernichtung der nationalen Identität hat das kurdische Volk von Anfang an geführt und war auch 1920 mit den Bestimmungen des Vertrages von Sèvres seinem Ziel der Bildung eines eigenen Nationalstaates nahe.

Nach den Bestimmungen des Vertrages von Sèvres sollte eine von der britischen, französischen und italienischen Regierung ernannte dreiköpfige Kommission innerhalb von sechs Monaten ,,die lokale Selbstverwaltung für die

umfaßt und die Erdölfelder um Mossul und Kirkuk eingeschlossen. Beide liegen im Staatsgebiet des Irak, das seinerzeit unter britischem Mandat stand. Die Imperialisten dachten nie daran, sich an das Abkommen zu halten, sondern nutzten alle Möglichkeiten, hauptsächlich die überkommenden Stammesstrukturen, um die Völker im Kampf gegen die imperialistische Mandatherrschaft zu spalten und niederzuhalten. So setzten die britischen Imperialisten, nachdem sie den Aufstand der arabischen Bevölkerung im Irak blutig niedergeschlagen hatten, Feisal aus Syrien als König ein und zur Niederhaltung der rebellischen Provinz Südkurdistan setzten sie einen im indischen Exil lebenden Kurden-Scheich als ,,Gouverneur von Kurdistan" ein. Systematisch wurden die Stammesfürsten dann gegeneinander ausgespielt, so daß es dem Völkerbund 1925 ein leichtes war, den Anschluß Südkurdistans an den Irak zu bestimmen.

Die Erfahrungen aus diesen Spaltungsmanövern der Imperialisten führten noch im selben Jahr zur Gründung der ,,Partei für die Unabhängigkeit Kurdistans" unter dem Kurden-General Yamulki und brachte durch weitgehende Überwindung der Stammesstrukturen eine Wende für den Kampf

den waren in dem Vertrag mit keinem Wort erwähnt.

Einzig die damals noch revolutionäre Sowjetmacht errichtete 1930 für die Kurden das Autonome Gebiet von Nachitschewan mit Gewährung aller nationalen Rechte für die Kurden.

Mit dem Farbwechsel der Sowjetunion und ihrem eigenen Vormachtstreben in diesem Gebiet waren insbesondere der Irak, Iran, die Türkei und Syrien ständig mit dem Verlust ihrer kaum erkämpften Unabhängigkeit an die Sowjetunion bedroht. Dabei waren den Sozialimperialisten alle Mittel recht. Als sie eine Chance sahen, über die Baath-Partei Einfluß im Irak zu bekommen, wurde die Unterstützung der Forderungen der Kurden eingestellt. Als die irakische Armee im Winter 64/65 nicht in der Lage war, die Kurden zu besiegen, obwohl sie schon zehntausende hingemetzelt hatte, und die USA und England sich gerade wieder anboten, über Waffenlieferungen in die Fußstapfen der Sowjetunion zu treten, mußte die Mongolei in der UNO einen halbherzigen Angriff gegen die irakische Regierung vortragen. So war auch der Hilferuf Mustafa Barzanis, des Führers des kurdischen Widerstandes, an die USA und England, in einer Situation, als diese den Irak gerade mit Waffen gegen die Kurden ausrüsteten, ein hilfloser Versuch, sein Volk zu retten – ob er allerdings dafür zum ,,CIA-Agenten" abgestempelt werden soll, muß das kurdische Volk am besten wissen. Unter Führung des ägypti-

mam. Im Iran und Irak, in der Türkei und in Syrien wie in südlichen Teilen der Sowjetunion (Armenien und Aserbeidjan) leben heute zwischen 11 und 15 Millionen Kurden. Im Irak stellen sie 18% der Gesamtbevölkerung, im Iran 17%, in der Türkei 15% und in Syrien 5%, in der Sowjetunion leben etwa 160000.

Das ,,Kurdenproblem" entstand mit dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches nach dem I. Weltkrieg. In diesem Gebiet hatten die Kurden seit dem 16. Jahrhundert ohne trennende Grenzen gelebt (siehe gerasterte Teile in der obigen Karte). Die Bildung der Nationalstaaten im Nahen und Mittleren Osten nach den Interessen der Imperialisten hat das kurdische Volk praktisch in 5 Teile zerstückelt. Den Kampf gegen diese Zwangseinteilung und damit gegen die Vernichtung der nationalen Identität hat das kurdische Volk von Anfang an geführt und war auch 1920 mit den Bestimmungen des Vertrages von Sèvres seinem Ziel der Bildung eines eigenen Nationalstaates nahe.

Nach den Bestimmungen des Vertrages von Sèvres sollte eine von der britischen, französischen und italienischen Regierung ernannte dreiköpfige Kommission innerhalb von sechs Monaten ,,die lokale Selbstverwaltung für die
überwiegend kurdischen Gebiete östlich des Euphrats, südlich der (im Anschluß bestimmten) armenischen Grenze und nördlich der türkischen Grenze zu Syrien und Mesopotamien" vorbereiten. Falls die kurdische Selbstverwaltung anschließend vom Völkerbund akzeptiert würde, sollte die Türkei in einem separaten Vertrag mit den Alliierten ihre Ansprüche auf das betreffende Gebiet endgültig aufgeben.

Das Gebiet entsprechend dem Vertrag von Sèvres hätte etwa 400000 qkm

umfaßt und die Erdölfelder um Mossul und Kirkuk eingeschlossen. Beide liegen im Staatsgebiet des Irak, das seinerzeit unter britischem Mandat stand. Die Imperialisten dachten nie daran, sich an das Abkommen zu halten, sondern nutzten alle Möglichkeiten, hauptsächlich die überkommenden Stammesstrukturen, um die Völker im Kampf gegen die imperialistische Mandatherrschaft zu spalten und niederzuhalten. So setzten die britischen Imperialisten, nachdem sie den Aufstand der arabischen Bevölkerung im Irak blutig niedergeschlagen hatten, Feisal aus Syrien als König ein und zur Niederhaltung der rebellischen Provinz Südkurdistan setzten sie einen im indischen Exil lebenden Kurden-Scheich als ,,Gouverneur von Kurdistan" ein. Systematisch wurden die Stammesfürsten dann gegeneinander ausgespielt, so daß es dem Völkerbund 1925 ein leichtes war, den Anschluß Südkurdistans an den Irak zu bestimmen.

Die Erfahrungen aus diesen Spaltungsmanövern der Imperialisten führten noch im selben Jahr zur Gründung der ,,Partei für die Unabhängigkeit Kurdistans" unter dem Kurden-General Yamulki und brachte durch weitgehende Überwindung der Stammesstrukturen eine Wende für den Kampf
des kurdischen Volkes.

In der Türkei war die Regierung unter Mustafa Kemal (Atatürk) nicht bereit, auf die Bedingungen des Vertrages von Sèvres einzugehen und versetzte den Kurden aus Ostanatolien, die an der Seite der Kemalisten für den türkischen Nationalstaat gekämpft hatten, mit dem Vertrag von Lausanne, der den Krieg gegen die Besatzung Griechenlands 1923 beendete, einen heftigen Schlag. Die Forderungen der Kur-

re Sowjetmacht errichtete 1930 für die Kurden das Autonome Gebiet von Nachitschewan mit Gewährung aller nationalen Rechte für die Kurden.

Mit dem Farbwechsel der Sowjetunion und ihrem eigenen Vormachtstreben in diesem Gebiet waren insbesondere der Irak, Iran, die Türkei und Syrien ständig mit dem Verlust ihrer kaum erkämpften Unabhängigkeit an die Sowjetunion bedroht. Dabei waren den Sozialimperialisten alle Mittel recht. Als sie eine Chance sahen, über die Baath-Partei Einfluß im Irak zu bekommen, wurde die Unterstützung der Forderungen der Kurden eingestellt. Als die irakische Armee im Winter 64/65 nicht in der Lage war, die Kurden zu besiegen, obwohl sie schon zehntausende hingemetzelt hatte, und die USA und England sich gerade wieder anboten, über Waffenlieferungen in die Fußstapfen der Sowjetunion zu treten, mußte die Mongolei in der UNO einen halbherzigen Angriff gegen die irakische Regierung vortragen. So war auch der Hilferuf Mustafa Barzanis, des Führers des kurdischen Widerstandes, an die USA und England, in einer Situation, als diese den Irak gerade mit Waffen gegen die Kurden ausrüsteten, ein hilfloser Versuch, sein Volk zu retten – ob er allerdings dafür zum ,,CIA-Agenten" abgestempelt werden soll, muß das kurdische Volk am besten wissen. Unter Führung des ägypti-
schen Präsidenten Nasser hatten sich die arabischen Staaten auf die Seite des Irak gestellt, ausdrücklich, um jede fremde Einmischung zu verhindern, und gleichzeitig maßgebend den Waffenstillstand erreicht. Bis 1970 dauerte es, bis die irakische Regierung das Kurden-Statut verkündete, das ihnen regionale Autonomie zusicherte, an die sich aber wiederum in der Praxis nicht gehalten wurde. Im darauffolgenden Krieg unterstützt der Schah von Persien anfänglich die Kurden im Irak, um ein Ausbreiten des Aufstandes auf den Iran zu vermeiden. Als die kurdischen Truppen schwer angeschlagen sind, schließt er 1975 das Abkommen über die neue Grenzziehung im Schatt El Arab mit der irakischen Regierung und fällt den Kurden in den Rücken. Die türkische Regierung verhängt den Ausnahmezustand über kurdische Provinzen und führt regelrechte Massaker unter der Bevölkerung durch.

Mit dem Sturz des Schah-Regimes bestand eine gute Möglichkeit, mit der Lösung des ,,Kurdenproblems" zu beginnen. Die neue iranische Regierung hat sie bisher nicht wahrgenommen, sondern im Gegenteil im letzten Jahr heftige militärische Angriffe gegen die kurdische Minderheit geführt. Dr. Ghassemlou von der Demokratischen Partei Kurdistans sagte in einem Interview im Juli dieses Jahres: ,,Ich habe kürzlich eine Botschaft an Präsident Bani-Sadr geschickt und gesagt, daß – solange die Autonomie nicht akzeptiert wird – keine Organisation das kurdische Volk entwaffnen kann – selbst wir nicht, die wir sehr stark sind. Es ist nicht der Wille der Gruppe, sondern das, was die gesamte Bevölkerung will ..." Man muß also abwarten, ob die iranische Regierung ihre Möglichkeiten wahrnimmt.

Zeittafel

1948. Entstehung des Kolonialstaates Israel. Erster Aggressionskrieg gegen die arabischen Staaten. Vertreibung des palästinensischen Volkes.

1952. Putsch der ägyptischen Armee unter Führung Nassers. Sturz des korrupten Königs Faruk.

1953. Sturz der Mossadegh-Regierung im Iran durch einen vom CIA angestifteten Putsch. Rehza Pahlewi erneut installiert.

1954. Die britische Kolonialmacht muß aus Ägypten abziehen.

1955. Erste Waffenlieferungen der SU an Ägypten über die CSSR. Bandung-Konferenz.

1956. Großbritannien, Frankreich und Israel überfallen Ägypten nach der Verstaatlichung des Suezkanals.

1957. Die USA stürzen Talal von Jordanien und zerschlagen einen Militärputsch nationalgesinnter Offiziere. Hussein wird Nachfolger.

1958. Nationalistischer Militärputsch im Irak gegen das haschemitische Herrscherhaus. US-Truppen landen im Libanon; die nationale Regierung wird gestürzt und durch den Faschisten Shamoun ersetzt.

1958 – 1960. Erster staatlicher Zusammenschluß zwischen Syrien und Ägypten. Gründung der Vereinigten Arabischen Republik.

1961. Sieg des algerischen Volkes gegen die französischen Kolonialisten.

1963. Baath-Regierung in Syrien.

1964. Gründung der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO.

1967. Sechs-Tage-Krieg. Israel erobert weitere arabische Territorien und vergrößert sein Staatsgebiet um das Dreifache.

1968. Beginn des eritreischen Befreiungskampfes gegen die äthiopische Diktatur.

1968. Machtergreifung der Baath-Partei im Irak unter der Führung al-Bakrs und Saddam Husseins.

1970. Hussein von Jordanien greift die palästinensische Befreiungsbewegung in Jordanien an. Tod Nassers.

1972. Kündigung des sowjetisch-ägyptischen Freundschaftsvertrages durch Nassers Nachfolger Sadat. Rausschmiß der sowjetischen Berater aus Ägypten. Freundschaftsvertrag zwischen der SU und Irak.

1973. Oktoberkrieg gegen den zionistischen Kolonialstaat.

1976 – 1978. Die libanesischen Faschisten eröffnen einen Ausrottungskrieg gegen das palästinensische Volk. Der syrische Präsident Assad läßt Truppen einmarschieren.

1978. Sadat und Begin unterzeichnen unter Schirmherrschaft der US-Imperialisten das Separatabkommen von Camp David.

1979. Sturz des Schah-Regimes, Ausrufung der Islamischen Republik Iran.

1980. Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges. Die SU unterzeichnet einen Freundschafts- und Beistandspakt mit Syrien.

„Deutsche und Russen“

Stern-Serie und Buch von Leo Sievers

gek. Mit der 18. Folge ist die Stern-Serie „Deutsche und Russen“ von Leo Sievers jetzt zu Ende gegangen. Es hat bestimmt lange keine Stern-Serie mit 18 Folgen gegeben. Mitte November kommt das gleichnamige Buch heraus.

Es ist ein spannendes und für das Verständnis der deutschen wie der russischen Geschichte äußerst wichtiges Thema, und dabei fast so etwas wie eine Geheimgeschichte beider Länder, jedenfalls für uns Heutige. Seit dem wahnsinigen Versklavungskrieg des Dritten Reichs gegen die Sowjetunion ist man gewöhnt, die geschichtliche Beziehung zwischen Deutschland und Rußland überwiegend als eine schärfster Feindschaft zu sehen. Das ist ganz falsch. Die Zusammenarbeit hat immer überwogen (freilich, was für eine!). Man kann sogar sagen: Deutsche haben in der Geschichte des russischen Zarenreichs fast eine Schlüsselrolle gespielt. Und eine Schlüsselrolle hat umgekehrt das Zarenreich für das Zustandekommen wenn schon nicht eines deutschen Nationalstaats, dann doch eines preußischen Reiches überwiegend deutscher Nation gespielt, wie auch bei den beiden großen Niederlagen, die dieses preußisch-deutsche Reich beim Griff nach der Weltmacht erlitten hat. Dies letzte Kapitel allerdings gehört mehr in den Zusammenhang der proletarischen Weltrevolution als der russischen Geschichte. Nicht so für Sievers: für ihn ist das nur der letzte Abschnitt einer geschichtlichen Konstante, die darauf hinausläuft, daß „Deutsche und Russen“ aufeinander angewiesen sind, Deutschland nur mit Rußland im Bündnis groß werden konnte und im Kampf gegen Rußland zwangsläufig klein werden mußte; daß aber ohne die Deutschen es die Russen erst recht zu nichts bringen. So ungefähr. Sievers lotet eine der Optionen des westdeutschen Imperialismus geschichtlich aus; die politische Konsequenz ist allerdings zu verwegen, um offen ausgesprochen zu werden.

Gleich eingangs weist Sievers auf die staatsbildende und dadurch vorwärtstreibende Rolle der Normannen bei der Bildung des Volkes der Russen hin. Das ist soweit ganz richtig. Vielleicht stellt ja auch die Buchfassung genauer heraus, wie sehr die unterworfenen slawischen Stämme in vieler Hinsicht den germanischen ähnelten; nur daß sie mehr Ackerbauern waren. Nach der Hitlerschen Untermenschenpropaganda ist man ja nicht eben gewohnt, sich die Russen als weizenblonde Indogermanen in freier Gentilgesellschaft vorzustellen, die sie aber waren.

Ein erster unangenehmer Zug kommt in Sievers sympathisierende Darstellung der russischen Geschichte hinein, wo es sich um die historische Niederlage der deutschen Ordensritter gegen die Nowgoroder unter Alexan-

schen Geschichte. Nicht so für Sievers: für ihn ist das nur der letzte Abschnitt einer geschichtlichen Konstante, die darauf hinausläuft, daß „Deutsche und Russen“ aufeinander angewiesen sind, Deutschland nur mit Rußland im Bündnis groß werden konnte und im Kampf gegen Rußland zwangsläufig klein werden mußte; daß aber ohne die Deutschen es die Russen erst recht zu nichts bringen. So ungefähr. Sievers lotet eine der Optionen des westdeutschen Imperialismus geschichtlich aus; die politische Konsequenz ist allerdings zu verwegen, um offen ausgesprochen zu werden.

Gleich eingangs weist Sievers auf die staatsbildende und dadurch vorwärtstreibende Rolle der Normannen bei der Bildung des Volkes der Russen hin. Das ist soweit ganz richtig. Vielleicht stellt ja auch die Buchfassung genauer heraus, wie sehr die unterworfenen slawischen Stämme in vieler Hinsicht den germanischen ähnelten; nur daß sie mehr Ackerbauern waren. Nach der Hitlerschen Untermenschenpropaganda ist man ja nicht eben gewohnt, sich die Russen als weizenblonde Indogermanen in freier Gentilgesellschaft vorzustellen, die sie aber waren.

Ein erster unangenehmer Zug kommt in Sievers sympathisierende Darstellung der russischen Geschichte hinein, wo es sich um die historische Niederlage der deutschen Ordensritter gegen die Nowgoroder unter Alexan-

der Newski handelt. Überhaupt Nowgorod: ganz richtig schildert Sievers die Stadt als die freie, westliche Stadt Rußlands. Aber das soll sie in erster Linie nicht als russische Stadt, sondern als so quasi deutsche Hansestadt gewesen sein. Newski nun, indem er die deutschen Ordensritter schlug, aber mit den Mongolen ohne Krieg Frieden schloß, angeblich sogar „Batus treuester Vasall“ wurde, habe Nowgorod sozusagen aus dem deutschen Kulturkreis herausgezogen.

Sievers schildert sehr drastisch den prägenden Einfluß der Mongolen auf die ganze soziale und politische Entwicklung Rußlands, aber nur, um ihm das belebende westliche, hauptsächlich deutsche Element gegenüberzustellen, so als hätte Rußland das Heil nur von außen gebracht werden können. Das Unglück der 250 Jahre mongolischer Herrschaft war aber gerade, daß – mit der Ausnahme Nowgorods – die in Rußland selbst im Schoße der entwickelten Feudalgesellschaft aufgeschossenen Keime einer bürgerlichen Entwicklung erstickt, der Feudalismus unter der Glocke eines der Gesellschaft aufgezwungenen halbasiatischen Despotismus konserviert wurde und in Stagnation verfiel. Indem den Bauern ihr gesamtes Mehrprodukt für den Unterhalt nicht nur des Grundherrn, sondern vor allem des sich über die ganze Gesellschaft erhebenden Zarenstaates abgepreßt wird, der sie zugleich in ungemessenem Umfang zu beliebigen Zwangsarbeiten heranziehen kann, sie an den Boden fesselt, auf dem sie sitzen, eine allgemeine Staatssklaverei einführt, wird der Entwicklung des gesellschaftlichen Warentauschs, damit der Arbeitsteilung, der Bildung des kapitalistischen Privateigentums und der modernen, bürgerlichen Gesellschaftsklassen überhaupt die Grundlage entzogen. Darin bestand der Rückfall Rußlands, nach einem glänzenden Mittelalter, in die Barbarei, deren Inbegriff bis zuletzt das Zarentum war.

Gerade das Zarentum aber hat es dem Stern-Autor angetan. Nicht daß er irgendwie beschönigte, im Gegenteil: geradezu einfühlsam weiß er den zügellosen Despotismus der Zaren in Beispielen darzustellen. So wenn er die Begegnung Iwans IV. mit einer polnischen Delegation beschreibt: „Am Hals seines Pferdes hing ein blutiger Hundekopf. Auf einem Ochsen neben ihm ritt sein Hofnarr. Als er die polnische Gesandtschaft erblickte, schrie er: ‚Polacken, Polacken, ich lasse euch in Stücke hacken!‘ Um ihn zu besänftigen, führten sie ihm edle Pferde vor, die der König als Geschenk mitschickte. Iwan verurteilte die Tiere auf der Stelle zum Tode und ließ sie durch seinen Scharfrichter enthaupten.“ Oder: „Leute am Wegrand, die es wagten, zu ihm aufzublicken, während er vorüberritt, ließ er sofort köpfen. Einigen Gästen befahl er, riesige Humpen auf sein Wohl zu leeren, und wenn sie dann erschöpft absetzten, befand er: ‚Wenn ihr nicht auf die Gesundheit eures guten Zaren trinken wollt, müßt ihr es lernen!‘ Er ließ sie in den Keller schleppen und zwischen den Fässern erwürgen.“ Und so weiter.

Dieser Despotismus aber sei nur die notwendige Entsprechung gewesen zum Fatalismus des russischen Volkes. Die Beobachtung des kaiserlich-österreichischen Gesandten Herberstain: „Das Volk ist von solcher Natur, daß es sich der Leibeigenschaft mehr erfreut als der Freiheit“ wird zur Erklärung. Die Zaren sind es, die das träge Rußland auf den Weg des Fortschritts voranpeitschen, und hier verfällt der Autor des liberalen Stern in ganz unverhohlene Bewunderung. Iwan z.B. war „zugleich ein Staatsmann und Wirtschaftspolitiker von beachtlichem Format, der auch sehr erfolgreich pri-

Hundekopf. Auf einem Ochsen neben ihm ritt sein Hofnarr. Als er die polnische Gesandtschaft erblickte, schrie er: ‚Polacken, Polacken, ich lasse euch in Stücke hacken!‘ Um ihn zu besänftigen, führten sie ihm edle Pferde vor, die der König als Geschenk mitschickte. Iwan verurteilte die Tiere auf der Stelle zum Tode und ließ sie durch seinen Scharfrichter enthaupten.“ Oder: „Leute am Wegrand, die es wagten, zu ihm aufzublicken, während er vorüberritt, ließ er sofort köpfen. Einigen Gästen befahl er, riesige Humpen auf sein Wohl zu leeren, und wenn sie dann erschöpft absetzten, befand er: ‚Wenn ihr nicht auf die Gesundheit eures guten Zaren trinken wollt, müßt ihr es lernen!‘ Er ließ sie in den Keller schleppen und zwischen den Fässern erwürgen.“ Und so weiter.

Dieser Despotismus aber sei nur die notwendige Entsprechung gewesen zum Fatalismus des russischen Volkes. Die Beobachtung des kaiserlich-österreichischen Gesandten Herberstain: „Das Volk ist von solcher Natur, daß es sich der Leibeigenschaft mehr erfreut als der Freiheit“ wird zur Erklärung. Die Zaren sind es, die das träge Rußland auf den Weg des Fortschritts voranpeitschen, und hier verfällt der Autor des liberalen Stern in ganz unverhohlene Bewunderung. Iwan z.B. war „zugleich ein Staatsmann und Wirtschaftspolitiker von beachtlichem Format, der auch sehr erfolgreich pri-

vate Geldgeschäfte machte. Wo er Unternehmer ansetzte, war er an den Gewinnen beteiligt.“ Und diese „weitblickenden“ Zaren – das Attribut verleiht Sievers mehrfach – waren es eben auch, die die Deutschen – Kaufleute, Handwerker, bürgerliche Gelehrte und Juristen, Ingenieure und Fachleute – in immer wachsender Zahl ins Land holten.

Hier steht alles quer zu den geschichtlichen Tatsachen. Daß die Zaren sich mit den wüstesten Mitteln der Unterdrückung zu den obersten Grundherren, Händlern und sogar Unternehmern aufwerfen konnten, machte gerade das elende Rußland noch elender. Daher der Fatalismus der Volksmassen. Und weil sich eine eigenständige bürgerliche Klasse kaum bilden konnte, weil der Handel größtenteils Staatsmonopol blieb und sonst bloßer Luxus- und Fernhandel war; weil das Manufakturwesen weitgehend auf Luxusproduktion und Heereslieferungen beschränkt blieb – daher die große Rolle, die die ausländischen und vor allem die deutschen Bürger, die unter dem Schirm des Zaren nach Rußland übersiedelten, dort spielten. Daß sie in Scharen dorthin strömten, war ein Ergebnis der abgewürgten frühbürgerlichen Revolution in Deutschland und der Zerschlagung des deutschen Nationalstaates im 30jährigen Krieg. Daß die Zaren sie so schätzten, lag daran, daß sie die Stelle einer russischen Bourgeoisie einnahmen, ohne aber eine revolutionäre Rolle spielen zu können. Sie blieben immer vom Zarentum abhängig. Schließlich bestand sogar der Kern des zaristischen Staatsapparates aus deutschen Militärs und Beamten, die nach dem Tod Peters des Großen die faktische Staatsgewalt auszuüben begannen. Gekrönt wurde diese Entwicklung, als mit Katharina eine Deutsche selbst mit Gift und Dolch den Zarenthron eroberte. Sievers, der es sowieso mit den „kraftvollen Frauengestalten“ auf dem Zarenthron hat, erstirbt in Bewunderung: „Das abenteuerlich Liebesleben der Großen Katharina wiegt wenig im Vergleich zu ihren Leistungen als Herrscherin. *(Heiterer Vergleich!)* Die geborene Prinzessin von Zerbst schuf mit Hilfe deutscher Spezialisten ein modernes Rußland ...“ Und vor allem ein *großes* Rußland: „Durch geschickte Außenpolitik und erfolgreiche Feldzüge vergrößerte sie in 34 Regierungsjahren den russischen Machtbereich in einem Maße, wie es bisher kein männlicher Zar geschafft hatte.“

Der Stern-Autor erliegt hier einer Faszination, die Engels in seiner Schrift über „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“ so beschrieben hatte: „Und nun, gegenüber diesen zerfallenden Grenzländern, gegenüber diesen durch Tradition, ökonomische Lebensbedingungen, politische und dynastische Interessen in ewige Zänkereien verwickelten ... drei Großmächten, hier das eine, homogene, jugendliche, rasch emporwachsende Rußland, kaum angreifbar und vollständig uneroberbar, dabei ein unbearbeiteter, fast widerstandsloser, bildsamer Rohstoff – welche Gelegenheit für Leute von Talent und Ehrgeiz, für Leute, die nach Macht strebten, einerlei wo und wie, sofern es nur wirkliche Macht, ein wirklicher Tummelplatz für ihr Talent und ihren Ehrgeiz war! Und solche Leute produzierte das ‚aufgeklärte‘ achtzehnte Jahrhundert in Menge: Leute, die im Dienst der ‚Menschheit‘ ganz Europa durchzogen, die Höfe aller aufgeklärten Fürsten – und welcher Fürst wollte damals nicht aufgeklärt sein – besuchten, die sich niederließen, wo immer sie eine günstige Stelle fanden, eine ‚vaterlandslose‘, adlig-bürgerliche Internationale der Auflärung. Diese Internationale fiel auf die Knie vor der Semiramis des Nordens, der ebenfalls vaterlandslosen Sophie Auguste von Anhalt-Zierbst, genannt Jekaterina II. von Rußland, und diese Internationale

Der Stern-Autor erliegt hier einer Faszination, die Engels in seiner Schrift über „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“ so beschrieben hatte: „Und nun, gegenüber diesen zerfallenden Grenzländern, gegenüber diesen durch Tradition, ökonomische Lebensbedingungen, politische und dynastische Interessen in ewige Zänkereien verwickelten ... drei Großmächten, hier das eine, homogene, jugendliche, rasch emporwachsende Rußland, kaum angreifbar und vollständig uneroberbar, dabei ein unbearbeiteter, fast widerstandsloser, bildsamer Rohstoff – welche Gelegenheit für Leute von Talent und Ehrgeiz, für Leute, die nach Macht strebten, einerlei wo und wie, sofern es nur wirkliche Macht, ein wirklicher Tummelplatz für ihr Talent und ihren Ehrgeiz war! Und solche Leute produzierte das ‚aufgeklärte‘ achtzehnte Jahrhundert in Menge: Leute, die im Dienst der ‚Menschheit‘ ganz Europa durchzogen, die Höfe aller aufgeklärten Fürsten – und welcher Fürst wollte damals nicht aufgeklärt sein – besuchten, die sich niederließen, wo immer sie eine günstige Stelle fanden, eine ‚vaterlandslose‘, adlig-bürgerliche Internationale der Auflärung. Diese Internationale fiel auf die Knie vor der Semiramis des Nordens, der ebenfalls vaterlandslosen Sophie Auguste von Anhalt-Zierbst, genannt Jekaterina II. von Rußland, und diese Internationale

war es, aus deren Reihen dieselbe Katharina die Elemente zog zu ihrem Jesuitenorden der russischen Diplomatie.“ (MEW Bd. 22, S. 20)

Sievers hält seine Linie mit beachtlicher Konsequenz durch. Solange Deutschland, und zwar gerade durch den Zarismus selbst, zersplittert gehalten wurde, war eben Rußland, überhaupt Osteuropa für die tüchtigen deutschen Bürger ein weites Feld der Aktivität. Durch hündische Ergebenheit und Schlitzohrigkeit gegenüber dem Zarismus wird Preußen groß. Und als der preußische Junker Bismarck in Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich das neue Deutsche Reich zusammenzimmert, ist die Bedingung, daß der Zarismus Rückendeckung gibt. Daß Polen in diesen verschiedenen Phasen preußisch-russischer Zusammenarbeit im Wege steht und zerschlagen werden muß, läßt den

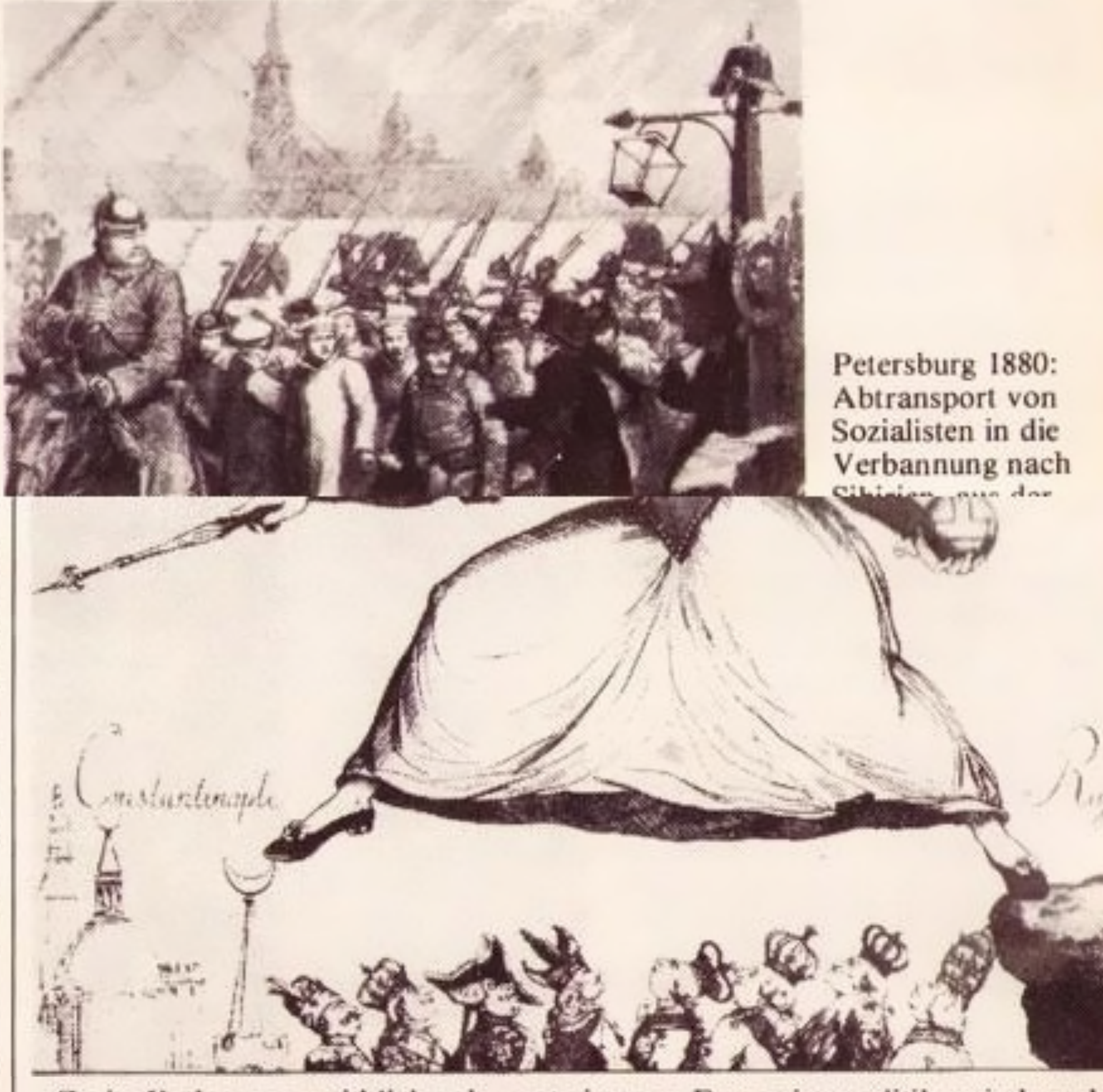


Die asiatische Staatssklaverei, die nach der Abschüttelung der Mongolenherrschaft die Moskowiter Großfürsten aufrechterhielten und die Zaren immer weiter ausdehnten, drückte der russischen Gesellschaft ihren reaktionären Charakter auf.

Zeichnung aus dem 18. Jahrhundert



„Zarin Katharinas weitblickende und rigorose Expansionspolitik zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer erweckte an den Höfen Europas mehr Besorgnis als Bewunderung, wie diese französische Karikatur erkennen läßt.“ – Bei dem Stern-Autor Sievers jedenfalls weckt sie, wie noch die Bildinterpretation selbst zeigt, Bewunderung.



Petersburg 1880: Abtransport von Sozialisten in die Verbannung nach

„Zarin Katharinas weitblickende und rigorose Expansionspolitik zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer erweckte an den Höfen Europas mehr Besorgnis als Bewunderung, wie diese französische Karikatur erkennen läßt.“ – Bei dem Stern-Autor Sievers jedenfalls weckt sie, wie noch die Bildinterpretation selbst zeigt, Bewunderung.



Petersburg 1880: Abtransport von Sozialisten in die Verbannung nach Sibirien, aus der wenige zurückkehren. Das russische Zarenreich bleibt das ganze 19. Jhd. hindurch die Hauptmacht der europäischen Reaktion und der Todfeind der Arbeiterbewegung.

Stern-Autor kalt bis ans Herz hinan. Mit dem Grafen Bismarck zusammen kann er sich sogar „tief enttäuscht über die Undankbarkeit dieser Leute“ zeigen, denen es nie so gut gegangen sein soll wie unter preußischem Kommando. Wirklich, beachtliche Konsequenz zeigt der Mann!

Ohne noch auf Einzelheiten einzugehen: erst Wilhelm II. und dann Hitler verpatzen die für Deutschland so strategisch günstige Lage, die es immer dann hatte, wenn es Rußland im Rücken hatte und Rußland selbst als Betätigungsfeld offen. „Deutschland wurde zerschnitten ... Die Zeitgeschichte begann, mit der wir alle zu leben haben.“ Der gallige Tonfall deutet an, daß die westdeutsche Bourgeoisie mit dieser „Zeitgeschichte“ durchaus nicht zu leben gedenkt. – Da fällt mir etwas ein! Die letzte so lange Stern-Serie könnte die von Haffner über Preußen gewesen sein.